



## Arbeitsgruppe Politische Ökonomie (APÖ)

### Working Paper No. 1

2017

herausgegeben vom Arbeitsbereich Politik und Wirtschaft  
(Political Economy) und Wirtschaftsdidaktik



# Class Agency und Austerität

Milan Babić

**Autor:**

Milan Babić ist derzeit Doktorand und Mitarbeiter am Amsterdam Institute for Social Science Research (AISSR) und Teil der Programme Group Political Economy and Transnational Governance (PETGOV).

**E-Mail:** m.babic@uva.nl

Redaktionelle Bearbeitung: Patrick Klösel

APÖ am Institut für Politikwissenschaft

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Eberhard Karls Universität Tübingen

Melanchtonstraße 36

72074 Tübingen

# Inhaltsverzeichnis

		Seite
1	Einleitung .....	6
2	Theorie: Klassenanalyse und das Akteur/Struktur-Problem .....	8
	<i>Exkurs: Das Akteur-Struktur-Problem revisited</i> .....	17
3	Der neoliberale Entwicklungspfad der EU seit den 1980er-Jahren	30
3.1	Historische Strukturen und der Neoliberalismus .....	30
3.2	Die neoliberale Integrationsweise der EU .....	34
3.3	Das transnationale Kapital in der neoliberalen Restrukturierung: AMUE, ERT und BusinessEurope .....	38
4	<i>Class Agency</i> in der Eurokrise .....	44
4.1	Erste Phase .....	47
4.2	Die zweite Krisenphase .....	54
5	Fazit .....	73
6	Literaturverzeichnis .....	77

## **Abkürzungen**

AMUE: Association for the Monetary Union of Europe

BE: BusinessEurope

EEA: Einheitliche Europäische Akte

EFR: European Round Table of Financial Services

EFSF: Europäische Finanzstabilisierungsfazilität/European Financial Stability Facility

EG: Europäische Gemeinschaften

EGKS: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

ERT: European Round Table of Industrialists

ESM: Europäischer Stabilisierungsmechanismus/European Stability Mechanism

EU: Europäische Union

EWS: Europäisches Wechselkurssystem

ERT: European Round Table of Industrialists

ESZB: Europäisches System der Zentralbanken

EZB: Europäische Zentralbank

IMF: International Monetary Fund

OMT: Outright Monetary Transaction

TNC: Transnational Corporation

TNCC: Transnational Capitalist Class (Transnationale kapitalistische Klasse)

WWU: Wirtschafts- und Währungsunion

## **Abbildungsverzeichnis**

Abb. 1: Perspektiven auf die Klassentheorie, eigene Darstellung nach Wright 2015, 3-11; S.11.

Abb. 2: Cox 1981, 136; S.32.

Abb. 3: Cox 1981, 138; S.32.

Abb. 4: Transformationen der Krise auf europäischer Ebene. Eigene Darstellung nach Heinrich 2012, 397; Bieling 2013a, 54f.; S. 45.

Abb. 5: Gläubigerstruktur Griechenland 2015. Eigene Darstellung nach Kottasova 2015; S. 57.

Abb. 6: Schuldenentwicklung in der Eurozone (19 Länder) seit 2004. Eigene Abbildung, Quelle: Eurostat; S. 58.

Abb. 7: Strategische Orientierung von BusinessEurope im Bereich Europe 2020 und vor der Reform der European Economic Governance, 2010. Eigene Darstellung nach BE 2010c, 10; S. 64.

Abb. 8: Strategische Orientierungen von BE und ERT in der zweiten Krisenphase; S. 73.

## 1 Einleitung

Die seit Jahren virulente, global wirksame „Vielfachkrise“ (Demirović et al. 2011) brachte die europäische Wirtschaftsordnung mehrmals in existenzielle Schwierigkeiten. Während der ersten Krisenphase waren es vor allem die kollabierenden Banken und durch die Rezession angeschlagenen Volkswirtschaften, die in Gefahr gerieten. Spätestens ab Mitte 2010 sorgte die materielle und diskursive Verschiebung der Krise auf die Eurozone dafür, dass eine gesamteuropäisch koordinierte und rigide durchgesetzte Austeritätsagenda zum Kernprojekt der Krisenlösung wurde. Entgegen der von Austeritätsbefürwortern in Aussicht gestellten baldigen ökonomischen Erholung und Stabilisierung vor allem der peripheren Volkswirtschaften spitzte sich die Krise auch in den folgenden Jahren mehrmals zu<sup>1</sup> und hat sich auch nach fünf Jahren austeritätspolitischer Lösungsimplementation nicht wesentlich gebessert. Im Gegenteil fördert sie Widerstand gegen die europäische Krisenlösung zu Tage: So ist ein Erstarren linker Gegenbewegungen in den Krisenländern der Peripherie zu beobachten<sup>2</sup>; gleichzeitig verschärft sich der politische Diskurs in den Kernländern durch Rechtspopulisten<sup>3</sup>. Dieses Erstarren der politischen Ränder stellt die Legitimität und Existenz einer europäischen Integrationsweise in Frage, die seit Ausbruch der Krise Schwierigkeiten mit der Eindämmung der politischen und sozialen Verwerfungen in Europa aufweist.

Angesichts dieses Zustandes der andauernden Instabilität und permanenten Krise stellt sich die Frage, wie die Austeritätsagenda aus analytischer Perspektive bewertet werden kann: Ist sie, wie z.B. Mark Blyth argumentiert, ein primär ideologisches Moment, das die europäischen Entscheidungsträger in das Korsett neoklassischer Ökonomievorstellungen zwingt (vgl. etwa Blyth 2013a; 2013b)? Damit wäre etwa erklärt, weshalb die europäischen Institutionen immer noch an der Austeritätsstrategie festhalten, obwohl sie – durch die prozyklische Verlängerung der Krise(n) und eine neue Technokratisierung, die für politischen Verdruss sorgt – eine extreme Gefährdung für

---

1 Etwa durch die Einsetzung der technokratischen Regierungen in Italien und Griechenland 2011 oder vor der berühmt gewordenen „whatever it takes“-Rede von EZB-Präsident Draghi im Sommer 2012 (Draghi 2012).

2 Neben Griechenland (Syriza) betrifft dies auch Spanien (Podemos) sowie Portugal (sozialistische Minderheitsregierung).

3 Siehe vor allem das Comeback des Front National in Frankreich, die Wahlerfolge der AfD in Deutschland und die Etablierung der FPÖ als stärkster politische Kraft in Österreich. Hinzu kommen natürlich schon länger beobachtbare Tendenzen wie die Persistenz nationalistischer, teils autoritärer Regime in Ungarn und Polen sowie die Wahlerfolge der „Schwedendemokraten“ und „wahren Finnen“ in Skandinavien und die zunehmende Diskursbeherrschung durch die rechtspopulistische UKIP in Großbritannien.

die europäische Integrationsweise darstellt. Ebenso kann die europäische Sparpolitik auch als in die DNA der europäischen Integrationsweise eingeschriebene strukturelle Eigenschaft verstanden werden, die sich in der Krise nur verschärft und Alternativen verhindert (vgl. etwa Stützle 2014).

All diese Erklärungsansätze haben gemeinsam, dass sie die *strukturelle* Dimension von Politik sehr stark betonen: Ideologie ist eine sehr wirkmächtige diskursive Struktur, die Akteure in ihrem Denken und Handeln bestimmt, selbst wenn dieses irrational erscheint; oder aber: Die ökonomisch-strukturelle Konfiguration des neoliberalen Europa eliminiert von vornherein Alternativen und zwingt die Akteure, den beschrittenen Weg fortzusetzen. Doch obwohl die Betonung struktureller Umstände richtigerweise zentrale Elemente des europäischen Integrationsprojektes<sup>4</sup> und ihre Rolle für die Sparpolitik anspricht, ist die Lücke dieser Perspektive sehr deutlich: Eine Deutung sozialer Phänomene ohne die empirische Rückkopplung an die Interessen und Strategien beteiligter Akteure bleibt notwendigerweise unbefriedigend, da Strukturen allein soziales Handeln nicht hinreichend erklären können (vgl. etwa Giddens 1985). Es wird daher im Folgenden eine ergänzende Perspektive eingenommen: Die Genese und Implementation der europäischen Krisenlösungspolitik wird aus der Sicht der strategischen Ausrichtung des transnationalen europäischen Kapitals beleuchtet, dem eine zentrale Rolle in der neoliberalen Rekonstituierung der europäischen Integration zugeschrieben wird (vgl. Bieler/Morton 2001 und van der Pijl et al. 2011). Die für diese Art von Analyse geeignete Theorieperspektive stellt die neogramscianische bzw. historisch-materialistische Internationale Politische Ökonomie dar<sup>5</sup>, auf welche im Folgenden rekurriert wird. Diese Perspektive soll klären, inwiefern neben der strukturellen Dimension der Krisenlösungsstrategie auch von einer *strategischen Orientierung* und Agenda wichtiger Akteure im europäischen Integrationsprozess gesprochen werden kann und wie sich dieses in der Krisendynamik selbst äußert. Die Forschungsfrage lautet hier also:

---

<sup>4</sup> Siehe etwa den Wettbewerbsfähigkeitsdiskurs, die herausgehobene Rolle des transnationalen europäischen Industriekapitals (vgl. van Apeldoorn 2002) und weitere strukturelle Eigenschaften des neoliberal geprägten europäischen Integrationsprojektes seit Mitte der 1980er-Jahre.

<sup>5</sup> Zentrale analytische Prämissen können bei Cox 1981, 1983 sowie Bieler/Morton 2004 und Robinson 2005 eingesehen werden.

Kann die „Austeritätsagenda“ als Lösungsversuch in der Krise nicht nur als strukturelles Phänomen, sondern auch als strategisches Projekt bestimmter Akteure – hier: des transnationalen europäischen Kapitals – gefasst werden?<sup>6</sup>

Die These lautet, dass dies zutrifft und die Krisenlösungsstrategie damit auch einen „Klassencharakter“ hat, insofern das strategische Handeln der transnationalen Kapitalfraktionen als *class agency* gefasst werden kann. Damit soll die austeritätspolitische Diskussion, die teilweise sehr strukturlastig geführt wird, um eine akteurs- und klassenzentrierte Perspektive ergänzt werden.

Hierzu werden im Folgenden zunächst die theoretischen Grundlagen der politökonomischen Analyse von Akteurshandeln mit Klassencharakter dargestellt. Vor allem die Akteurs-Struktur-Problematik, welche eines der zentralen Konfliktfelder in den Sozialwissenschaften darstellt, wird an dieser Stelle ausführlicher erörtert. Anschließend wird die Einbettung der Europäischen Integration innerhalb der neoliberalen historischen Struktur seit den 1980er-Jahren dargestellt, um schließlich den Fokus auf zentrale *planning bodies* und Organisationen des transnational agierenden europäischen Kapitals und deren strategische Ausrichtung in verschiedenen Krisenabschnitten zu beleuchten. Damit soll die austeritätspolitische Lösungsstrategie in der Krise in einen breiteren Kontext gesetzt und zugleich die Strukturlastigkeit der bisherigen Erklärungsansätze abgemildert werden.

## **2 Theorie: Klassenanalyse und das Akteur/Struktur-Problem**

Die Fokussierung der Untersuchung auf „die“ europäische transnationale kapitalistische Klasse ist zunächst nicht unbedingt naheliegend, da in der austeritätspolitischen, aber auch insgesamt europapolitischen Diskussion gänzlich andere Akteure zentral sind: allen voran die „Troika“, bestehend aus Europäischer Zentralbank, Kommission und dem IWF. Aber auch weitere wichtige Akteure, wie etwa die deutsche, französische oder (neue) griechische Regierung, das Europäische Parlament oder soziale Bewegungen gegen die europäische Sparpolitik spielen eine wichtige Rolle. Der spezielle Fokus der Arbeit hat hierbei zwei Hauptgründe: Zum einen ist die Rolle vieler der genannten Akteure sowohl öffentlich, aber auch wissenschaftlich (vgl. etwa Blyth 2013; Stütze 2014) sehr ausführlich diskutiert und beleuchtet worden.

---

<sup>6</sup> Hierzu muss gesagt werden, dass die Fokussierung auf das transnationale europäische Kapital nicht ausschließlich gemeint ist. Natürlich haben auch die sogenannten Gläubigerstaaten ein großes Interesse an einer austeritätspolitischen Lösung. Der Fokus der Arbeit liegt aber auf einem wichtigen Akteur, nicht allen Beteiligten.



Zum anderen neigt eine Fokussierung auf prominente, „stellvertretende“<sup>7</sup> Akteure oft dazu, deren Verhalten zu „strukturalisieren“, d.h. ihnen eine strukturelle Wirkmächtigkeit zuzusprechen, ohne jeweils genau auf die strategischen Präferenzen derselben einzugehen<sup>8</sup>. Diese oft unzureichend empirisch untermauerte Zuschreibung von Positionen läuft in letzter Instanz Gefahr, zu einem Schematismus zu verkommen, in welchem nicht mehr die komplexen Wechselwirkungen und die gegenseitige Konstitution von Strukturen und Akteuren ihrer Vielschichtigkeit entsprechend gewürdigt werden. Auch die für eine politökonomische Perspektive zentralen Widersprüche, Brüche und krisenhaften Prozesse sozialer Realität geraten durch eine unzureichende Thematisierung von Akteuren und ihrer strategischen Positionen aus dem Blickfeld.

### *Klassenanalyse in der kritischen Theoriebildung*

Es soll an dieser Stelle vermieden werden, ausführliche Darstellungen von Klassentheorien zu leisten und damit verbundene historische Diskussionen nachzuzeichnen. Für den Zweck des Grundverständnisses der Problemstellung der Arbeit ist eine kurze, konzise Darstellung der wichtigsten Eckpunkte angemessener.

Im Allgemeinen werden, vor allem im deutschen Sprachraum, Klassentheorien und Klassenanalysen als Instrument marxistischer Gesellschaftsanalyse begriffen. Die seit den 1960er-Jahren entwickelte Schichten- und Milieuforschung (vgl. Hradil 1992) gilt gemeinhin als Hauptstrang soziologischer Beschäftigung mit gesellschaftlichen Stratifikationsmodellen, was das Instrument der Klassenanalyse eher in die politökonomische Forschung verschob. Obwohl es auch dort eine Vielzahl an Klassentheorien und unterschiedlichen Perspektiven auf die Nutzung dieser Analysemethode gibt, kann man dennoch grundsätzlich feststellen, dass klassenorientierter Forschungsarbeit vor allem ein *konfliktorientiertes* Gesellschaftsverständnis zu Grunde liegt. Dies bedeutet, dass gesellschaftliche und sozioökonomische Entwicklungen nicht, wie in vielen eher konsensorientierten Perspektiven, im Normalfall<sup>9</sup> reibungslos und im allseitigen Interessenausgleich gelöst werden, sondern dass Gesellschaft per se aus

---

<sup>7</sup> Dies bedeutet, dass z.B. die Troika in der Krise als besonders prominenter Akteur oft stellvertretend für die Gesamtheit der neoliberalen Integrationsweise der EU seit den 1980er-Jahren, all ihre Einzelphänomene, Strukturen und Widersprüche, genannt wird. Dies ist offensichtlich zu undifferenziert und wird der Komplexität der Sache nicht gerecht.

<sup>8</sup> Dieses Vorgehen, d.h. die Zuschreibung bestimmter strukturell mehr oder weniger fester Positionen und Interessen ist aber andererseits wichtig, um politische Strategien über einen längeren Zeitraum als solche zu benennen. So ist etwa die Stabilitätsorientierung der Bundesbank eine sehr wirkmächtige Position, die über viele Jahrzehnte die strategische Ausrichtung der Bundesbank geprägt hat und bis heute, in Form der Leitphilosophie der EZB, eine gewichtige Rolle in der europäischen Krise spielt (Weber 2005).

politisch umkämpften und krisenhaften Relationen zwischen verschiedenen Interessengruppen besteht. In dieser Perspektive spielen Klassen dementsprechend eine zentrale Rolle, da sie aus einem analytischen Blickwinkel sozioökonomische Bruchlinien, divergierende Interessenlagen und ungleiche Verteilung gesellschaftlicher Güter zum Ausdruck bringen.

Doch was enthält die Kategorie „Klasse“ im Wesentlichen? Allgemein gesagt dient der Begriff als analytische Zusammenfassung verschiedener Individuen durch Kenntlichmachung des diese Individuen verbindenden sozioökonomischen Status. Durch welche Kriterien dieser Status definiert wird, ist Gegenstand verschiedener Klassentheorien. E.O. Wright benennt hierbei im Wesentlichen drei Denktraditionen, die sich in Bezug auf diese Kriterien unterscheiden: Die Marxsche, die Weberianische sowie Bourdieusche (bzw. relationale) Tradition (vgl. Wright 2015, 3ff.). Letztere ist dabei die am breitesten angelegte Version von Klassenkonzepten, da sie Klasse als Ansammlung verschiedener individueller Attribute wie (soziales, ökonomisches, kulturelles) Kapital, ethnische Herkunft, Gender oder Wohnort sieht. Die Weberianische Perspektive hingegen weist schon expliziter auf die ökonomische Dimension des Klassenbegriffs hin, indem sie die Ursache der Klassenbildung in der Beschränkung von Zugängen zu gesellschaftlichen Positionen mit hohem sozioökonomischen Prestige verortet (*opportunity hoarding*). Von Mindestanforderungen an Bildung für bestimmte Berufe bis hin zum (meist verfassungsrechtlich gesicherten) Schutz des Privateigentums gibt es eine Reihe dieser Mechanismen, die die Lebenschancen gesellschaftlicher Gruppen bzw. Klassen bis zu einem hohen Grad strukturieren. Die Marxsche Perspektive schließlich bietet den minimalsten und zugleich „strukturellsten“ Klassenbegriff, indem Klassen hier als durch die Stellung im (kapitalistischen) Produktionsprozess determiniert angesehen werden. Die Folge ist, dass bereits der präpolitische, rein ökonomisch-strukturelle Reproduktionsprozess von Gesellschaften Klassenstrukturen hervorbringt, die sich nach Marx in der politischen und gesellschaftlichen Sphäre lediglich reproduzieren. Wesentliches Merkmal von Klassenbeziehungen sind daher die ökonomische Herrschaft und Ausbeutung der subalternen durch die herrschenden Klassen, ein Kerngehalt kapitalistischer Reproduktion.

---

<sup>9</sup>Der Normalfall bezieht sich hier auf den Typus westeuropäischer liberaler Demokratien nach dem zweiten Weltkrieg, die durch politische und institutionelle Verfahren und Regeln zur Einhegung ausufernder gesellschaftlicher und sozioökonomischer Konflikte prinzipiell in der Lage sind.

<b>Perspektive</b>	<b>Grundprinzip</b>	<b>Ökonomische Dimension</b>
Klassen sind durch individuelle Attribute unterscheidbar (vgl. <i>Bourdieu</i> )	Verbindung von individuellen Attributen (z.B. Bildung) und materiellen Lebensbedingungen machen Klassenlage aus.	Ökonomische Sphäre ist nicht entscheidend; mehrere klassenrelevante Attribute.
Klassen als Bewahrung von Lebenschancen („ <i>opportunity hoarding</i> “) (vgl. <i>Weber</i> )	Verfügungsgewalt über ökonomische Ressourcen und Positionen sorgt für soziale Exklusion; dies führt zu ungleicher Verteilung von Lebenschancen in Marktbeziehungen (gleiche Lebenschancen als Klassenindikator).	Ökonomische Sphäre zentral, aber nicht Determinante für Klassenstruktur.
Klassen als Ausbeutungs- und Machtbeziehungen (vgl. <i>Marx</i> )	Klassen werden durch Stellung der Individuen im Produktionsprozess definiert (struktureller Begriff).	Ökonomische Sphäre konstituiert Klassen, was wiederum Auswirkungen auf die politische Sphäre hat.

Abb. 1: Perspektiven auf die Klassentheorie, eigene Darstellung nach Wright 2015, 3-11.

Obwohl der marxsche Klassenbegriff sehr eng gefasst ist und sehr strukturalistisch operiert, ist er dennoch in der kritischen Theoriebildung wohlwollend angenommen und weiterentwickelt worden. Zum Teil dürfte dies auch an der relativ guten Operationalisierbarkeit der Annahme liegen, derzufolge Klassen abseits anderer sozioökonomischer Merkmale relativ genau eingegrenzt werden können. Dennoch bleibt eine rein auf strukturell-ökonomische Verhältnisse reduzierte Analyse notgedrungen mangelhaft, da sie die Komplexität der politischen und gesellschaftlichen Welt nicht mit in die Analyse einbezieht. Für diese Anpassung an die Realität und die daraus entstehende Operationalisierbarkeit des Klassenbegriffs müssen also im Hinblick auf die vorliegende Arbeit folgende Punkte beachtet werden:

- Warum sollen Klassenanalysen überhaupt Gegenstand der Untersuchung politökonomischer Entwicklungen sein, wenn es eine Reihe weiterer wichtiger Akteure gibt?

- Wenn Klassen nicht nur strukturelle Eigenschaften kapitalistischer Ökonomien sind, sondern über den Begriff die analytische Erfassung von Akteuren im globalen Kapitalismus möglich sein soll, muss geklärt werden, wie *class agency*, also die Möglichkeit der Realisierung von Strategien durch Klassenhandeln, erfasst werden kann.
- Wenn die EU als wesentlich durch transnationale Eliten vorangetriebenes Projekt verstanden wird stellt sich die Frage: Wie ist *transnationale* Klassenbildung zu deuten und zu analysieren?
- Und letzten Endes eine Grundfrage: Wenn Klassen als Akteure aufgefasst werden, wie muss das Verhältnis von Akteuren und Strukturen grundsätzlich gefasst werden?

### *Klassenhandeln als Untersuchungsgegenstand*

Die Relevanz des Klassenkonzepts in der Internationalen Politischen Ökonomie neogramscianischer Prägung lässt sich sowohl vom Gegenstand her, als auch theoretisch begründen. Ersteres wird deutlich, wenn die spezifischen Akteure des globalen Kapitalismus in den Blick genommen werden: Neben politischen Akteuren wie Staaten und Organisationen nehmen sowohl transnationale Unternehmen als auch Gremien, die als *planning bodies*, think tanks oder allgemein Zusammenschlüsse von Unternehmensinteressen gelten, einen großen Raum ein. Insbesondere die größten unter den trans- und internationalen Unternehmen (etwa die *Fortune 500* oder *Financial Times Global 500*<sup>10</sup>) rücken in Zeiten der Globalisierung in den Mittelpunkt politischer und ökonomischer Auseinandersetzungen. Auch empirische Untersuchungen (vgl. etwa Sklair 2001; van Apeldoorn 2002; Carroll 2010; van der Pijl et al. 2011; Heemskerk/Takes 2016) zu den Formen und Ausprägungen transnationaler Unternehmensnetzwerke und Klassenformierungen zeigen, dass Unternehmen und Kapitalfraktionen sich zumindest nicht im luftleeren Raum bewegen, sondern strategische und organisatorische Merkmale aufweisen, die zumindest auf Formen von Handlungen mit Klassencharakter oder *class agency* schließen lassen. Für die vorliegende Arbeit ist der Fokus auf transnationale Unternehmen bzw. deren Zusammenschlüsse als Hauptakteure zentral, da es um die strategische Orientierung ebendieser Akteure in der europäischen Krise geht. Natürlich bleibt aber „Klasse“ ein relationales Konzept und somit nur in Klassenantagonismen sinnvoll: Der transnationalen europäischen

---

<sup>10</sup> Siehe hierzu Fortune 500 2016 bzw. Dullforce 2015.

kapitalistischen Klasse stehen weitere, subalterne und antagonistische Klassen und Gruppen gegenüber, die aber nicht Gegenstand der Arbeit selbst sind.

Theoretisch lässt sich ebenfalls argumentieren, dass auf einer strukturell-ökonomischen bzw. vorpolitischen Ebene die Gesamtheit des Kapitals (als Totalität der kapitalistischen Produktionsweise gedacht) ebenfalls in „functional divisions“ (van der Pijl 1998, 3) unterteilt werden kann, also klassisch in Geld-, Waren- und produktives Kapital (ebd.). Diese im ursprünglich Marxschen Sinne gedachte ökonomische „Basis“ kapitalistischer Gesellschaften führt in ihrer konkreten historischen Ausformung zur Herausbildung verschiedener Kapitalfraktionen und somit verschiedener Interessenlagen (vgl. ebd.). Diese relativ strukturellen Vorgänge werden dann in modernen Gesellschaftsformationen um ein vielfaches komplexer, indem Fragen von Klassenbildung, Klassenbewusstsein und der Veränderung von Klassenstrukturen mitsamt ihren soziologischen und politischen Implikationen<sup>11</sup> hinzukommen. Sozialwissenschaftlich relevant werden diese Entwicklungen spätestens dann, wenn Gruppen von Akteuren ihre strategischen Handlungen an ihren (strukturellen bzw. „objektiven“) Klasseninteressen ausrichten bzw. diese Handlungen (und Akteure) einen *Klassencharakter* bekommen. Die Wiederbelebung der Europäischen Integration in den 1980er-Jahren durch das Binnenmarkt- und Währungsunionsprojekt zeigt diesen Klassencharakter und die daraus resultierende *class agency* sehr anschaulich (vgl. vor allem van Apeldoorn 2002, 2013).

### *Das Problem der Class Agency*

Die Konzeptionalisierung von *class agency* selbst ist aber in zweifacher Hinsicht problematisch: Zum einen neigen klassenzentrierte Analyseperspektiven dazu, aus einer strukturalistischen bzw. strukturalisierenden Position heraus zu argumentieren und damit Klassenhandeln lediglich strukturell und nicht ebenso akteurszentriert zu begreifen. Damit verbunden bezieht sich *class agency* zwar auf konkrete Akteure (die Handlungen vollziehen), gleichzeitig aber soll ihr Handeln Klassencharakter besitzen, also über diese individuellen Akteure hinausgehen.

Der erstgenannte Punkt weist auf eine tieferliegende Problematik von Sozialwissenschaft hin, die sich allgemein im Akteur-Struktur-Problem niederschlägt und im fol-

---

<sup>11</sup> Beispielfhaft kann hier die Dauerkrise der westlichen Sozialdemokratie seit der Krise des Fordismus in den 1970er-Jahren und dem Übergang zu postfordistisch geprägten Akkumulationsregimen sowie den entsprechenden sozioökonomischen Veränderungen und Verwerfungen angeführt werden (zur Krise des Fordismus vgl. Hirsch 1985).

genden Unterkapitel noch tiefergehend diskutiert wird. Der zweite Aspekt spielt in der konkreten Vorgehensweise empirischer Analysen eine wichtige Rolle, da hier genau diese Fragen nach der konkreten Fassung und Operationalisierung von Akteurshandeln entstehen. *Class agency* kann hierbei als analytische Perspektive auf kollektives politisches Handeln gesehen werden, das die Repräsentation von übergreifendem „Klassen“-Interesse zum Gegenstand hat:

„This higher form [von politischer *agency*, M.B.] is oriented towards the articulation of a more ‘general’ capitalist interest, expressing a longer-term and comprehensive view of how the interest of transnational capital, and of private enterprise in general, can be best secured in the terms of the general institutional and policy framework in which capital operates.” (van Apeldoorn 2002, 3)

Klasseninteresse (bzw. *general capitalist interest*) ist hierbei nicht deterministisch zu deuten, wonach *class agency* immer ausschließlich ein objektiv gegebenes Interesse einer sozialen Klasse repräsentiert. Vielmehr ist schon die Perzeption und Artikulation dieses Interesses selbst innerhalb der verschiedenen Kapitalfraktionen- und Gruppen umkämpft und keineswegs eindeutig (vgl. Poulantzas 2002). Weiterhin ist die analytische Folie der *class agency* eine ex-post-Rekonstruktion, die einzelne und zusammenhängende Handlungen verschiedener Akteure interpretiert, d.h. theoretisch und empirisch in einen größeren strategischen Kontext einordnet. Von daher behauptet der analytische Umgang mit dem Begriff selbst, wie im o.g. Zitat deutlich wird, nicht, dass *class agency* dem Grundcharakter des Handelns ökonomischer oder politischer Akteure entspricht, sondern eher, dass diese Form des Handelns eine Besonderheit darstellt, die hohe finanzielle, organisatorische und weitere Kapazitäten und Ressourcen erfordert. Allem voran die Schaffung eines übergreifenden „Klassenbewusstseins“, d.h. der Idee, Teil eines übergreifenden sozioökonomischen Interessenskollektivs zu sein und in diesem Sinne zu handeln, ist eine komplexe und nicht unter allen Umständen realisierbare Aufgabe. Folgende Punkte stellen eine erweiterbare Liste materieller und ideeller Bedingungen von *class agency* dar:

- Klassenbewusstsein im Sinne eines grundsätzlichen Verständnisses sozioökonomischer Interessengemeinschaften und der Möglichkeit, die im alltäglichen Handeln überwiegenden Partikularinteressen für gemeinsames strategisches Vorgehen zu überwinden. Dies geschieht z.B. über die Wirkung organischer Intellektueller, die sich positiv auf diese Interessengemeinschaft beziehen oder

auch über die nicht unmittelbar in die materielle Reproduktion eingebundenen Gruppen transnationaler Klassenformationen<sup>12</sup>

- Organisatorische und allgemein materielle Kapazitäten und Ressourcen. Die extrem hohe Verfügungsmacht über diese Kapazitäten ermöglicht es Unternehmen und Unternehmensgruppen, sich über nationale Grenzen hinweg zu organisieren und somit kollektiv strategisch zu handeln. Im Gegensatz hierzu ist die Organisationsfähigkeit subalternen Gruppe, etwa der Gewerkschaftsbewegung, über die nationalen Grenzen hinaus sehr marginal.
- Die Existenz und Wirkungsweise von *planning bodies* wie z.B. dem *European Round Table of Industrialists* (ERT, vgl. van Apeldoorn 2000, 2002, 2013), think tanks und weiterer Gremien (z.B. der *Financial Services Round Table*, FRT; *BusinessEurope* oder im Kreditwesen der *Club de Paris*). Diese organisatorische Ausformung von Klasseninteressen beruht zwar auf der o.g. Vorhandensein von materiellen Kapazitäten, stellt aber nochmals eine spezifische, institutionalisierte Form der Organisation dar.
- Das Vorhandensein des strukturellen Komplements zur *class agency*, nämlich spezifische historische Strukturen (vgl. Cox 1981, 1983) sowie klar definierte politische Projekte innerhalb dieser Strukturen (vgl. Bieling/Steinhilber 2000), die von Klassenhandeln geprägt werden. Die Wiederbelebung der Europäischen Integration in den 1980er-Jahren kann als ein solches politisches Projekt (mit den „Unterprojekten“ Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion etc.) gesehen werden.

Diese Liste ließe sich natürlich noch erweitern und präziser fassen, allerdings sollte dies nur einen Überblick über mögliche Bedingungen und Problemfelder darstellen, um die grundsätzliche Schwierigkeit bei der Realisierung von *class agency* abzubilden. Sie weicht als Konzept damit vom alltäglichen, eher routinierten Handeln von Akteuren ab, das einen Großteil sozialer Handlung ausmacht (vgl. Giddens 1985) und ist daher nicht einfach zu greifen. Als Handeln mit *Klassencharakter* fällt *class agency* aber auch nicht in deterministische Vorstellungen von sozioökonomischen Klassen und deren strukturelle Interessenrealisierung in kapitalistischen Gesellschaftsformationen zurück.

---

<sup>12</sup> Etwa die aus Medien und Konsumenten bestehende *consumerist fraction* der transnationalen kapitalistischen Klasse (vgl. Sklair 2001, 17ff.).

## *Transnationale Klassenformation*

Insgesamt ergibt sich also die Annahme, dass die Bewertung politökonomischer Entwicklungen wie der Austeritätsstrategie über eine Fokussierung auf *class agency* zumindest das Gesamtbild der europäischen Krisenlösungsstrategie abseits der üblichen politischen Akteure erweitern und präzisieren kann. Da es sich bei der EU aber nicht um einen klassischen Nationalstaat und somit nicht um eine Bildung und Organisation von Klassenformationen entlang nationalstaatlicher Linien handelt, muss die Verortung einer europäischen kapitalistischen Klasse (*Transnational Capitalist Class*, TCC) separat begründet werden. Zum einen kann auch hier wieder mit Blick auf die Forschungsliteratur von einer Existenz zumindest eines „Corporate Europe“ (Carroll et al. 2010), also einer integrierten und vernetzten transnationalen europäischen Unternehmenselite gesprochen werden (vgl. auch Hartmann 2003; Heemskerk et al. 2013; Carroll 2010, 155ff.; Balanyá et al. 2003). Insofern geben die empirischen Befunde Anhaltspunkte dafür, dass es eine starke Kohäsion von europäischen Unternehmen innerhalb von Netzwerken gibt, d.h. dass eine entscheidende Organisationsebene derselben die transnationale ist.

Zum anderen lässt sich diese Entwicklung historisch mit der sich in den 1980er-Jahren intensivierenden Globalisierung in der Weltwirtschaft verknüpfen: Globalisierung als ökonomischer Kernprozess der letzten drei Jahrzehnte soll, in der Theorie, zu einer grenzenlosen, integrierten Weltwirtschaft, der Entnationalisierung von unternehmerischer Aktivität und dem Ende des ökonomischen Nationalismus (Sklair 2001, 3) führen. Obwohl die Praxis der Idee noch hinterherhinkt, können Prozesse der Transnationalisierung unternehmerischer Aktivität und Organisation, aber auch (anfängliche) Ambitionen der politischen Einholung dieser Aktivität (etwa durch transnational arbeitende NGOs) konstatiert werden. Nichtsdestotrotz bleibt die empirische Analyse dieser Entwicklungen unabdingbar, da, wie William Carroll zurecht bemerkt, der Prozess der Transnationalisierung der kapitalistischen (Re-)Produktion nicht automatisch eine Reorganisation der Unternehmen im Sinne einer transnationalen kapitalistischen Klasse bedeutet (Carroll 2010, 1f.).

Was unterscheidet nun transnationale Klassenformationen und transnationale *class agency* von der nationalen Ebene? Aus neogramscianischer Perspektive ändert sich mit der Verschiebung ökonomischer Aktivitäten auf die transnationale Ebene nicht nur der Modus oder die organisatorische Seite gesellschaftlicher Beziehungen, sondern es findet eine Verschiebung von Machtverhältnissen statt. Die Verlagerung von



kapitalistischer *class agency* auf die transnationale Ebene löst diese zu einem großen Teil aus den Macht- und Herrschaftsbeziehungen der Nationalstaaten, d.h. auch aus der Möglichkeit (demokratischer) Kontrolle und institutioneller Einhegung heraus. Da, wie bereits oben ausgeführt, nicht alle gesellschaftlichen Kräfte die Kapazitäten und Ressourcen zu transnationaler Aktivität haben, befindet sich das transnational agierende Kapital in einer strukturell stärkeren Position als etwa subalterne Gruppen (van Apeldoorn 2002, 32) und nutzt diese neugewonnene Position zum Ausbau ihrer Macht, etwa durch die Organisation in *planning bodies* oder der diskursiven Einflussnahme über Think Thanks. Diese Entwicklungen sind daher nicht nur im Sinne einer Verlagerung, sondern *Veränderung* der internationalen Umwelt und ihrer Beziehungen zu deuten: Die globalisierte Welt bringt veränderte Macht- und Herrschaftsbeziehungen mit sich, die sich in einer strukturell vorteilhaften Position für das transnationale Kapital und besonders einige Fraktionen (wie etwa das exportorientierte Industriekapital) desselben, niederschlagen. Die Analyse transnationaler *class agency* kann daher als eigenes Untersuchungsfeld gelten, die nicht die nationalen Verhandlungs- und Institutionensysteme, sondern die transnational(-europäische) Ebene in den Blick nimmt. Diese Fokussierung bedeutet nicht, dass der Nationalstaat obsolet geworden ist – im Gegenteil hat er in manchen Politikbereichen sogar an Macht gewonnen (vgl. Higgott et al. 1999, 2). Gleichzeitig wird aber deutlich, dass bestimmte politische Projekte – wie in unserem Fall die Wiederbelebung der Europäischen Integration – ganz zentral von der Einflussnahme und Aktivität transnational organisierter ökonomischer Akteure abhängen. In diesem Sinne kann die Entwicklung der EU und ihrer Politiken seit den 1980er-Jahren aus einer transnationalen Klassenperspektive beleuchtet werden, ohne gleichzeitig alles politische Handeln auf dieselbe zu reduzieren.

#### Exkurs: Das Akteur-Struktur-Problem *revisited*

In den oben dargestellten Ausführungen zur Relevanz und Theorie von Klassenanalysen in der politökonomischen Forschung wurde bereits deutlich, dass das grundlegende sozialwissenschaftliche Problem dieser Analysemöglichkeit über die politökonomische Perspektive selbst hinausgeht und grundsätzliche Fragen von Akteuren und Strukturen berührt. Da der Ausgangspunkt der Fragestellung die konstatierte Begrenztheit bzw. verminderte Aussagekraft strukturlastiger Erklärungen war, soll an dieser Stelle anhand einer Diskussion der Struktur-Akteur-Problematik bei Giddens und der konstruktiven Kritik von Bob Jessop gezeigt werden, inwiefern die komple-

xen Wechselwirkungen dieser beiden „Pole“ dialektisch und nicht kontradiktorisch erfasst werden können. Diese grundlegende Diskussion soll dabei helfen, die vorhergehenden Darstellungen einzuordnen und eine adäquate theoretische Folie für die folgende Analyse zu schaffen.

### *Giddens: Ende der Dualität*

Die Fassung Akteur-Struktur-Verhältnisses ist historisch innerhalb der sozialwissenschaftlichen Diskussion stets umstritten gewesen. Die soziologischen Klassiker des 19. Jahrhunderts wie Marx oder Durkheim verstanden Soziologie in erster Linie als Gesellschaftswissenschaft, die sich in ihrem Gegenstandsbereich auf soziale *Verhältnisse* fokussieren sollte. Damit wendet sich die Sozialwissenschaft gleich zu Beginn von einer stark philosophiegeschichtlich geprägten Denktradition ab, wonach das Individuum in seiner abstrakten Form – als normativer Idealtyp, als religiöses Wesen oder als rationalisiertes „Ich“ – als Grundkategorie von Gesellschaft verstanden wird. Während die politische Philosophie bis ins 19. Jahrhundert diesem Topos grundsätzlich folgte<sup>13</sup>, überwand die Herausbildung der Sozialwissenschaft diese Engführung durch die Fokussierung auf gesellschaftliche Zusammenhänge, deren Untersuchung über diejenige der Gesamtheit individueller Beziehungen hinausgeht. Individuelles Handeln steht also demnach schon immer in gesellschaftlichem Zusammenhang (vgl. Marx/Engels 1972, 115) und es sind weniger die einzelnen Akteure als vielmehr gesellschaftliche Strukturen (etwa: die Ökonomie, die Kultur oder Klassenlage), die Handeln determinieren und erklären.

Diese relativ strukturorientierte Sichtweise wurde anschließend oft übernommen und weiterentwickelt, aber auch herausgefordert: vor allem der Behaviorismus (vgl. Skinner 1973), der in seiner individualisierenden und induktiven Vorgehensweise wegweisend war, inspirierte akteurszentrierte Paradigmen wie das *rational-choice*-Modell der Wirtschaftswissenschaften oder die politikwissenschaftliche Kulturforschung (Jahn 2006, 266) in entscheidender Weise. Doch auch wenn der behaviouristische Einfluss im 20. Jahrhundert prägend war<sup>14</sup>, wurde in den 1980er-Jahren, vor allem mit der Luhmannschen Systemtheorie, eine Reihe von Einwänden gegen den me-

---

<sup>13</sup> Exemplarisch können hier der Leviathan bei Hobbes als „Über-Individuum“, die Rousseausche Idee von „der“ Natur „des“ Menschen oder der kantische, vernunftorientierte Republikanismus genannt werden, denen allesamt ein bestimmtes, abstraktes und normativ aufgeladenes Menschenbild zugrunde liegt.

<sup>14</sup> Neben den genannten Subdisziplinen ist auch die (neo)realistische IB-Forschung als Paradebeispiel einer spieltheoretisch-behaviouristischen Fundierung von Politikwissenschaft zu nennen.

thodischen Individualismus seitens strukturalistisch inspirierter Theorien erhoben. Die durch Globalisierung und beschleunigte kulturelle Ausdifferenzierung unübersichtlicher gewordene Welt war nun zu komplex, um sie aus der Logik theoretisch rational handelnder Individuen zu erklären:

„Sich auf den Standpunkt des Individuums zu stellen, ist demnach gleichsam das Eingeständnis der Machtlosigkeit des wissenschaftlichen Beobachters gegenüber der Komplexität. Wir bedürfen anderer Beobachtungskategorien wie System und Struktur, um die heutige Welt zu erklären. Es sind überindividuelle Entitäten - die "faits sociaux" von Durkheim - die gesellschaftliches Handeln strukturieren und damit helfen, die gesellschaftliche Dynamik zu verstehen“ (Lange/Braun 2000, 103)

Dieses also bis heute sehr strittige Verhältnis strukturalistischer und akteurszentrierter sozialwissenschaftlicher Forschung kann zusammenfassend auf zwei Grunddifferenzen reduziert werden: Einerseits unterscheiden sich beide Perspektiven hinsichtlich der Fragestellung, *was* genau den Untersuchungsgegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung konstituiert – also in ontologischer Hinsicht. Während akteurszentrierte Ansätze vor allem eben Individuen als abstrakten Durchschnitt oder theoretischen Idealtyp thematisieren und methodisch an dieser Mikroebene ansetzen, beschäftigen sich strukturalistisch vorgehende Untersuchungen mit den über diesen methodischen Individualismus hinausgehenden Strukturen, Verhältnissen und der Gesamtheit von Individuen. Diese unterschiedlichen Gegenstandsbereiche ziehen folglich auch unterschiedliche Wissenschaftsverständnisse und methodische Überlegungen nach sich. Diese methodischen Fragen bilden eine zweite zentrale Unterscheidungsachse zwischen beiden Perspektiven, die man als epistemologische (oder erkenntnistheoretische) Unterscheidung zusammenfassen kann: Je nachdem, ob die Mikro- oder Makroebene der sozialen Wirklichkeit untersucht wird, ergeben sich verschiedene Zugänge zur jeweiligen Ebene; etwa die spieltheoretische Fundierung bestimmter volkswirtschaftlicher Modelle oder die empirische Annäherung an gesellschaftliche Strukturen durch Auswertung aggregierter Daten usw. Insgesamt gesehen sind beide Differenzierungsachsen sehr grobschlächtig und erfassen viele weitere Unterscheidungen (etwa zwischen erklärender und verstehender, qualitativer und quantitativer Sozialwissenschaft) nicht; dennoch kann anhand dessen zumindest annähernd erfasst werden, weshalb die Akteur-Struktur-Problematik nicht nur ein Problem verschiedener „Schulen“ oder Perspektiven ist, sondern die grundlegenden Kategorien der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung betrifft: Wie wird die soziale

Realität konkret gedacht und auf welche Weise kann man diese Realität angemessen erschließen?

Als einer der griffigsten Lösungsvorschläge für diese Problematik gilt Anthony Giddens Strukturationstheorie (vgl. Giddens 1985; Lamla 2003). Für Giddens ist die wissenschaftstheoretische Trennung in strukturalistische bzw. funktionalistische Ansätze einerseits und hermeneutisch vorgehende bzw. subjektzentrierte Theorien andererseits von Grund auf der sozialen Realität unangemessen. Er schreibt vor allem dem den strukturalistischen Theorien anhaftenden Objektivismus eine tragende Rolle im „orthodox consensus“ (Giddens 1985, 1) der Sozialwissenschaften zu, welcher den grundlegenden Dualismus entgegen seiner Unfruchtbarkeit in der wissenschaftlichen Diskussion dennoch aufrechterhält. Giddens hält dem entgegen, dass

„[t]he basic domain of study of the social sciences [...] is neither the experience of the individual actor, nor the existence of any form of societal totality, but social practices ordered across space and time“ (ebd., 2).

Giddens setzt also bei der Frage nach den *social practices*, dem konkreten Verhalten und Handeln innerhalb raumzeitlicher Rahmenbedingungen, als evidenter Tatsache an: Menschen, Akteure *handeln* in sozialen Kontexten; unabhängig davon wie dieses Handeln zunächst bewertet wird (etwa: intentional, strategisch, pfadabhängig, routiniert etc.). Menschliche Handlungen als Elementarform sozialer Realität sind aber nicht klar zu greifen, da Handlungen an sich sehr komplexe Prozesse darstellen, die meist nur über eine Kombination psychologischer, philosophischer und empirischer Überlegungen erfassbar sind. Giddens versucht daher, entgegen der normativ oder szientistisch argumentierenden Soziologie (vgl. Reckwitz 2007, 314f.), Akteurshandeln nicht als Abfolge rationalistischer oder intendierter Zwecksetzungen, sondern als *kontinuierliches* Verhalten zur Welt zu interpretieren (Giddens 1985, 3). Der Prozess- bzw. Kontinuitätsgedanke des Phänomens sozialer Handlung ist dabei der zentrale Unterschied zu klassischen Handlungstheorien: Es verhält sich für Giddens *realiter* nicht so, dass Handlungen zunächst kognitiv reflektiert und verursacht und dann in einem zweiten Schritt als einmalige, analytisch isolierbare Akte ausgeführt werden<sup>15</sup>. Vielmehr ist ein sehr großer Teil menschlicher Handlungen und menschlichen Verhaltens eine routinierte Angelegenheit, die eher von „sedimentierten Gewißheiten [sic!] im Lauf der Handlungsvollzüge“ (Joas 1986, 239) als von rationalen

---

<sup>15</sup> Und im Idealfall nach dem Eintreten einer intendierten Wirkung oder Gegenhandlung wiederum reflektiert und sogleich in eine „Feedback“-Handlung eingespeist zu werden, so etwa die prominente Vorstellung der Funktionsweise politischer Systeme bei David Easton (vgl. Easton 1965, 17ff.).

Handlungsabwägungen geprägt ist. Die Frage nach der Begründung und Motivation von Handlungen wird dabei erst relevant, wenn die alltägliche Routine und Eingebundenheit konkreter Handlungen aus diesem Rahmen fällt, d.h. vor allem in Krisensituationen und auftretenden Widersprüchlichkeiten (ebd.). Giddens ist hier vor allem die Unterscheidung zwischen diskursivem und praktischem Wissen wichtig (vgl. Giddens 1985, 4f.): Im täglichen Umgang mit der Welt ist vor allem das praktische, das „Weltwissen“ von Relevanz, da eben ein Großteil menschlichen Handelns routiniertes Alltagshandeln ist. Das von den meisten Philosophen und Soziologen bemühte und untersuchte diskursive Wissen macht dabei einen sehr beschränkten Teil der sozialen Welt aus. Das praktische Wissen ermöglicht, sich als Akteur in den sozialen Strukturen zurechtzufinden und diese – eben durch die alltägliche Routine – zu „strukturieren“, d.h. in einem raumzeitlichen Kontinuum ständig neu zu schaffen. Hier wird deutlich, dass Struktur und Akteur schon aus handlungstheoretischer Sicht nicht als Gegenpole oder getrennte Sphären des Sozialen gedacht werden müssen.

Handlungstheoretisch formuliert Giddens im Folgenden ein „stratification model of the agent“ (ebd., 5), das die Bedingungen und Konsequenzen von Akteurshandeln miteinander zu verknüpfen sucht. Zwischen den zwei Polen der Handlung – die relativ diffusen Gründe für ein bestimmtes Handeln sowie die (un)intendierten Folgen desselben – befinden sich die drei Momente der Motivation, Rationalisierung und des *reflexive monitoring* der Handlung. Dieses beinhaltet die tagtägliche Überprüfung der eigenen und fremden Handlungen im Lichte bestimmter Kontexte wie etwa Regeln, Umwelten oder allgemein: Strukturen. Weiterhin bedeutet die Rationalisierung von Handlungen, dass ein Akteur (potentiell) jederzeit Gründe und Begründungen für sein jeweiliges Handeln angeben kann. In diesem Sinne ist Rationalisierung eng an den Begriff des praktischen Wissens angelehnt, da auch hier nicht die diskursive Verteidigung und theoretische Argumentation für diese oder jene Handlung, sondern ein bloß loses theoretisches Verständnis des derzeitigen Handelns gemeint ist (ebd.). Anders gefasst kann Rationalisierung also als Antwort auf die Frage „Was tun Sie gerade hier und warum?“ gesehen werden: Fast jede Person, die sich in einer Handlung befindet, wird diese Frage zumindest mit einem Satz beantworten können.

Der dritte Punkt, die Motivation der Handlung, unterscheidet sich nochmals von den beiden anderen Momenten dahingehend, dass sie nicht Element der Kontinuität des alltäglichen Handelns ist: mit Giddens verweist sie eher auf Handlungspotentiale als auf einen bestimmten Modus des Handelns (vgl. ebd., 6). Insofern spielen Hand-

lungsmotive zwar in der Diskussion bestimmter, herausgehobener Entscheidungen (z.B. während Krisen) eine prominente Rolle, nicht aber im Großteil alltäglicher sozialer Handlungsroutinen. Weiterhin sind Motive eher beim Entwurf von Projekten und Strategien entscheidend, da sie die Gesamtheit von Einzelhandlungen über einen längeren Zeitraum innerhalb einer konkreten Zielvorstellung bündeln und strategisch sinnvoll aufeinander beziehen. Hier wird bereits sichtbar, warum etwa politische Projekte wie die Wiederbelebung der Europäischen Integration (vgl. etwa Bornschie 2000a) sich ebenfalls eher vom alltäglichen Politikbetrieb abheben und deshalb Gegenstand wissenschaftlichen Interesses sind: sie können nicht unter den „normalpolitischen“ Problemlösungsschemata gefasst werden, sondern stellen strategische Projekte dar, die sich durch unterschiedliche Motivationen, Interessenlagen und Kräfteverhältnisse von der Alltagspolitik unterscheiden.

Anhand der Trias *reflexive monitoring – rationalization – motivation* sowie der Grundunterscheidung von praktischem und diskursivem Wissen kann also eine strukturationstheoretisch inspirierte Annäherung an das, was in den Sozialwissenschaften gemeinhin als „Akteur“ umschrieben wird, gefasst werden. Die vorgeschlagene Modellierung von Akteuren hat indes Folgen für die Definition von *agency* selbst, d.h. für das Vermögen, eine intentionale Handlung zu beginnen: *agency* ist immer im Kontext der *Kontinuität* von Handeln zu analysieren. Dieser bereits in Bezug auf den Akteur dargestellte Umstand bedeutet für die Analyse der *agency*, dass diese als „flow of intentional action“ (Giddens 1985, 8) zwar immer intentional ist, aber gleichzeitig nicht intendierte Handlungsfolgen produziert. Sozialwissenschaftlich interessant ist vor allem der Zusammenhang zwischen beidem: wäre alleine die Intentionalität einer Handlung ausschlaggebend für die Folgen, bestünde Sozialwissenschaft nur aus Handlungstheorie, wäre also Philosophie. Der Umstand, dass Intentionalität und Handlungsfolgen im Normalfall nicht deckungsgleich sind<sup>16</sup>, konstituiert die soziale Welt als komplexe Sphäre intendierter und nicht intendierter menschlicher Interaktion, die eigener Analyse Kategorien bedarf.

---

<sup>16</sup> Dies bedeutet konkret: Es gibt wenige Handlungen im sozialen Kontext, die eine unmittelbare Verbindung von Intention A und Ergebnis A' darstellen. Vielmehr bewirken intentionale Handlungen zu meist entweder a.) eine Realisation von A' sowie weitere nicht intendierte Nebeneffekte, die wiederum selbst zu Ursachen weiterer Folgen werden oder b.) keine Realisation von A' und stattdessen ausschließlich (nicht intendierte) Nebeneffekte. So kann etwa ein Gesetz zum Verbot von Rauschmitteln a.) zur intendierten Folge eines niedrigeren Konsums von Drogen und gleichzeitig zu höherer Beschaffungskriminalität (nicht intendiert) etc. führen oder etwa b.) der Konsum steigt dennoch und die Beschaffungskriminalität ebenso.

Es gibt zwar noch weitere relevante Punkte im Gesamtbild der Strukturationstheorie, doch um einer Überfrachtung durch metatheoretische Ausführungen vorzubeugen, seien noch zwei für die folgende Analyse relevante Punkte angesprochen: Macht und Struktur. Macht ist auch für Giddens ein essentielles Phänomen, da soziale Beziehungen, vor allem aus der Perspektive der Prozessbetrachtung sozialer Realität, von Macht – und Herrschaftsbeziehungen durchzogen sind. Ganz im Sinne der Dualität sozialer Strukturen sieht Giddens den Machtbegriff im Spannungsfeld von einerseits logischer bzw. subjektivistischer Erklärung (etwa: Macht ist die Fähigkeit des Subjekts zur Umgestaltung seiner Umwelt) und andererseits gesellschaftlicher bzw. objektivistischer Konzeption (etwa: Macht entspricht gesellschaftlichen Relationen und ist nur dort analysierbar) (vgl. auch ebd., 15). Demzufolge ist Macht weder Ressource noch Eigenschaft von Strukturen oder Institutionen, sondern wird ständig in sozialen Handlungen ausgeübt. Die soziale Reproduktion von Gesellschaften hängt in entscheidender Weise von den in ihr eingeschriebenen Macht- und Herrschaftsverhältnissen ab. Insofern ist Macht für Giddens „a routine element of the instatiation of conduct in social reproduction“ (ebd., 16), was aber gleichzeitig die Kontingenz von Machtbeziehungen offenbart: Sie sind nicht eingleisig, sondern eröffnen den subalternen Akteuren und Gruppen Möglichkeiten der Einflussnahme und Herausforderung derselben. Sie sind daher dialektischer Natur (ebd.) und somit prinzipiell kontingent. Damit thematisiert Giddens ein wichtiges Moment kritischer Theoriebildung, die sich in ihren verschiedenen Perspektiven auf eben diese grundsätzliche Umkämpftheit von Machtverhältnissen fokussiert.

Der besondere Beitrag der Strukturationstheorie zum Struktur-Akteur-Problem besteht nun in der Konzeption des Verhältnisses von Akteuren und Strukturen. Den Ausgangspunkt bilden dabei die angesprochenen Handlungen von Akteuren: Wie können diese sinnhaft, in einem zeitlichen und räumlichen Gesamtzusammenhang gedacht und fortgeführt werden? Wenn Handeln im Wesentlichen die Reproduktion von Gesellschaft bedeutet, ist diese Frage höchst essentiell, denn ohne eine zeitliche, räumliche und sinnhafte Strukturierung von routinierten Handlungen kann Reproduktion gar nicht gedacht werden – sie wäre dann nur Repetition ohne sinnvollen Inhalt. Diese Sinnstiftung bieten Strukturen, die für Giddens im Wesentlichen Regeln<sup>17</sup> und Ressourcen sind (vgl. Reckwitz 2007, 317; Zimmer/Ortmann 2001, 32). Sie sind

---

<sup>17</sup> „Regeln“ beziehen sich dabei allgemein auf die Regelung bestimmter gesellschaftlicher Prozeduren und allgemein des gesellschaftlichen Umgangs. Sie sind daher nicht so eng zu fassen wie kodifizierte Regeln (vgl. Zimmer/Ortmann 2001, 32).

sinnstiftend, da sie die alltäglichen Routinehandlungen von Akteuren räumlich bündeln und zeitlich fortsetzbar machen: Erst die Regel, dass der tägliche Gang zur Arbeitsstelle durch ein Entgelt entlohnt wird, macht diesen täglichen Gang in gewisser Hinsicht sinnvoll. Ebenso gilt dies für alle anderen Gesellschaftsbereiche; so sichern die Regel der demokratischen Wahl die Fortsetzung der politischen Gemeinschaft ab und geben dem Wahlgang (sowie im Allgemeinen dem politischen System) eine Sinn-dimension etc. In Giddens Worten:

„Structure thus refers, in social analysis, to the structuring properties allowing the ‘binding’ of time-space in social systems, the properties which make it possible for discernibly similar social practices to exist across varying spans of time and space and which lend them ‘systemic’ form” (Giddens 1985, 17).

Gleichzeitig bedeutet diese enge Kopplung von Handlung und Struktur, dass diese nicht mehr als Gegensätze oder gegenseitige Restriktion aufgefasst werden können. Da Akteurshandeln nur innerhalb von Strukturen sinnvoll wird und gleichzeitig Strukturen ohne Akteurshandeln nicht reproduziert werden können, spricht Giddens hier, anstelle vom historischen Dualismus von der *Dualität* (duality) beider Phänomene: „[T]he structural properties of social systems are both *medium and outcome* of the practices they recursively organize“ (ebd., 25; Hervorh. M.B.). Impliziert ist in dieser Wendung des klassischen Dualismus-Problems auch eine Betonung nicht nur der einschränkenden (*constraining*), sondern ebenso der ermöglichenden (*enabling*) Eigenschaften von Strukturen (ebd.). Diese markieren also nicht nur die Grenzen von Akteurshandeln, sondern sind ebenso der Realisationsraum desselben. Wichtig anzumerken ist hier, dass Giddens *nicht* darzustellen versucht, dass sich Handeln und Struktur lediglich in unbestimmter Art und Weise gegenseitig beeinflussen, sondern dass er die ontologische Frage radikal umkehrt: Handeln und Struktur, Struktur und Akteur sind insofern identisch, als sie denselben raumzeitlichen Prozess abbilden (vgl. Reckwitz 2007, 318; Giddens 1985, 25; Treibel 2006, 246). Die vom Beobachter gemachte Unterscheidung bleibt dabei die analytische Perspektive, die durch diese Unterscheidungen Handlungen als solche sichtbar macht und Sinngehalte offenlegt; im Grunde aber wird der starke ontologische Dualismus durch Giddens Dualitätshypothese aufgelöst.

*Jessop: Das Dualitätsproblem „kritisch“ gewendet*

Was bleibt nun von der Neufassung der Struktur-Akteur-Problematik für die Untersuchung übrig? Im Grunde zeigen Giddens theoretische Überlegungen, dass die sozialwissenschaftliche Grundunterscheidung in Strukturen und Akteure und deren iso-



lierte Analyse von vornherein Gefahr läuft, falsche Ergebnisse zu (re)produzieren. Aus der analytischen Grundannahme einer Dualität zwischen beiden Seiten ergeben sich entsprechende Kategorien, Analyseraster und fortfolgende Unterscheidungen, die Handeln nicht als genuin praktischen, in die soziale Umwelt eingreifenden und diese umgestaltenden Prozess, sondern stets nur als Abfolge souveräner, rationaler Handlungsakte behandeln. Die Zuschreibung von Positionen, Strategien und die Bewertung derselben erfolgt immer unter der Annahme, diese wären unabhängig von Strukturen, die diese Strategien nur behindern, nicht aber ermöglichen könnten. Im Folgenden soll daher die theoretische Prämisse gelten, dass soziales Handeln zwar strategisch sein kann, dieses aber eher die Ausnahme ist, innerhalb von politischen Projekten (oder allgemein einem weiteren Kontext) stattfindet, umkämpft und umstritten in der Strategieformulierung ist und kontingente, unintendierte Ergebnisse produziert. Gleichzeitig sind vorhandene Strukturen oft erst der Ermöglichungsgrund dieser Strategien, da diese sich z.B. durch institutionelle Selektivitäten auszeichnen (vgl. etwa Offe 1972, 65ff.). Schließlich ist das Verhältnis von Macht und sozialer Reproduktion als wichtige Einsicht der Strukturationstheorie elementar: Macht ist nicht nur die Möglichkeit der Veränderung der Umwelt durch einen partikularen Willen, sondern entscheidend in die alltägliche soziale Reproduktion eingelassen. Sie ist konstitutiver Bestandteil der täglichen Umformung der sozialen Realität und damit sowohl akteurs- als auch strukturtheoretisch greifbar, als kontingentes Moment innerhalb des Flusses sozialer Aktivitäten. Macht- und Herrschaftsverhältnisse können so nicht bloß als strukturelle Gegebenheiten oder Eigenschaften von Systemen, sondern als umkämpfte, instabile und letztlich auch widersprüchliche soziale Relationen gefasst werden.

Bob Jessop hat nun innerhalb der Entwicklung seines *strategic-relational approach* (SRA, vgl. Jessop 2008) versucht, die Verschiebung von Dualismus zu Dualität aus einer kritischen Perspektive für aktuelle Entwicklungen, insbesondere in der kritischen Staatstheorie, weiterzudenken. Er zielt dabei auf das für ihn nur vordergründig überzeugende Dualismus-Argument, indem er die Kritik von Holmwood und Stewart (Holmwood/Stewart 1991, 4ff.; 89ff.) an eben diesem Argument diskutiert: Zum einen bleiben in der sehr abstrakten Giddenschen Analyse spezifische Akteure und Handlungen unterbelichtet (Jessop 2008, 40); Gegenstand der theoretischen Auseinandersetzung ist stets die „durée“ (Giddens 1985, 3), also die abstrakte Kontinuität, sozialer Handlungen. Zum anderen aber, und dies ist in der Kritik zentral, beharrt

Giddens sehr konsequent auf dem repetitiven, routinisierten und reproduktiven Charakter der sozialen Welt (Jessop 2008, 40). Die Überbetonung der Reproduktionsleistung von Strukturen und Akteuren lässt aber außen vor, welche Rolle „strategic contexts and orientations“ (ebd.) in diesem Sinne spielen. Zwar verweist Giddens richtigerweise in seinem Akteursmodell auf die Rolle der *motivation* in Bezug auf langfristig angelegte (Strategie-)Projekte der handelnden Akteure; nichtsdestotrotz spielen die repetitiven und restrukturierenden Elemente eine viel zentralere Rolle in der Gesamtkonzeption (vgl. auch Giddens 1976, 168ff.). Insofern trifft Jessop hier einen wichtigen Punkt, der vor allem in der kritischen Analyseperspektive sehr relevant ist, da doch gerade die Zuschreibungen von Interessen und Standpunkten in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wesentlich durch Strategien und Gegenstrategien kenntlich gemacht werden können. Jessop schlussfolgert, dass der zweite Kritikpunkt dazu führt, dass die Strukturationstheorie in großen Teilen eine unhistorische („atemporal“, Jessop 2008, 41) Perspektive aufweist, d.h. für historische Strukturen nicht sensibilisiert ist. Obwohl der Kritikpunkt nicht weiter ausgeführt wird, ist die Referenz an ein zentrales Element kritischer Theoriebildung – der historischen Gebundenheit von Sozialwissenschaft<sup>18</sup> – deutlich.

Jessop schlägt an Stelle der vermeintlich falschen Giddenschen Dualität eine dialektische Relativierung des klassischen Dualismus vor (ebd.). Zentral für diese Wiederbelebung des Dualismus ist die Definition von Strukturen als Träger von „inscribed strategic selectivity“ (ebd.) sowie die Definition von Handlung als „performance by agents with strategically calculating structural orientation“ (ebd.). Strukturen sind also nicht nur das, was Akteure aus ihnen machen und daher prinzipiell „neutraler“ Boden, sondern besitzen eine selektive Vor-Prägung, die sie in ihrer historischen und räumlichen Gebundenheit verortet sowie diese „agency-and strategy-specific“ (ebd.) macht. Während die Definition von Strukturen nicht unbedingt der Giddenschen Version widersprechen muss<sup>19</sup>, sind Akteure und Akteurshandeln für Jessop alles andere als bloß reproduktive Vorgänge:

---

18 „Social and political theory is history-bound at its origin, since it is always traceable to an historically-conditioned awareness of certain problems and issues“ (Cox 1981, 128).

19 Jessop legt sehr starken Wert auf die Aussage, dass Giddens Strukturverständnis unhistorisch ist. Dies ist aber nur bedingt zutreffend, da die Strukturationstheorie – im Gegensatz zu Jessops SRA – eher auf einer hohen Abstraktionsebene operiert und daher nicht, wie der SRA, Aussagen mittlerer Reichweite trifft. Daher ist die Strukturationstheorie in gewisser Weise unhistorisch, allerdings aus theorieimmanenten Gründen (und nicht etwa aus Versäumnissen o.ä.).

„[A]gents are reflexive, capable of reformulating within limits their own identities and interests, and are able to engage in strategic calculations about their current situation” (ebd.).

Es wird deutlich, dass Jessop nicht an der alltäglichen Routine sozialen Handelns interessiert ist, sondern an den Brüchen und Abweichungen von dieser Routine. So nimmt er aber gleichzeitig den Akteuren einen Teil der von Giddens betonten Fähigkeit zur Reproduktion sozialer Verhältnisse, indem er das Wort „strukturell“ in seiner starken Form anführt: all das ist strukturell, was nicht innerhalb eines bestimmten Zeitraums von Akteuren mit bestimmten Strategien geändert werden kann (ebd., 42). Mit Giddens ändern Akteure ja in gewisser Weise ständig die sie umgebenden Strukturen, da sie sie selbst reproduzieren. Jessop aber macht darauf aufmerksam, dass die Verwendung des Wortes „strukturell“ seinen Sinn verliert, wenn damit auch gleichzeitig ständig änderbare Eigenschaften sozialer Umwelten gemeint sind. Diese zweite Art von Elementen werden folglich als „conjunctural“ und nicht „structural“ (ebd.) bezeichnet. Eine zweite wichtige Schlussfolgerung aus der Kritik an der Strukturationstheorie ist, dass das Jessopsche „dialektische“ Verständnis von Struktur und Akteur keinen Rückfall in den alten Dualismus bedeutet. Hierbei werden die Einsichten von Giddens, wonach Strukturen nicht nur *constraining*, sondern auch *enabling* sind, strategisch-relational spezifiziert: Strukturen sind für *bestimmte* Akteure und Handlungen *enabling*, für andere wiederum *constraining*, d.h. die historischen, räumlichen und sonstigen Spezifikationen von Strukturen müssen *spezifischen* Akteuren gegenübergestellt und dementsprechend analysiert werden (ebd.). Dies kann wiederum weiter differenziert werden, indem verschiedene Strategien unter dem Blickpunkt verschiedener Zeithorizonte betrachtet und so auch die zeitliche Gebundenheit bestimmter Koalitionen und gemeinsamer Zielsetzungen von Akteuren in den Blickpunkt rücken.

Wichtig für die spezifische Analyseperspektive des SRA ist schließlich noch die Konzeption von Macht, die sich, ebenso wie der strukturationstheoretische Begriff, von klassischen Machttheorien signifikant unterscheidet. Jessop befindet sich auch hier in der kritischen Theorietradition, wenn er Macht eher als zu erklärendes Phänomen und nicht als Erklärungsprinzip versteht (ebd., 43). Macht- und Herrschaftsverhältnisse sind nicht nur unabhängige Variablen zur Erklärung bestimmter *outcomes*, sondern Gegenstand der Erklärung und Kritik selbst. Dieser Umstand verweist auf die Coxsche Grundfrage kritischer Theorie(n), nämlich diejenige, wie historisch spe-

zifische soziale Ordnungen entstanden sind<sup>20</sup>. Ein zweiter Kritikpunkt betrifft die Kontextualisierung von Macht, durch die eine radikale Relativierung des Konzepts erfolgt (ebd.). Macht ist in dieser Hinsicht sehr stark von Zuschreibungen und Identifikation von sozialen Kräften abhängig, die in einer gewissen Spannung zum Konzept von Akteuren stehen. Der SRA tut sich hier schwer, die Rolle einzelner Akteure abseits der Konzeption sozialer Kräfte genau zu definieren; allerdings ist dies für die differenzierte Perspektive auf Macht als Zuschreibung zunächst einmal sekundär. Zentral ist die Identifikation und Herausarbeitung von sozialen Kräften und Handlungen, die bestimmte Effekte hervorbringen und dadurch Macht ausüben, durch den Machtbegriff. Diese Relativierung hat gleichzeitig einen praktischen Vorteil: Macht wird nicht mehr als Abstraktum begriffen oder als gegeben hingenommen, sondern im Handlungskontext sozialer Kräfte selbst verortet.

Insgesamt weist Jessops Kritik auf folgende wichtige Erweiterungen der Strukturierungstheorie hin:

- Weder Strukturen noch Akteure können unhistorisch hinreichend erfasst werden. Für die konkrete Analyse sozialer Entwicklungen ist immer eine historisch spezifische Perspektive unabdingbar, die deutlich macht, welche historischen Strukturen und welche Akteure, sozialen Kräfte und Handlungskontexte diese Perspektive prägen.
- Obwohl routiniertes Handeln einen Großteil alltäglicher Vorgänge ausmacht, ist es doch gerade das strategische und spezifisch intendierte Handeln, das sozialwissenschaftlich besonders interessant ist. Brüche, Widersprüche und Krisenerscheinungen, genauso wie Macht- und Herrschaftsverhältnisse sind von strategischem und politisch motiviertem Handeln derart geprägt, dass sie ohne die Analyse desselben nicht verstanden werden können.
- Hieran anknüpfend ist die soziale Reproduktion von Gesellschaft zwar verwurzelt im Alltagshandeln; doch die hierfür notwendigen strategischen und politischen Entscheidungen, Kämpfe und Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Reproduktionsmuster sind der Kern kritischer Analyse. Soziale (Re)Produktion wird hierbei als prinzipiell kontingent begriffen, was den handelnden Akteuren auch bewusst ist. Ohne dieses Bewusstsein wären z.B. politische Pro-

---

<sup>20</sup> „It [Critical Theory, Anm. M.B.] is critical in the sense that stands apart from the prevailing order of the world and asks how that order came about” (Cox 1981, 129).

jekte, die auf Veränderungen von ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Reproduktionsweisen zielen, nicht denkbar.

- Macht ist nicht nur ein kontingentes Phänomen, sondern zentral mit den Interessen und Strategien sozialer Kräfte verknüpft. Sie wird dadurch radikal relativiert und historisch spezifisch gefasst, d.h. eine generelle Theorie der Macht ist nicht möglich. Sie spielt eine zentrale Rolle in der Analyse gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, also einem für die kritische Perspektive essentiellen Terrain.
- Letztlich bedeutet die kritische Perspektive auf das Struktur-Akteur-Problem, dass Strukturen dahingehend aufgewertet werden, dass sie bestimmte, interessenspezifische Selektivitäten aufweisen<sup>21</sup> und deswegen nicht „neutral“ im Sinne einer bloßen routinisierten Reproduktionsleistung beteiligter Akteure eingeschätzt werden. Gleichzeitig wird die hervorgehobene Rolle von Akteuren dahingehend relativiert, dass sie in spezifischen Kontexten und mit spezifischen ökonomischen, sozialen und strategischen Positionen ausgestattet perzipiert werden.

Damit ist die Behandlung der für die Frage nach Klassenhandeln in historischen Strukturen zentralen Problematik von Akteuren und Strukturen umrissen worden. Es wurde deutlich, dass die Giddensche Strukturationstheorie einen wichtigen Beitrag zur Entschärfung des alten Dualismus bietet und die Dualitätshypothese wichtige theoretische Anhaltspunkte liefert. Gleichzeitig zeigt die kritische Evaluierung dieses Ansatzes durch Jessop, dass eine an der Reproduktion und Verschiebung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen interessierte Perspektive bestimmte Punkte relativieren, andere besonders hervorheben muss, um einen geeigneten Rahmen für die Analyse politökonomischer Entwicklungen zu entwerfen. Im Folgenden wird nun, auf der Einsicht in die komplexen, dialektischen Entwicklungen von Struktur-Akteur-Beziehungen aufbauend, zunächst die Entwicklung der Europäischen Integration innerhalb der historischen Struktur des Neoliberalismus dargestellt. Anschließend wird versucht, die strategischen Ausrichtungen verschiedener Teile der transnationalen europäischen Elite in den verschiedenen Krisenphasen seit 2008 zu beleuchten und in einen differenzierten Handlungskontext zu stellen.

---

<sup>21</sup> Ein Beispiel wäre etwa die grundsätzliche Persistenz von Institutionen, Strukturen und Verfahren, die den grundlegenden gesellschaftlichen Reproduktionsmodus kapitalistischer Akkumulation absichern und regulieren. Siehe hierzu insbesondere die Beiträge der regulationstheoretischen Perspektive, etwa Aglietta 1987, Becker 2002, Jessop 2001.

### 3. Der neoliberale Entwicklungspfad der EU seit den 1980er-Jahren

#### 3.1 Historische Strukturen und der Neoliberalismus<sup>22</sup>

Nach den konzeptionellen Überlegungen im ersten Teil eröffnet sich nun die Frage nach dem Untersuchungsgegenstand im weitesten Sinne, der Europäischen Integration in ihrer historisch-strukturellen Dimension. Obwohl bisher sehr stark für eine Aufwertung von Akteurshandeln – vor allem in Form von *class agency* – argumentiert wurde, darf die strukturelle Seite historisch-sozialer Prozesse nicht komplett außen vorgelassen werden. Denn wie Jessop richtig anmerkt, sind trotz der gegenseitigen dialektischen Konstitution Strukturen als Orientierungs- und Verortungspunkte strategisch handelnder Akteure zentral (Jessop 2008, 41).

In der politökonomischen Forschung markiert die von Robert Cox in den 1980er-Jahren eingeführte Diskussion gramscianischer Konzepte und Ideen in zweierlei Hinsicht eine entscheidende Wende: zum Einen bricht die neogramscianische IPÖ mit der statisch und eindimensional argumentierenden älteren kritischen Theorietradition, die auch in empirischen und strukturell neu zu bewertenden Fragen (etwa der Globalisierung) eine sehr kapitallogisch argumentierende Position einnahm<sup>23</sup>. Zum Anderen, und dies ist der entscheidende Punkt, überdenkt sie die althergebrachten Kategorien der Analyse Internationaler Beziehungen, insbesondere die „Axiome“ einer anarchischen Umwelt, von Staaten als monolithischen Blöcken und Hauptakteuren in der internationalen Politik und von Macht als eindimensionalem Konzept (etwa: militärische Macht). Stattdessen, so die einschlägige Abgrenzung von Cox, verlässt die neogramscianische Theorieperspektive das Terrain der sogenannten *problem-solving theories* und wendet sich postpositivistischen, realitätsnäheren Annahmen über die internationale Umwelt zu (Cox 1981, 128ff.). In diesem Sinne sind die Mainstream-Theorien der IB auf die Lösung von auftretenden Problemen und Konflikten innerhalb der bestehenden Weltordnung fokussiert, während die neogramscianische Perspektive die Konstitutionsbedingungen von Gesellschaft und Weltordnung sowie ihrer Widersprüche, Krisen und Brüche thematisiert. Dies verändert die Analyseperspektive dahingehend, dass Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die über politisch legitimierte Herrschaft hinausgehen, thematisiert und in den Kontext gesellschaftlicher Auseinandersetzungen gestellt werden. Insgesamt lässt sich die Perspek-

---

<sup>22</sup> Die Struktur der Ausführungen in diesem Kapitel (3) ist inhaltlich zum Teil an eine eigene frühere Seminararbeit angelehnt (s. Literaturverzeichnis: Babić 2016).

<sup>23</sup> So auch etwa in der „deutschen“ Staatsableitungsdebatte der 1970er-Jahre, vgl. Hirsch/Kannan-kulam 2006.

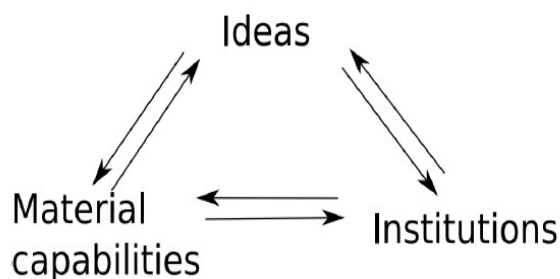
tive der neogramscianisch inspirierten IPÖ also als Versuch darstellen, die strukturelle Limitierung der klassischen IB-Theorien durch eine an den Konflikten und Machtverhältnissen komplexer Gesellschaften ausgerichtete Theorie zu kontrastieren (vgl. hierzu allgemein Gill 1993; Cox/Sinclair 1999; Bieling/Deppe 1996).

Ausgangspunkt der kritischen Perspektive ist zunächst die Analyse historischer Strukturen. Diese können als historisch und räumlich kontingente, strukturell selektive und potentiell umkämpfte Rahmenbedingungen („frameworks for action“, Cox 1981, 135) der gesamtgesellschaftlichen (Re-)Produktion definiert werden. Historische Strukturen sind daher nicht auf die ökonomische Basis kapitalistischer Gesellschaften zu reduzieren, sondern bestehen aus einem relativ komplexen Zusammenspiel von materiellen Bedingungen, Ideen und Institutionen im weitesten Sinne (Cox 1981, 136). Dabei verwirft Cox die Idee des ökonomischen Determinismus (vgl. Jessop 2011) und plädiert für eine historisch sensibilisierte Haltung gegenüber spezifischen Gesellschaftsformationen. Eine historisch bestimmte Situation ist von spezifischen Kräfteverhältnissen und deren Dominanz innerhalb des *frameworks for action* geprägt: jeder der drei genannten Faktoren aus Abb. 2 können, je nach Umstand, entweder auf die anderen Faktoren einwirken oder von diesem dominiert werden<sup>24</sup>. Insofern ist die Analyse der einzelnen historischen Fälle und ihrer Kräftekonstellationen unabdingbar für eine adäquate Darstellung historisch spezifischer Strukturen. Ganz im Sinne der gramscianischen Hegemonietheorie (vgl. Cox 1983, 162-164) unterscheidet Cox anschließend hegemoniale von nicht-hegemonialen Strukturen (Cox 1981, 137): Hegemonie ist nur angesichts eines „fits“ der drei genannten Faktoren denkbar, d.h. wenn Ideen, Institutionen und materielle Bedingungen in einem relativ stabilen Kompromissverhältnis stehen und daher Gewaltanwendung oder ständige Auseinandersetzungen nicht stattfinden. Ein „fit“ wird bei Cox daher auch mit einer einigermaßen friedlichen historischen Phase verbunden, etwa der *pax britannica* oder *pax americana* (Cox 1981, 140).

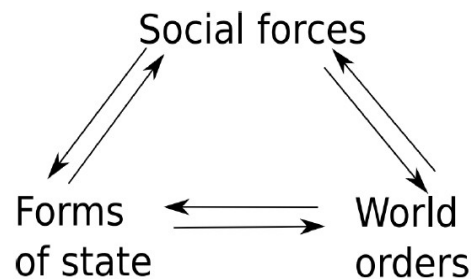
Die drei Formen sozialer Kräfteverhältnisse werden zusätzlich durch drei vertikale Ebenen der Analyse ergänzt: den Produktionsverhältnissen (Mikroebene), des Staates (Mesoebene) und der Weltordnung (Makroebene) (Cox 1981, 138).

---

<sup>24</sup> „The question of which way the lines of force run is always an historical question to be answered by a study of the particular case“ (Cox 1981, 136).



(Abb. 2; Cox 1981, 136)



(Abb. 3; Cox 1981, 138)

Die zweidimensionale Analyseperspektive erlaubt es im Folgenden, verschiedene Ausschnitte sozialer Realität in der jeweils spezifischen historischen Verortung zu analysieren. Je nachdem, ob sich der Fokus auf die politökonomischen Grundkonflikte, den Staat als komplexe, umkämpfte Verdichtung dieser Konflikte und Kraftverhältnisse (vgl. Poulantzas 2002) oder auf die Ebene der Weltordnung und transnationalen Konflikte und Entwicklungen verlagert, sind andere Herangehensweisen und Analyseperspektiven zu wählen. Innerhalb dieser vertikalen Unterscheidungen spielen die horizontalen Differenzierungen verschiedener sozialer Kräfte und Faktoren dann eine Rolle. Somit bietet die Folie der historischen Strukturen ein strukturelles Grundgerüst, um spezifische, historisch gebundene sozioökonomische Konstellationen heuristisch zu erfassen.

### *Neoliberalismus als historische Struktur*

Um den Entwicklungspfad der Europäischen Integration seit den 1980er-Jahren konkret zu erfassen, bietet sich also das Analyseraster von Cox an. Während die *pax britannica* sowie die *pax americana*<sup>25</sup> relativ stabile vorangegangene historische Strukturen gebildet haben, ist die postfordistische, „neoliberale“ historische Struktur seit den 1980er-Jahren von wenig hegemonialem Konsens und sehr instabilen Kräfteverhältnissen gekennzeichnet. Der aus der Krise des Fordismus in den 1960er- und 70er-Jahren erwachsene Übergang zu einem finanzmarktdominierten Akkumulationsregime (vgl. Demirović/Sablowski 2012) bzw. zum *Dollar-Wall Street-Regime* (Gowan

<sup>25</sup> So ist die *pax americana* beispielsweise von der Trias fordistische Produktionsverhältnisse (materielle Bedingungen), expansive Wohlfahrtsstaaten und Bretton Woods (Institutionen) sowie von keynesianischer Wirtschaftspolitik und dem West/Ost-Konflikt (ideelle Ebene) getragen worden. Diese Kombination stellte die Weichen für die „goldenen 30 Jahre“ der Nachkriegszeit mit ihrer Massenproduktion- und Konsumtion bei gleichzeitiger Binnenmarktorientierung. Natürlich ist diese Beschreibung unvollständig, doch sie dient an dieser Stelle lediglich der Illustration.



1999) sorgt für eine Neuordnung und Verschiebung der globalen Kräfteverhältnisse, vor allem zu Gunsten des transnational agierenden Finanz- und Industriekapitals. Zudem erwies sich die neoliberale Ordnung als inhärent instabil, wie die sich häufenden Finanz- und Wirtschaftskrisen seit den 1990er-Jahren zeigen. Neuartige Krisendynamiken entstanden durch die komplexe Verflechtung und gleichzeitig steigende Bedeutung des globalen Finanzsektors und erfassten zunehmend mehr Bereiche der Gesellschaft, auch über volkswirtschaftliche Grenzen hinweg. Die 2007 in den USA ausgebrochene Subprimekrise etwa transformierte sich über verschiedene Ausbreitungskanäle und Krisendynamiken Ende 2009 zu einer europäischen Schulden- und Integrationskrise (vgl. Overbeek 2012). Zusätzlich schlagen Wirtschaftskrisen – auch durch die extreme Verkürzung der politischen Reaktionszeiten begünstigt – viel schneller in gesamtgesellschaftliche Krisen um (etwa in ökologische, soziale und politische Krisen, vgl. auch Demirović et al. 2011). Diese Umstände verstärken die Instabilität des finanzmarktdominierten Kapitalismus' in erheblichem Maße.

Gleichzeitig bedeuten diese Entwicklungen nicht die „Abschaffung“ der Analyseebene des Staates. Er agiert auch in Zeiten vertiefter Globalisierung als „core agency“ (Wacquant 2013, 66), indem er die Rahmensetzung und Verrechtlichung ökonomischer Aktivitäten forciert und durchsetzt. Dies wird nicht zuletzt auch auf politökonomischen Konfliktfeldern wie der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise mit ihrer erhöhten Staatsaktivität deutlich.

Nichtsdestotrotz treten im neoliberalen Kapitalismus die transnationalen Unternehmen (TNCs) als zentrale neue Kategorie auf. Diese werden im Zuge der Globalisierung zu wichtigen Akteuren, da sie im Wesentlichen über die Höhe der ausländischen Direktinvestitionen und damit über den Großteil der globalen Kapitalbewegungen entscheiden (van Apeldoorn 2002, 57ff.). Der Unterschied zwischen der neoliberalen und der fordistischen Konstellation liegt dabei in der Grundorientierung der wichtigen ökonomischen Akteure: Die großen fordistischen, arbeitsintensiven Schlüsselindustrien waren größtenteils binnenmarktorientiert und teilweise in öffentlicher Hand, wohingegen sich die eher kapitalintensiven TNCs in Richtung Weltmarkt und dem dort herrschenden Wettbewerbsdruck orientieren. Damit entziehen sich die neuen Akteure der Weltwirtschaft in außerordentlichem Maße der nationalstaatlichen Regulierung und prägen so in entscheidendem Maße die neoliberale historische Struktur.

Zu diesen Entwicklungen kommt noch die Tendenz von Politik und Wissenschaft zur Annahme neoliberal transformierter neoklassischer Ökonomievorstellungen (vgl. Stützle 2014, 19-33, 133-197; Mirowski 2013; Crouch 2011). Die Idee der Austerität als bevorzugtes Mittel der Haushaltskonsolidierung spielt dabei in der Eurokrise eine entscheidende legitimatorische Rolle (vgl. Blyth 2013), ebenso wie viele weitere marktliberale Vorstellungen der präferierten Funktionsweise der globalen Ökonomie. Somit lässt sich zusammenfassend sagen, dass die postfordistische historische Struktur aus einem hegemonial instabilen Zusammenspiel von neoliberalen Vorstellungen über Ökonomie und Gesellschaft, einer finanzmarktgetriebenen Reproduktionsweise und geringerer institutioneller Ausgestaltung als der Fordismus mit dem Staat als *core agency* besteht. Da neoliberale Politik- und Wirtschaftsvorstellungen sowohl wissenschaftlich als auch besonders gesellschaftlich hoch umstritten sind<sup>26</sup> und die finanzmarktdominierte Akkumulationsweise relativ instabile, krisenhafte Reproduktionsbedingungen hervorbringt, erweist sich die gesamte historische Struktur als tendenziell krisenbehaftet.

### **3.2 Die neoliberale Integrationsweise der EU**

Die Wiederbelebung der Europäischen Integration in den 1980er-Jahren stand also im Zeichen globaler Umbrüche, vor allem der beschriebenen Krise des Fordismus, der in Fahrt kommenden Globalisierung sowie der neuen Dominanz neoliberaler Politiken und Ideen<sup>27</sup>. Folgende Punkte müssen aber noch an Cox' Konzept ergänzt werden, um einen adäquaten Interpretationsrahmen der neoliberalen Integrationsweise zu schaffen (vgl. auch Bieling/Steinhilber 2000, 103):

- Die neogramscianische Perspektive sieht nicht den Intergouvernementalismus als hinreichende Erklärung für den neoliberalen Integrationsmodus, sondern rückt vor allem transnationale Netzwerke, Klassen, Allianzen und deren strategische Entscheidungen in den Mittelpunkt der Darstellung (vgl. Bieler/Morton 2001).
- Die Erklärung politökonomischer Entwicklungen muss über die Analyse *konkreter Projekte und Initiativen* erfolgen. Mit Blick auf die zentralen Integrationschübe (EGKS, EWS, WWU usw.) ist ersichtlich, dass die jeweiligen euro-

---

<sup>26</sup> Mit Gallie kann man von einem *essentially contested concept* (Gallie 1956) sprechen.

<sup>27</sup> Dies wird nicht zuletzt daran deutlich, dass mit Thatcher 1979 in Großbritannien, Reagan 1981 in den USA und Kohl 1982 in der BRD jeweils dezidiert neoliberal orientierte PolitikerInnen in Regierungsverantwortung kamen.

päischen Allianzen aus Klassen, Klassenfraktionen und Gruppen ihre Interessen über derartige politische Projekte und Initiativen vorgebracht haben.

- Da es sich bei der europäischen Konstellation um ein Mehrebenensystem handelt, sind Aussagen über die Entwicklungen einer bestimmten Ebene (in diesem Falle der transnationalen Klassenformationen) nur im Gesamtkontext sinnvoll zu verorten. Es sollte daher klargemacht werden, auf welcher Ebene sich die Analyse befindet und welche Erklärungskraft diese darüber hinaus hat.

Anhand dieses erweiterten Kriterienkatalogs kann die Wiederbelebung der Europäischen Integration spätestens seit der Implementation des EWS 1979 als *hegemonial umkämpfte neoliberale Restrukturierung des politökonomischen europäischen Entwicklungsmodells* umschrieben werden. Auf einer abstrakten Ebene sind die Kernprozesse dieser Restrukturierung einerseits kompetitive Deregulierung (von Finanzmärkten, Arbeitsmärkten usw.) sowie andererseits kompetitive Austerität (Bieling/Steinhilber 2000, 110). Wie im Folgenden deutlich wird, sind vor allem diese beiden Elemente zentral für die weiterführende Integration gewesen.

#### *EWS, Binnenmarkt und WWU*

Obwohl das Binnenmarktprojekt gemeinhin als Neustart der europäischen Integrationsbemühungen gilt, war es in erster Linie das EWS und der damit verbundene Wechselkursmechanismus I, der am Ende der ökonomischen Umbruchphase der 1970er-Jahre die Grundlagen für die weitere Entwicklung der EU (damals noch EG) legte. Mit dem Ende von Bretton Woods, den Ölkrisen im selben Jahrzehnt sowie den immer deutlicher werdenden Limitationen einer keynesianischen Nachfragesteuerung gerieten die westlichen Industrienationen in ökonomisch turbulentes Fahrwasser. Die vor allem in Weichwährungsländern rasant steigende Inflation und eine allgemeine Unsicherheit über die Ausgestaltung der sich immer deutlicher durchsetzenden Globalisierung von Produktionsstrukturen führte unter anderem auch zu währungspolitischen Problemen, denen mit der Einführung des EWS begegnet werden sollte. Auch aufgrund des verschärften globalen Wettbewerbsdrucks wurde dieses schließlich auf Initiative der französischen und deutschen Regierungen durchgesetzt. Primäre Motivation war dabei eine europäisch koordinierte und dadurch gestärkte Geldpolitik (vgl. Bieling 2003, 207; Ambrosius 1996, 152). Folge der Einführung war die Stabilisierung der Wechselkurse der verschiedenen Währungen, was letztlich

auch intensivierten ökonomischen Austausch in Vorbereitung auf den europäischen Binnenmarkt als positiven Effekt aufwies.

Die erfolgreiche Stabilisierung der europäischen Volkswirtschaften durch das EWS bot die Folie für weitere Integrationsschritte, die in der Folge zügig umgesetzt wurden. Das noch in den 70er-Jahren im gescheiterten Werner-Plan formulierte Ziel der Schaffung einer europäischen Währungsunion konnte gleich mehrere zentrale Interessen der europäischen Politik vereinen, nämlich sowohl das französische Bestreben, eine dominante D-Mark über eine Vergemeinschaftung der Währungspolitik europapolitisch einzugehen (vgl. Stützle 2014, 163ff.) als auch die von der Bundesbank – und in der Folge auch Bundesregierung – forcierte Stabilisierung der innereuropäischen Wechselkurse (Cafruny/Ryner 2007, 147). Bei der Ausgestaltung des EWS war es dann vor allem die deutsche Position, die sich mit ihrer neoliberalen Wende in der Geldpolitik hin zur Preisstabilität als primäre Zielvorgabe zu großen Teilen durchsetzen konnte (vgl. Stützle 2014, 156ff.). Das letzte „keynesianische Aufbäumen“ unter dem französischen Präsidenten Mitterand, welches aus einem groß angelegten Ausgabenprogramm zur Krisenbekämpfung zu Beginn der 80er-Jahre aufgefahren wurde, konnte nicht die erhofften ökonomischen Impulse liefern. Insgesamt kann das EWS also als Startpunkt der neoliberalen Entwicklung Europas gelten: es rückt die Geldmengen- und somit Preisstabilität in den Vordergrund, die durch disziplinierende gegenseitige Kontrollen und Interventionen zwischen den Zentralbanken sichergestellt werden sollte (die sogenannte Interventionspflicht, vgl. Rittberger et al. 2013, 198).

Der Fortschritt der Integration wich auch in der Frage des Binnenmarktes nicht vom eingeschlagenen Pfad ab, auch weil die Europäische Kommission und die französische Regierung als wichtige Akteure die neue Integrationsweise mittrugen (Stützle 2014, 170ff.). Gleichzeitig manifestierte sich mit der Gründung des European Round Table of Industrialists (ERT) eine weitere, entscheidende Kraft dieser politökonomischen Restrukturierung auf transnationaler Ebene, die die seit Jahrzehnten beklagte „Eurosklrose“ (Bieling 2010, 75) mit ihrer Agenda aufbrach. Dieser „grundlegende[...] Wandel der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse“ (ebd., 73) schlug sich vor allem in der wettbewerbsstaatlichen Transformation der europäischen Integration nieder. Kennzeichnend hierfür war der neue Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit als Zielgröße der Wirtschaftspolitik, Preisstabilität als Ziel der Geldpolitik sowie die

Haushaltskonsolidierung über Austeritätsmaßnahmen als Ziel der Finanzpolitik (vgl. Ambrosius 1996, 153f.).

Anschließend setzten auch die Einheitliche Europäische Akte (EEA) sowie die Vollendung des Binnenmarktes das neue Paradigma in der europäischen Integration fort. Die Realisation der vier Grundfreiheiten des Kapital-, Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehrs erfolgte daher hauptsächlich über die Logik der kompetitiven Deregulierung: Als Grundprinzip gilt hierbei nicht die Harmonisierung der nationalen Normen, Vorschriften usw., sondern die gegenseitige Anerkennung parallel bestehender nationaler Regelungen (ebd., 157). In der Konsequenz führt dies nicht zu Bemühungen um eine politökonomische Konvergenz, sondern zu einer marktförmigen, kompetitiven Deregulierung nationaler Regulationssysteme.

Die währungspolitische Flankierung des Binnenmarktes erfolgte mit der im Maastrichter Vertrag angepeilten Vollendung der Währungsunion (WWU) bis 1999 (Bieling 2010, 76). Als Anpassungsmaßnahme an das finanzmarktdominierte globale Akkumulationsregime und dessen Wettbewerbsdruck (vgl. ebd.) bedeutete dieser Schritt die entscheidende Konstitutionalisierung währungspolitischer Disziplin innerhalb der Mitgliedsstaaten.

Die zweite Logik der neoliberalen Integration, kompetitive Austerität, wurde im Maastrichter Vertrag selbst bzw. den WWU-Regeln verwirklicht: Einerseits wirkten hier die Maastrichter Konvergenzkriterien als Faktor; des Weiteren wurde die Preisstabilität als wichtigste Zielgröße der Geldpolitik mit der dritten Stufe des Plans zur Realisierung der WWU festgelegt (vgl. Stützle 2014, 248f.). Damit war die Praxis der Abwertungen (Erweiterung der Geldmenge), mit der die Weichwährungsländer Wettbewerbsdefizite abschwächen konnten, de facto abgeschafft: Nur noch interne Abwertungen, zumeist über Austeritätspolitik realisiert, blieben als Instrument übrig.

Des Weiteren wurde auch nach Maastricht weiter am Kurs der kompetitiven Deregulierung und Austerität festgehalten, indem im Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) von 1997 die Mitgliedsländer auch nach Eintritt in die WWU zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik forciert wurden. Der SWP kann dabei als Zugeständnis an die monetaristisch argumentierenden Akteure in der europäischen Diskussion – etwa vor allem die Bundesbank – gewertet werden; er stellt somit einen Ausgleichsmechanismus für die WWU dar, die als Wirtschaftsgemeinschaft keine politische Vergemeinschaftung vorsah. Der politische Charakter des SWP bestand darin, eine allgemeine Stabi-

litätskultur in den Mitgliedsländern festzuschreiben bzw. die Fiskaldisziplin der europäischen Staaten als Fundamentalprinzip der Gemeinschaft festzulegen. Spätestens mit dem SWP kann man somit von einer Konstitutionalisierung von kompetitiver Deregulierung und Austerität in der europäischen Integration sprechen.

### **3.3 Das transnationale Kapital in der neoliberalen Restrukturierung: AMUE, ERT und BusinessEurope**

In der Darstellung der neoliberalen Wende der Europäischen Integration wurde deutlich, dass es vor allem die Logiken der kompetitiven Deregulierung und Austerität sind, die federführend für die weitere Entwicklung waren. Welche sind aber die Akteure, die den „social purpose“ (van Apeldoorn 2002, 12), d.h. die strategische Selektivität der europäischen Ordnung gegenüber neoliberalen Politiken und Interessen mitkonstituieren? Hier müssen, auch im Sinne der zuvor angeführten Punkte in Bezug auf *class agency*, grundsätzliche strategisch proaktive von eher passiven Kräften der Restrukturierung unterschieden werden. So kann etwa der französischen Regierung unter Mitterrand eher eine passive Rolle in der neoliberalen Neugründung Europas zugesprochen werden, da die ursprünglichen französischen Ziele einer Einhegung der starken D-Mark und die Kontrolle in der Währungspolitik (vgl. Stützle 2014, 240f.; van der Pijl et al. 2011) Frankreich zwar zu einem Vorreiter der Integrationsbemühungen machte, dies allerdings nicht unter eigenen Bedingungen. Im Endeffekt konnte die französische Regierung zwar die von ihr gewollte tiefere Integration erreichen; allerdings war die Konstitutionalisierung von kompetitiver Deregulierung und Austerität nicht ihre Agenda, sondern wird den deutschen ordnungspolitischen Vorstellungen zugeschrieben. Doch auch auf Seiten der deutschen Regierung unter Kohl kann nicht von einer im strategischen Sinne gestaltenden Kraft gesprochen werden: Einerseits setzte die Bundesregierung zwar ihre Vorstellungen in Hinblick auf die Konvergenzkriterien sowie die Geldstabilität durch, allerdings kann dies vielmehr als Zugeständnis an die neoliberale Linie der Bundesbank denn als Agenda der Regierung selbst gewertet werden (vgl. Lindenlaub 2008; Gill 2001, 53). Die von der Bundesregierung gewollte tiefere Integration stieß bei der deutschen Bevölkerung und Gesellschaft zunächst eher auf Unbehagen (vgl. Stützle 2014, 271; Collignon/Schwarzer 2003, 159-170); von daher war die strikte Orientierung an der Stabilitätsorientierung der Bundesbank ein gewichtiges Argument, um der skeptischen Bevölkerung die Durchsetzung bundesdeutsch formulierter Interessen und Anliegen zu verdeutlichen.

Die „Motoren“ der Integration, Frankreich und Deutschland, erscheinen in dieser Perspektive also eher unter Zugzwang und versuchten, ihre politischen Interessen und Präferenzen an politökonomische Umwälzungen der Zeit anzupassen. Die proaktiven, strategisch orientierten Akteure hingegen waren eher transnationaler Art, bestehend vor allem aus Think Thanks bzw. Lobbygruppen, Verbänden und dem ERT als *planning body* der strategischen Ausrichtung des transnationalen europäischen Kapitals.

Im Bereich der Lobbygruppen und Think Thanks war es vor allem die „Association for the Monetary Union of Europe“ (AMUE, vgl. van Apeldoorn 2002, 155f.; AMUE 1989), welche durch die Bündelung von wichtigen europäischen CEOs eine zentrale Position in der Forcierung einer Währungsunion spielte. Bestehend aus fast 400 Konzernen (in ihrer Hochzeit 1998, vgl. Collignon/Schwarzer 2003, 59) bestand das Gründungsziel der AMUE in der Realisation der europäischen Währungsunion, gegen die sich vor allem die Bundesbank (und damit die deutsche Bundesregierung) kritisch positioniert hatte: die Vergemeinschaftung der Währungspolitik in einer europäischen Zentralbank lief Gefahr, die deutsche Stabilitätsorientierung zu unterlaufen und zu „politisieren“. Die AMUE hingegen legte Wert auf die diskursive Verknüpfung des Binnenmarktprojektes mit der Währungsunion: Die Realisierung der Vorteile des Binnenmarktes war nur unter der Bedingung freien Kapitalverkehrs möglich, diese aber hingen nicht zuletzt von der Wechselkursstabilität ab. Insofern wurde der Schritt zu einer von politischen Eingriffen (und damit möglichen Wechselkursschwankungen) befreiten, zentralisierten und entpolitisierten Währungspolitik unter einer gemeinsamen Währung auf Seiten der AMUE als politische Notwendigkeit verstanden (vgl. Collignon/Schwarzer 2003, 34). Die AMUE war also nicht unbedingt auf die ordnungspolitischen Bedenken der Bundesbank, sondern eher auf die Interessen des transnationalen europäischen Kapitals bedacht: im Vorstand der AMUE saßen mit dem ersten Präsidenten Cornelis van der Klugt (Philips), dem Vizepräsidenten Giovanni Agnelli (Fiat), dem Schatzmeister François-Xavier Ortoli (Total), weiterhin mit Hans Merkle (Bosch), Wilfried Guth (Deutsche Bank) und Jacques Solvay (Solvay) ranghohe Vertreter der größten europäischen transnationalen Unternehmen (ebd., 57f.); später kamen weitere zentrale Personen wie Etienne Davignon (Société Générale), Jean René Fourtou (Rhône-Poulenc), André Leysen (Gevaert), Dudley Eustace (Philips) sowie Karl-Hermann Baumann (Siemens) (Balanyá et al. 2003, 49) hinzu. Die AMUE gilt als federführend in der Durchsetzung der

Währungsunion: Überzeugungsarbeit durch Hintergrundgespräche mit Regierungsvertretern, Positionspapieren, Publikationen von Unternehmensumfragen und der Zusammenführung bisher inkompatibler Positionen<sup>28</sup> (vgl. allgemein Collignon/Schwarzer 2003, 37-60) waren ebenso wie die Schaffung von Interessenbewusstsein bei noch unentschlossenen oder uninteressierten gesellschaftlichen Kräften, etwa durch über 1000 organisierte Seminare und Konferenzen seit 1989 (Balanyá et al. 2003, 51), zentrale Bestandteile der politischen Strategie. Der Charakter der Einführung der Währungsunion war dabei von Beginn an „market-led“ (Collignon/Schwarzer 2003, 62), d.h. durch den Gebrauch der europäischen Währungseinheit und Euro-Vorläufers Ecu durch Unternehmen und Marktteilnehmer sollte die Notwendigkeit einer Währungsunion „schleichend“ etabliert und die Politik so in Zugzwang gebracht werden (ebd.). Dass die AMUE von Anfang an ein Gremium europäischer Industrie- und Finanzunternehmen sein sollte (und nicht etwa ein offenes, gesamtgesellschaftliches Bündnis), war nicht zuletzt durch die Beschränkung der Mitgliedschaft auf diese Unternehmen deutlich (Balanyá et al. 2003, 50). Auch der extrem enge Kontakt zwischen der Europäischen Kommission und der AMUE sowie die guten Beziehungen zum europäischen Parlament sind dokumentiert (ebd., 51f.). Dass die Strategie der AMUE der Logik kompetitiver Austerität entspricht, ist ebenfalls offensichtlich: Um die Konvergenzkriterien für einen Eintritt in die Währungsunion zu erreichen, erlebten viele Länder wie etwa Italien, Spanien und Frankreich, später auch Deutschland, Phasen der austeritätspolitischen Anpassung (ebd., 54). Zusammengefasst umschreiben Collignon und Schwarzer die strategische Arbeit der AMUE in vier Punkten: die Definition und Artikulation der Idee und Sinnhaftigkeit der Währungsunion und die Verbreitung dieser Ideen; das Prägen der öffentlichen Debatten um diese; die technische und wissenschaftliche Beratung von behördlichen Einrichtungen wie der Kommission sowie praktische Unterstützung von Unternehmen im Übergang zur Einheitswährung (vgl. Collignon/Schwarzer 2003, 4).

Obwohl im Vorstand der AMUE noch im Jahre 2003 sieben von 30 Vorstandsmitgliedern gleichzeitig im Vorstand des European Round Table of Industrialists (ERT) saßen (Balanyá et al, 49), kann zwischen den beiden Organisationen von einer Art „Arbeitsteilung“ in der neoliberalen Restrukturierung der Europäischen Integration gesprochen werden (van Apeldoorn 2002, 155): Nicht alle Mitglieder des ERT waren von der Notwendigkeit einer Währungsunion überzeugt. So wird die AMUE auch als

---

<sup>28</sup> So etwa die skeptische deutsche Industrie und Finanzwirtschaft und das sehr aufgeschlossene übrige transnationale europäische Kapital, vgl. Collignon/Schwarzer 2003, 58.



„ERT’s Financial Offspring“ (Balanyá et al. 2003, 49) klassifiziert, da der ERT gemeinhin als „premier policy-planning body“ (van Apeldoorn 2013, 190) und wichtigstes Organisationsforum für die *class agency* der transnationalen europäischen kapitalistischen Klasse gesehen wird (vgl. Stützle 2014, 175ff.; van Apeldoorn 2002, 83ff.; Bieling 2010, 49; Cowles 1995; Balanyá et al. 2003, 19-36; Nollert 2004, 95). Das Forum wurde 1983 gegründet und bestand im Wesentlichen aus Vertretern des Managements sowie den Aufsichtsräten der europäischen Industrie, vor allem im Bereich der Elektronik- und Autowirtschaft (van Apeldoorn 2013, 190). Heute besteht der ERT aus etwa 50 Mitgliedern, deren Unternehmen über 2 Mrd. Euro an Umsatz generieren, fast 7 Mio. Arbeitsplätze umfassen und fast 50 Mio. Euro jährlich in Forschung und Entwicklung investieren<sup>29</sup>. Interessanterweise entstand der ERT aus der Unzufriedenheit vieler Industrieller mit der damaligen europäischen Arbeitgebervertretung (UNICE, heute BusinessEurope) und dessen als zaghaft und ineffektiv wahrgenommenen Politik in Brüssel (Cowles 1995, 504; van Apeldoorn 2002, 84). Als grundsätzliche strategische Motivation der Initiatoren des ERT – zunächst Pehr Gyllenhammer (Volvo) und Etienne Davignon, seinerzeit EU-Industriekommissar<sup>30</sup> – können strukturelle ökonomische Probleme wie die galoppierende Inflation, schleppendes Wachstum und steigende Arbeitslosigkeit in der Übergangsphase vom Fordismus zur neoliberalen historischen Struktur genannt werden (vgl. Cowles 1995, 504; ebenso Bornschier 2000b, 4ff.; van Apeldoorn 2002, 84). Relativ schnell war klar, dass sich der ERT selbst als treibende Kraft hinter einer Wiederbelebung der europäischen Integration sah, insbesondere im Ziel einer Realisierung des europäischen Binnenmarktes, der technologischen Erneuerung im globalen Wettbewerb sowie einem alternativen Wachstumsmodell:

„[T]he purpose of the group would be to develop projects to promote the internal market, encourage European leadership in high technology, and provide an alternative form of job and wealth creation currently offered by member states“ (Cowles 1995, 505).

Kurz nach der Gründung des ERT war die Zielvorgabe also klar, nicht aber die inhaltliche Ausrichtung der Organisation. Der interne Konflikt zwischen neoliberal und neomerkantilistisch orientierten Kräften des transnationalen Industriekapitals wurde bis Ende der 1980er-Jahre geführt (vgl. van Apeldoorn 2002, 115-157), wobei parallel

---

29 Diese und weitere Zahlen sind Eigenangaben des ERT und auf der Website (ERT 2016) einzusehen.

30 Später kamen unter anderem Umberto Agnelli (Fiat), Peter Baxendell (Shell), Wisse Dekker (Philips), Kenneth Durham (Unilever), Bernard Hanon (Renault), Hans Merkle (Bosch) usw. dazu (Nollert 2004, 95f.; Cowles 1995, 506).

die Arbeit als *strategic planning body* aufrecht erhalten wurde. In Gesprächen und Beratungen mit Vertretern aus Brüssel und den Mitgliedsstaaten (insbesondere in Frankreich, Cowles 1995, 509) wurde die Notwendigkeit eines Binnenmarktes für das europäische Industriekapital an die verantwortlichen Stellen herangetragen. Grundsatzpapiere mit konkreten Vorschlägen zu weiteren Integrationsschritten (wie etwa von Wisse Dekker, späterer ERT-Vorsitzender, vgl. Nollert 2004, 96) wurden bei der Kommission sehr bereitwillig angenommen und teilweise deckungsgleich auf die Agenda gesetzt (ebd.). Spätestens mit dem Antritt von Jacques Delors als Kommissionspräsident wurde die extrem enge Verbindung und Kooperation von ERT und Europäischer Kommission offensichtlich (vgl. Cowles 1995, 515f.), was zu der Feststellung führt, dass „[t]he completion of the internal market project was worked out between the Commission and the European Roundtable of Industrialists (ERT)” (Bornschier 2000b, 11). Spätestens mit der Realisierung des Binnenmarktes Anfang der 1990er-Jahre verloren die neomerkantilistisch und protektionistisch orientierten Fraktionen im ERT an Macht und die neoliberale Linie setzte sich vollständig durch. Die Disziplinierung der Mitgliedsstaaten unter dem Leitbild der europäischen Wettbewerbsfähigkeit sorgte in den 1990er-Jahren für eine Ausweitung der Politik- und Arbeitsfelder des ERT auf die Verschlinkung von Wohlfahrtsstaaten und der Haushaltsdisziplin (kompetitive Austerität) sowie der Flexibilisierung von Arbeitsmärkten (kompetitive Deregulierung) (vgl. van Apeldoorn 2013, 192). Der ERT bewahrte sich seinen überragenden Einfluss auf die langfristige Ausrichtung der Europäischen Integration also auch über die Realisierung des Binnenmarktes hinaus und prägte mit der Finanzmarktintegration (vgl. Bieling 2003) sowie der Lissabon-Strategie (vgl. Apeldoorn 2013, 193) die europäische Agenda entscheidend mit.

Was folglich den ERT von BusinessEurope und anderen transnational orientierten Organisationen abhebt, ist zum Einen der direkte Zugang zu hochrangigen Kommissionmitgliedern und europäischen EntscheidungsträgerInnen (ebd.; Balanyá et al. 2003, 19). Zum Anderen existiert kein vergleichbares Gremium in Hinblick auf die strategische und organisatorische Bündelung der transnationalen europäischen Industrieinteressen. Daher fokussiert sich der ERT vor allem auf die langfristigen, strategisch-politischen Projekte und überlässt das sektorale und punktuelle Lobbying Verbänden wie BusinessEurope und anderen Initiativen (ebd., 20; van Apeldoorn 2013, 191). Weiterhin ist zu beobachten, dass sich der ERT im Mittelpunkt eines sich verdichtenden Elitennetzwerkes befindet (vgl. Nollert 2004, 96ff.) und somit nicht

nur dem Anspruch nach, sondern auch empirisch als Beispiel für die *class agency* der transnationalen europäischen kapitalistischen Klasse gelten kann (vgl. hierfür insbesondere Caroll et al. 2010)

Schließlich nahm auch BusinessEurope (BE) bei der neoliberalen Restrukturierung Europas eine entscheidende Rolle ein. Obwohl der Arbeitgeberdachverband, der aus 40 europäischen Organisationen besteht, keinen Projektcharakter hat und auch nicht diskursprägend wie der ERT vorgeht, trägt er dennoch zum Fortbestand der neoliberalen Integrationsweise bei. In sehr detaillierter Feinarbeit überprüft, kommentiert und kritisiert BE Policy-Vorschläge und Beschlüsse aus Brüssel und liefert sowohl Gegenpositionen als auch Unterstützung in Form von Veröffentlichungen und Lageeinschätzungen (vgl. Balanyá et al. 2003, 37). Die „Arbeitsteilung“ zwischen ERT und BE kann wie folgt beschrieben werden:

„While the ERT subtly masterminds its grand vision of Europe in collaboration with the European Commission, another Brussels-based European lobby group is busy implementing the less glamorous but equally critical details. Whereas the ERT is quietly proactive, UNICE [seit 2007 BE, Anm. M.B.] is a reactive, detail-obsessed, supremely efficient lobby machine“ (ebd.)

Balanyá et al. weisen hier auf einen wichtigen Punkt hin, der auch die Struktur-Akteur-Debatte betrifft: während der ERT die großen Leitlinien und Diskurse bestimmt und dadurch europäische Strukturen beeinflusst und auch selbst erschafft, sorgt die kontinuierliche Arbeit von BE unter anderem dafür, dass diese großen Linien in der alltäglichen Politik, den europäischen Verordnungen und Direktiven auch wirklich umgesetzt werden (vgl. Heinrich 2014, 242). Als Vertreter einer größeren Fraktion der europäischen Unternehmen spricht BE zwar nicht so konsequent wie der ERT mit einer Stimme, hat aber die zentralen Kernelemente der neoliberalen Restrukturierung (Wettbewerbsorientierung, kompetitive Deregulierung und Austerität, regelbasiertes Wirtschaften usw.) verinnerlicht. Dies wird vor allem in der extremen Fokussierung auf Wettbewerbsfähigkeit als oberstem Grundsatz deutlich (vgl. Balanyá et al. 2003, 40; BE 2014).

Obwohl UNICE<sup>31</sup> gerade aus einer Unzufriedenheit mit dessen Arbeit vom ERT als Hauptvertreter des europäischen Industriekapitals in Brüssel abgelöst wurde, fügte die Organisation sich nahtlos in die neue Rolle als „reaktiver“ und weniger auf die großen Linien bezogener Bündnispartner des ERT ein: Bereits Mitte der 90er-Jahre

---

31 BusinessEurope hieß bis 2007 UNICE (Union of Industrial and Employers' Confederation of Europe).

hatte UNICE den vom ERT getragenen Wettbewerbsfähigkeitsdiskurs übernommen (vgl. Balanyá et al. 2003, 40). Zur „Detailarbeit“ des UNICE/BE passt auch, dass von hier aus der Vorschlag zu einem *benchmarking* von Wettbewerbsfähigkeit anhand 20 messbarer Faktoren an die Kommission herangetragen wurde (ebd.). Auch die Liberalisierung und Deregulierung weiter Bereiche der europäischen Ökonomie sowie Austerität als Kernelement wettbewerbsfähiger Ökonomien (ebd.) steht im Mittelpunkt der Lobbyarbeit von BE: Rund um die Verhandlungen zum Vertrag von Amsterdam 1997 leistete vor allem UNICE entschiedenen Widerstand gegen jegliche Umwelt- und Arbeitsschutzstandards, die im Vertrag stehen sollten, letztendlich aber verwässert wurden (vgl. ebd., 63ff.). Insgesamt lässt sich also bilanzieren, dass vor allem die Konsolidierung des neoliberalen Europas in den 90er-Jahren durch die Turbulenzen und Anpassungsschwierigkeiten vieler Länder an die Konvergenzkriterien erschwert, vom ständig präsenten und aktiven UNICE aber aktiv abgesichert und ermöglicht wurde. Zusätzlich kann die Arbeit von BE analytisch auf der ersten von drei Ebenen der strategischen Politikbeeinflussung verortet werden (vgl. van Apeldoorn 2002, 112f.)<sup>32</sup>. Sie ist damit nicht so strategisch-langfristig angelegt wie die Vorgehensweise des ERT, aber dennoch im Sinne von *class agency* interpretierbar (ebd., 113).

#### **4. *Class agency* in der Eurokrise**

##### *Krisenphasen und Akteursfokus*

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise traf die Länder der Europäischen Union über verschiedene Ausbreitungs Kanäle, nicht überall zeitgleich und in verschiedenem Maße<sup>33</sup>. Dennoch können, auf die Wirkung der Krise in der EU bezogen, zwei (bis drei) Krisenphasen herausgestellt werden (vgl. auch Bieling 2013a, 53f.; Heinrich 2012, 397; Heinrich 2015, 700), die von jeweils spezifischen Problemkonstellationen gekennzeichnet waren:

---

<sup>32</sup> Die *erste* Ebene betrifft das alltägliche und gegenstandsorientierte Lobbying, wie es in modernen parlamentarischen Demokratien Alltag ist. Auf einem *zweiten* Level kann man schon von Agenda Setting sprechen, d.h. der strategischen Planung und Beeinflussung von konkreten Politikgehalten. Die *dritte*, „strategische“ Ebene ist aber diejenige der Diskursproduktion, d.h. der ideologischen Kämpfe um Hegemonie und Deutungshoheit (van Apeldoorn 2002, 113). Die Arbeit des ERT ist hauptsächlich auf der zweiten und dritten Ebene anzusiedeln.

<sup>33</sup> So hatten die stark in amerikanischen Kapitalmärkte involvierten Volkswirtschaften tendenziell relativ früh mit den Krisenerscheinungen infolge der amerikanischen Subprimekrise zu kämpfen, wohingegen die erst später einbrechenden Handelsbeziehungen eher exportorientierte Länder trafen (vgl. Bieling 2011, 173f.). Zudem wurden etwa die hochfinanzierten und von externen Kapitalzuflüssen abhängigen südeuropäischen Länder vom *credit crunch*, der erst nach der Subprimekrise einsetzte, besonders getroffen.

<b>Phase der Krise</b>	<i>Weltwirtschaftskrise (2007-2009)</i>	<i>Europäische Staatsschuldenkrise (2009-2012)</i>	<i>Krise der Integration (2013-?)</i>
<b>Maßnahmen</b>	Bankenrettungen, Konjunkturpakete, Stabilisierung der Volkswirtschaften	Austerität, „Rettungsschirme“, Reformen der Economic Governance	Fortsetzung permanenter Austerität, Forcierung von Strukturmaßnahmen
<b>Konflikte</b>	Relativ wenig; eher nationale Programme; strukturkonservatives Management	Starke Kern-Peripherie-Konflikte (vgl. Becker/Jäger 2012); auch Gläubiger/Schuldner-Problematik	Herausforderungen des neoliberalen Krisenkonstitutionalismus (EU, EZB, Troika) durch Schuldner (Griechenland, Spanien, Portugal); rechtspopulistische Kritik an EU gewinnt an Zustimmung

Abb. 4: Transformationen der Krise auf europäischer Ebene. Eigene Darstellung nach Heinrich 2012, 397; Bieling 2013a, 54f.

Anhand dieser Phasierung der europäischen Krise wird im Folgenden die jeweils inhaltliche Ausrichtung wichtiger Akteure des transnationalen europäischen Kapitals – des ERT, BE sowie des europäischen Finanzkapitals – näher beleuchtet und dargestellt, ob und wie diese transnationalen Akteure im Sinne von *class agency* handeln und Entwicklungen auf europäischer Ebene einschätzen bzw. strategisch zu beeinflussen suchen<sup>34</sup>. Der Fokus auf diese drei Akteursgruppen ergibt sich beim ERT und BE zum Einen aus ihrer oben dargestellten zentralen Rolle in der neoliberalen Restrukturierung Europas. Zum Anderen gibt es, wie oben gesehen, empirische Anhaltspunkte dafür, den ERT als entscheidende Verdichtung transnationaler europäischer *class agency* zu deuten (vgl. Carroll et al. 2010); ebenso ist BE zentral für der Arbeitsteilung mit dem ERT, d.h. in der alltäglichen Lobbyarbeit und Manifestierung des integrationspolitischen Konsens in Brüssel.

Der dritte Akteurstyp, das europäische Finanzkapital, ist zwar in der neoliberalen Restrukturierung nicht eigens aufgeführt, spielt aber nichtsdestoweniger eine wichtige Rolle im europäischen Kapitalismus. Einerseits erweist es sich auf der europäischen Ebene organisatorisch relativ fragmentiert (Heinrich 2014, 242), gleichwohl ist dies

<sup>34</sup> Es werden im Folgenden nur die ersten beiden Phasen näher beleuchtet, da die dritte Phase nicht unmittelbar zu Krise gehört, sondern eher das offene Ende der Krisentransformationen und ihrer Auswirkungen darstellt.

aber eher auf die starke Verbindung von Industrie- und Finanzkapital im finanzmarktdominierten Kapitalismus zurückzuführen (vgl. van Apeldoorn 2013, 193f.): empirische Untersuchungen zeigen, dass die Verflechtung erstens relativ stark ist und zweitens eben diese „industrialists with financial connections“ (Caroll et al. 2010, 836) den Kern der europäischen *corporate community* mit dem ERT als Herzstück bilden. Das Interesse der Industrie an integrierten, funktionierenden und vertrauensbildenden Finanzmärkten ist eines der Kernthemen der Bankenkrise gewesen (vgl. Heinrich 2014, 247), von daher kann die Rolle des Finanzkapitals hier auch Hinweise auf die gemeinsame strategische Orientierung des transnationalen europäischen Kapitals geben. Obwohl also einerseits der industriell-finanzielle Komplex den Kern des ERT bildet und andererseits die Finanzmarktintegration noch unvollendet ist (vgl. Bieling 2003; Stark 2011; EZB 2015), können transnationale organisatorische Gremien wie etwa der European Financial Services Round Table (EFR)<sup>35</sup> als Quelle für eine empirische Annäherung an die strategische Orientierung des europäischen Finanzkapitals dienen.

#### *Methodisches Vorgehen*

Empirische Grundlage der folgenden Ausführungen sind Publikationen und weitere öffentlich zugängliche Dokumente des ERT, EFR und von BE. Die Dokumente stammen aus den Jahren 2008 bis 2014<sup>36</sup> und sind auf den jeweiligen Webseiten der Organisationen abrufbar (Stand: 27. Juli 2016)<sup>37</sup>. Es wurden alle Dokumente mit Bezug zum Thema – also der Haltung der Organisationen zu den Entwicklungen in der Eurokrise – ausgewertet und zueinander in Bezug gesetzt, um strategische Fixpunkte herauszuarbeiten. Es wurden insgesamt 22 Dokumente des ERT, vier Dokumente des EFR sowie 18 Dokumente von BE untersucht. Die Leitfrage der empirischen Überprüfung lautet: Ob und, falls ja, wie positioniert sich die jeweilige Organisation strate-

---

35 Der EFR besteht aus momentan 23 Mitgliedern, die allesamt aus den Vorständen der großen europäischen Banken und Versicherungen stammen. Unter ihnen sind z.B. der derzeitige Vorsitzende des EFR und Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank, Paul Achleitner; Henri de Castries (AXA); Oliver Bäte (Allianz); Giuseppe Vita (UniCredit) und Axel Weber (UBS, früherer Bundesbankpräsident). Ziel der politischen Arbeit ist “the creation of open and competitive markets for financial services both within Europe and in a global context. We want to ensure that Europe is a highly attractive environment for financial services companies to base themselves” (EFR 2009c, 5).

36 Die zweite Krisenphase ist zwar 2012 beendet; aber da diese Phasierung nur eine analytische ist, wurde der Untersuchungszeitraum ausgedehnt, um etwaige Informationen zur strategischen Orientierung besser einbetten zu können. Mit anderen Worten verschwinden das Thema und die strategische Orientierung der jeweiligen Kapitalfraktionen nicht mit der zweiten Krisenphase, sondern bleiben virulent.

37 ERT: <http://www.ert.eu>; EFR: <http://www.efr.be>; BE: <https://www.besuisseurope.eu>.

gisch zur Frage der europäischen Krisenlösung? Die zentrale Annahme dabei ist, dass die Positionierung in den jeweiligen Publikationen auch dem *tatsächlichen* Standpunkt der Organisation entspricht<sup>38</sup>. Dies bedeutet, dass es sich bei der Analyse *nicht* um eine Diskursanalyse im klassischen Sinne handelt, d.h. es findet keine systematische Analyse von verschiedenen Diskursebenen, der rhetorischen und gestalterischen Elemente oder ideologischem „Subtext“ statt. Stattdessen werden die jeweiligen Positionen und Strategien aus den Dokumenten herausgearbeitet, systematisch dargestellt und in die Entwicklungsdynamik der Eurokrise eingebettet. Dadurch können die strategischen Entscheidungen nicht als isoliertes Element der Handlungsabstimmung, sondern als von den politökonomischen Auseinandersetzungen der Krise bestimmt verstanden werden. Diese Herangehensweise stellt somit die methodologische Konsequenz der Struktur-Akteur-Analyse aus Kapitel 2.1 dar: Akteure wie der ERT, EFR oder BE werden zwar nicht als von (diskursiven, materiellen usw.) Strukturen bestimmt verstanden; ihre Positionen werden also als strategische Orientierung von Akteuren ernst genommen. Gleichzeitig wird aber einer einseitigen *rational-choice*-Interpretation – derzufolge die Akteure strategische Entscheidungen im luftleeren Raum treffen würden – vorgebeugt, indem diese Strategien im Licht der Krisendynamik und ihrer Entwicklungen beschrieben werden.

#### **4.1 Erste Krisenphase**

Die erste Krisenphase war zunächst von einem vermeintlichem Comeback keynesianischer Nachfragestimulierung gekennzeichnet (Blyth 2013, 54f.; Callinicos 2012, 66): Die teilweise Verstaatlichung von Banken, milliardenschwere Konjunkturprogramme und weitere Ausgaben zur Stabilisierung von Banken und ganzen Volkswirtschaften erweckten auch in Europa den Eindruck, als wäre die neoliberale Integrationsweise zumindest vorläufig in Frage gestellt (Bieling 2013a, 54). Was aber, mit Verweis auf Keynes, zunächst als „return of the master“ (Skidelsky 2010) gefeiert wurde, entpuppte sich schon bald als Trugschluss: Die pragmatische Konjunktur- und Liquiditätssicherungspolitik der EZB und einzelner Länder war schlicht notwendig – der Systemkollaps war nach dem Ende von Lehman Brothers nicht nur eine theoretische

---

<sup>38</sup> Hierbei handelt es sich natürlich um eine voraussetzungsreiche Annahme, da Wahrhaftigkeit kein Kriterium für politische Auseinandersetzungen und damit verknüpfte Strategien ist. Allerdings kann aus umgekehrter Sicht gefragt werden, weshalb eine Lobby- oder Interessengruppe ihre „wahren“ Präferenz verschleiern sollte, wenn sie in der politischen Auseinandersetzung ihre Interessen und Inhalte durchsetzen will? Daher erscheint es plausibel anzunehmen, dass die Organisationen Forderungen und Politikinhalt publizieren und dafür argumentieren, um Öffentlichkeit und EntscheidungsträgerInnen von diesen Positionen zu überzeugen.

Möglichkeit –, was aber nicht zu einer grundsätzlichen Änderung der europäischen Economic Governance führte<sup>39</sup>.

### *Die Krise als externer Schock: Stabilisierung als oberstes Gebot*

Die außerordentliche Tiefe und Gefahr der Krise ging mit einer starken Verunsicherung auf allen Ebenen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten einher. Diese Unsicherheit wurde vor allem in der Wirtschaft reflektiert, die gleichermaßen von Existenz- und Zukunftssorgen geplagt war<sup>40</sup>. Der ERT sah sich, auch angesichts der – oft diffusen, aber wirkmächtigen – medialen und öffentlichen Kritik am neoliberalen, finanzmarktgetriebenen Kapitalismus mit dem möglichen Ende des von ihm maßgeblich initiierten Integrationspfades konfrontiert. Damit die Erschütterung der Weltwirtschaft durch den Krisenschock nicht zu einem Zusammenbruch systemrelevanter Banken und damit zum kollektiven Kollaps mit unabsehbaren Folgen mutierte, positionierte sich das transnationale europäische Kapital positiv zu den schnellen und pragmatischen Rettungsmaßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene. Selbst Teilverstaatlichungen von Banken wurden in dieser Phase nicht verdammt, sondern pragmatisch hingenommen. Im Zentrum der Forderungen an die Politik stand der Apell, Auswege aus dem *credit crunch*, also den Liquiditätsengpässen für die Wirtschaft, zu suchen (ERT 2009, 1). Dass hier bereits im Verlaufe des Jahres 2008 hilfreiche Schritte von Seiten der EZB unternommen wurden (Leitzinssenkung auf 2%), wurde zumindest von BE wohlwollend anerkannt (BE 2009a, 1). Weiterhin wurden sowohl die staatlichen Garantien als auch Finanzhilfen für Banken im Umfang von bis zu 2,5 Mrd. Euro Anfang 2009 explizit gewürdigt (ebd.). Dennoch befürchtete auch BE eine nur halbherzige Unterbindung der Krise und forderte weitere Sofortmaßnahmen: die EZB sollte beruhigend und vertrauensbildend auf die Vertrauenskrise zwischen den Banken wirken und den Interbankenmarkt vollständig wiederherstellen sowie den *credit crunch* in Bezug auf Industrieunternehmen durch öffentliche Garantien verhindern. Der Pragmatismus von BE ging hier so weit, dass selbst der Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB – ein rotes Tuch für die Stabilitätsorientierung und „apolitische“ Haltung der Zentralbank – als legitime Möglichkeit der Krisenlösung ins Spiel gebracht wurde (ebd., 2). In diesem Sinne bekannte sich BE auch entschied-

<sup>39</sup> Wie Heinrich (2015, 690) richtigerweise feststellt waren wirkliche Konjunkturpakete mit dem Ziel der Nachfragestärkung eher Mangelware; die Maßnahmen stärkten eher europäische Schlüsselindustrien (z.B. den deutschen Automobilsektor mit der „Abwrackprämie“).

<sup>40</sup> „The seriousness of the situation [die Krise, Anm. M.B.] cannot be overestimated. The present general economic situation is worse than anything ERT Members have ever seen in their career.“ (ERT 2009, 1).



den zur Wichtigkeit der nationalen Konjunkturpakete, insbesondere in Deutschland (ebd.). Insgesamt wurde der EZB und den Mitgliedsstaaten eine herausgehobene Rolle in der Liquiditätssicherung und Stabilitätsherstellung zugesprochen – auch mit der Anerkennung einer außerordentlichen und nur mit öffentlicher Anstrengung zu lösenden Krisensituation (BE 2009b).

In dieser sehr tiefgreifenden Krise ist auch zu beobachten, wie verzahnt Industrie- und Finanzkapital auf europäischer Ebene sind (vgl. BE 2009c, 2): BE warnte ausdrücklich vor protektionistischen Maßnahmen auf finanzpolitischer Ebene, um die für die Industrie ebenfalls zentrale Finanzmarktintegration nicht um Jahre zurückzuwerfen (BE 2009b, 5). Auch die Betonung der Notwendigkeit der Regulierung von Märkten zielte in diese Richtung: die Sicherstellung von gut funktionierenden, in den Wirtschaftskreislauf integrierten und regulierten Finanzmärkten soll einen Beitrag zur Wiederbelebung inmitten der Vertrauenskrise in eben diese leisten (ebd., 6). Die pragmatisch orientierte Strategie von BE lässt sich daher wie folgt zusammenfassen:

„In the face of an ongoing financial market crisis, the business community strongly believes that the most effective way to fight the recession and to set the conditions for a swift recovery is to support more directly companies’ access to finance in a targeted and well coordinated way” (ebd., 11)

Folglich bemühte sich insbesondere BE auch um eine gemeinsame Position mit Vertretern des europäischen Finanzkapitals<sup>41</sup>. Gemeinsam mit verschiedenen Verbänden desselben wurde für eine Finanzmarktregulierung geworben, die Vertrauen und nachhaltiges Wachstum garantieren soll (BE 2009c, 1). Die größte hierbei ausgemachte Gefahr war wiederum die Fragmentierung bzw. stockende Finanzmarktintegration, die es mit allen Mitteln zu verhindern galt. Aus Industrieperspektive wurde mit der Forderung nach einheitlicheren Regeln und besserer Finanzmarktüberwachung (ebd., 4) bessere Rahmenbedingungen für unternehmerische Aktivität gefordert. BE, sowie auch der ERT, konnten daher auf das während der ersten beiden Krisenjahre öffentlich extrem populär gewordene Krisennarrativ einer „Spekulationskrise“ oder allgemein einer Krise des spekulativen Exzesses bauen, das bis in höchste Regierungskreise als Krisenursache definiert wurde<sup>42</sup>. In dieser Lesart erschienen die Anliegen einer von Kreditklemmen bedrohten (Export-)Industrie legitim, da weder

---

<sup>41</sup> Das Positionspapier „Business perspective on financial market reform” (BE 2009c) wurde von BE gemeinsam mit der European Banking Federation (EBF), der European Federation for Retirement Provision (EFRP), der European Private Equity and Venture Capital Association (EVCA), der Federation of European Accountants (FEE) sowie der Federation of European Securities Exchanges (FESE) verfasst.

BE noch der ERT der Einschätzung der Krise als Exzess und moralischen Fehler einzelner Verantwortlicher grundsätzlich widersprachen. Es handelte sich daher auch nicht nur um „falsche“ Zurückhaltung oder die strategische Anpassung an die öffentliche Meinung, wenn Vertreter der transnational agierenden europäischen Industrie die Re-Regulation, Transparenz und Kontrolle unregulierter Märkte und intransparenter Finanzprodukte fordern (ebd.). Vielmehr ging es in dieser Positionierung um die Vermeidung eines Systemkollapses, der die von frischem Kapital abhängige europäische Industrie mit in den Abgrund ziehen würde.

### *Finanzmarktregulierung und marktbasierter Lösungen*

Von Seiten des European Round Table of Financial Services (EFR), als Vertreter der europäischen Großbanken und Versicherungen, wurde in ähnlicher Weise eine einheitliche europäische Regulierung und Finanzmarktaufsicht zur Vermeidung künftiger Systemrisiken gefordert (EFR 2008, 1). Während die Industrie vor allem Wert auf die Überwindung der Kreditklemme legte, lag der Schwerpunkt des EFR auf einer europäisch bzw. sogar global abgestimmten, nicht protektionistisch motivierten Lösung der Instabilitäten auf den Finanzmärkten (vgl. EFR 2009b, 2). Die Wahrscheinlichkeit protektionistischer Maßnahmen schien, zumindest in der Perspektive des europäischen Finanzkapitals, als mögliche Krisenantwort im Raum zu stehen, die mit allen Mitteln verhindert werden sollte:

„However, there is a risk that disproportionate stabilization measures taken may lead to regional protectionism and disintegration of the global economy and have a long lasting effect on the free market forces of competition. This should be avoided at all costs“ (ebd.)

Dieser Gefahr einer protektionistischen Überregulierung sollte laut EFR dann auch durch eine „market-based solution by the Industry“ (EFR 2008, 1) in der Stabilitäts- und Aufsichtsfrage begegnet werden: Eine aus Industrievertretern bestehende Marktüberwachungskommission wurde dabei als konkreter Vorschlag unterstützt (ebd.). Neben dem auch beim ERT und bei BE vorhandenen Krisenpragmatismus zog der EFR also bereits früh eine klare Grenzlinie zwischen Stabilisierungsmaßnahmen und der Gefahr, durch eine nationale bzw. regionale Re-Regulierung der Finanzmärkte die europäische und auch globale Integration derselben abzuwürgen. Tatsächlich

42 Der deutsche Finanzminister Steinbrück sah die „unverantwortliche[...] Überhöhung des Laissez-faire-Prinzips gerade im angloamerikanischen Bereich“ (Steinbrück 2008, 6) als Krisenursache; Kanzlerin Merkel sprach von „Gier, verantwortungsloser Spekulation und Missmanagement“ (Merkel 2008, 1); der französische Präsident Sarkozy attestierte den Finanzmärkten Perversion und „Verrücktheiten“ (Sarkozy 2008, 2): „Die Finanzkrise ist keine Krise des Kapitalismus. [...] Der Antikapitalismus ist in keinem Fall eine Lösung der derzeitigen Krise“ (ebd.).

wird die Krise als Nachweis für die schleppende Finanzmarktintegration in der EU interpretiert: das Nebeneinanderbestehen unterschiedlicher (nationaler) Regulierungen und die fehlende Komplettierung des europäischen Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen hätte eine angemessene Abfederung der Krise bzw. schon die Früherkennung von Systemrisiken verhindert (EFR 2009a, 1).

Besonders wichtig für den EFR war eine Mitsprache bei der geplanten Re-Regulierung der Finanzmärkte in der EU und auf globaler Ebene. So wurde insbesondere das von der Kommission zur Finanzmarktregulierung beauftragte Expertengremium um Jacques de Larosière (de Larosière-Gruppe, vgl. Heinrich 2015, 692) in einem Schreiben Anfang 2009 zu einer Harmonisierung der fragmentierten Regularien und wiederum einer Bevorzugung von marktbasierten Krisenlösungen angehalten (EFR 2009a); es folgte eine Reihe weiterer konkreter Vorschläge zur technischen Umsetzung der Re-Regulierung. Ähnliche Forderungen finden sich auch im Positionspapier des EFR zum G20-Gipfel in London im April 2009, der im Zeichen der Krisenbewältigung durch Konjunkturmaßnahmen und Finanzmarktregulierungen stand (ebd.). Zentral war in der ersten Krisenphase für den EFR auch die Kopplung europäischer Regulierungsvorstöße an globale Entwicklungen, um Protektionismus und Wettbewerbsnachteile für Europa zu verhindern (EFR 2009a, 2009c). Wie Heinrich (2015, 692ff.) verdeutlicht, ergaben sich im Anschluss an die Reformbemühungen der Kommission einige Änderungen, u.a. bezüglich der Regulierung von Hedgefonds und *private equity* sowie Maßnahmen zur Transparenz komplexer Finanzprodukte. Bis heute wird der Re-Regulierungsprozess mit verschiedenen Maßnahmen weitergeführt, doch bereits in der Umsetzung vieler Regelungen 2009 und 2010 war klar, dass nicht der von vielen Kritikern geforderte Bruch mit dem finanzmarktgetriebenen Akkumulationsmodus, sondern hauptsächlich die Stabilisierung desselben das Ergebnis der Finanzmarktregulierungen ein sollte (ebd.).

Die sehr klare Linie des EFR bezüglich der Aufrechterhaltung und Ausweitung von Marktmechanismen findet sich sehr deutlich auch bei den Vertretern des Industriekapitals: BE mahnt „market-oriented measures“ (BE 2009b, 3) und eine „clear exit strategy“ (ebd.) aus den öffentlichen Stabilisierungsmaßnahmen an. Auch spricht sich BE bereits 2009, also inmitten von einbrechenden Exporten und nach wie vor großer Verunsicherung auf den Märkten, dafür aus, die öffentlichen Ausgaben für die Krise im Zaum zu halten und führt die deutsche Linie als Positivbeispiel für eine „sound budgetary position[...]“ (BE 2009a, 2) an. Besonders deutlich wird BE bei der

Anmahnung von Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt, einem Kernaspekt kompetitiver Deregulierung:

„The current situation must serve as a catalyst for structural reforms to increase the long term growth potential by improving economic and labour market structures. [...] It is important that Member States not only focus on financial market reforms, but especially push ahead labour market reforms. Flexicurity principles need to be implemented urgently [...]“ (ebd., 3)

Die Charakterisierung der Krise als „catalyst“ für künftige Strukturreformen kann als Vorgriff auf die europäische Austeritätsagenda der folgenden Jahre gewertet werden. Es werden vor allem zwei Punkte deutlich: Zum einen gilt die Annahme eines Revivals und einer künftigen Implementierung keynesianischer Ideen in die europäische Economic Governance mit Blick auf die Orientierung des transnationalen europäischen Industriekapitals als illusionär. Zum anderen wird klar, dass nicht erst die sogenannte Staatsschuldenkrise die transnationalen Kapitalfraktionen dazu bringt, Austerität als Krisenlösung einzufordern, sondern dass die langfristige strategische Orientierung im Einklang mit den neoliberalen Prinzipien der kompetitiven Deregulierung und Austerität bleibt. Es ist aus strategischer Sicht klar, dass eine mögliche Versteifung der Forderungen nach mehr Deregulierung und staatlichen Sparanstrengungen inmitten einer existenziellen Wirtschaftskrise nicht zielführend wäre; daher nehmen diese Punkte auch eher eine untergeordnete Rolle in der akuten Bekämpfung von Kreditklemmen und Liquiditätsproblemen ein. Dennoch ist auch die Positionierung des ERT in dieser Sache eindeutig: in einem Schreiben zum informellen Treffen des Europäischen Rates im März 2009 fordert der ERT klare Bedingungen für das weitere Krisenmanagement, die über Konjunkturpakete und Stabilisierungsmaßnahmen hinausgehen. So wird die strikte Einhaltung der Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) angemahnt und vor übermäßiger öffentlicher Verschuldung als Folge der Krisenmaßnahmen gewarnt (ERT 2009, 1). Des Weiteren wird eine unbedingte Verteidigung des europäischen Binnenmarktes vor nationalem Protektionismus gefordert, da dieser die zentrale Komponente für die europäische Wettbewerbsfähigkeit darstelle (ebd.). Drittens wird eine Fokussierung auf Elemente der wettbewerbsstaatlichen Transformation empfohlen, die gleichsam als beste Krisenlösung angeboten wird: „Any measure reducing the cost of doing business must be seen as a measure in support of economic recovery“ (ebd., 2). So gehen dann auch die konkreten Policy-Vorschläge in eine ähnliche Richtung, u.a. sollen die Lissabon-Agenda komplett implementiert und wettbewerbsverzerrende Regelungen abgeschafft werden (ebd.).

### *Die pragmatische Bearbeitung der Krise*

Wie gesehen ist die Strategie des transnationalen europäischen Kapitals in dieser ersten Krisenphase vor allem von der Sorge einer Fragmentierung von Märkten entlang nationaler oder regionaler Linien und in Form eines neuen Protektionismus getragen. Gleichzeitig ist ersichtlich, dass keineswegs eine Infragestellung der regulativen Prinzipien der neoliberalen Integrationsweise erfolgt: Märkte müssen weiter harmonisiert, die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und die Krisenmaßnahmen auf ein Minimum an öffentlicher Beteiligung reduziert werden. Die anfangs positive Reaktion auf das Vorpreschen der Staatengemeinschaft in Form von Konjunkturpaketen und staatlichen Garantien sowie Bankenrettungen fügt sich dabei nahtlos in diese Muster ein, ohne ein keynesianisches Revival zu signalisieren: die schwerste Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren war viel zu tiefgreifend, um sie über Marktmechanismen zu lösen. Der Pragmatismus, der hier zum Tragen kommt, ist Teil des strategischen Charakters transnationalen Klassenhandelns: ein ideologisches Beharren auf die Nicht-einmischung staatlicher Politik in kollabierte Märkte und verunsicherte Wirtschaftssektoren hätte schlimmstenfalls einen Systemkollaps im Bankensektor zur Folge gehabt, der leicht auf andere Sektoren hätte übergreifen können. Zudem folgte aus dem Eingreifen der europäischen Regierungen eine indirekte Sozialisierung privater Verluste, vor allem im Banken- und Immobiliensektor (vgl. Konecny 2012, 377; Heinrich 2014, 244), d.h. die Krisenbearbeitung war aus strategischer Sicht ein Erfolg für das transnationale europäische Kapital.

Auch kann, zumindest mit Blick auf ERT, EFR und BE, festgestellt werden, dass die strategisch-politische „Arbeitsteilung“ der verschiedenen Gruppen hier ebenfalls zu beobachten ist: während BE relativ viel und mit detailreichen Vorschlägen zu einzelnen Politikinhaltungen publizierte, beschränkte der ERT sich eher auf die Grundfragen der strategischen Ausrichtung. So stand hier vielmehr die Sorge um die künftige Wettbewerbsfähigkeit und die gefährdete Fortsetzung des neoliberalen Integrationsmodus im Vordergrund, wohingegen sich BE thematisch stark auf die drohende Kreditklemme und schleppende Belegung der Exportindustrie fokussierte. Der EFR thematisierte vor allem die für die Mitglieder relevante Finanzmarktregulierungen im Zuge der Krise und versuchte, direkt konkrete Vorschläge und Kommentare in diese Bemühungen zu implementieren. Der Schwerpunkt lag hier eher auf einer relativ überschaubaren Zahl technischer (und weniger politisch-strategischer) Inhalte.

## 4.2 Die zweite Krisenphase

Die vorläufige Stabilisierung der Weltwirtschaft läutete erst die „heiße“ Phase der europäischen Krise ein. Nachdem es durch massive öffentliche Ausgaben und teilweise Verstaatlichungen gelungen war, zumindest die systemische Dimension der Krise zu überwinden, zeigten sich im Anschluss die immanenten Widersprüche des seit den 1980er Jahren eingeschlagenen europäischen Integrationspfades sehr deutlich. Zum einen stellt eine ökonomische Krise in kapitalistisch organisierten und hochkomplexen Gesellschaften per se eine Gefährdung des Status Quo dar. Des Weiteren erfolgt eine nochmalige Problemverschiebung auf das Mehrebenensystem der EU. Zu all diesen krisenproduzierenden- und verstärkenden Tendenzen kommt allerdings hinzu, dass der neoliberale Integrationspfad und insbesondere die Eurozone strukturelle Eigenheiten aufweisen, welche die Tiefe der europäischen Krise seit 2010 in diesem Ausmaß erst ermöglicht haben.

### *Die Krise als Bedrohung der neoliberalen Integration*<sup>43</sup>

Worin diese strukturellen Eigenheiten aber genau bestehen, variiert jeweils nach Perspektive: aus technischer Sicht fehlt der Vergemeinschaftung der Geldpolitik im Euro ein Komplement im makroökonomischen Bereich, d.h. bessere Steuerungsmöglichkeiten und ein supranationaler Ersatz zuvor wichtiger Stabilisierungsmechanismen, etwa den Befugnissen nationaler Zentralbanken (De Grauwe 2013a, 6ff.)<sup>44</sup>. Während diese Aspekte eher formaler Natur und somit prinzipiell innerhalb der europäischen Governance reformierbar sind, ist die Eurozone darüber hinaus von einem strukturellen Machtungleichgewicht getragen: in der öffentlichen Diskussion oft als Gegensatz von Gläubigern und Schuldnern formuliert, ist die prinzipielle Unterscheidung verschiedener Akkumulationsregime konstitutiv für die Eurozone (Becker/Jäger 2011; 2012). Regulationstheoretisch gesehen handelt es sich bei den „Kern“-Ländern der Eurozone – allen voran Deutschland, die Beneluxstaaten, Österreich und Teile Norditaliens – meist um exportorientierte, extravertiert-produktive Akkumulationsregime, während die „Peripherie“-Länder – etwa Griechenland, Italien, Spanien und Portugal – eine eher finanzialisierte, auf Importe und Kreditzuflüsse angewiesene und weniger wettbewerborientierte Akkumulationsstrategie verfolgen (Becker/Jäger

---

<sup>43</sup> Die Ausführungen unter dieser Überschrift sind zum Teil aus einer eigenen früheren Arbeit entlehnt (s. Literaturverzeichnis: Babić 2016).

<sup>44</sup> Hieran anlehndend wird oft auch die Thematik optimaler Währungsräume (*optimum currency areas*, OCA) und deren Defiziten in der Eurozone angebracht, vgl. De Grauwe 2013b und zur Kritik dieser Sicht Flassbeck/Lapavitsas 2015, 7.

2012, 175). Der zentrale Indikator für diese Teilung ist die jeweilige Leistungsbilanz der Länder: Während die Kernländer (und hier vor allem Deutschland) konstante Leistungsbilanzüberschüsse produzieren, weisen die Peripherieländer eine negative Bilanz auf, die in der Krise noch dramatisch verschlechtert wurde. Die „Spiegelung“ der Überschüsse des Kerns in den negativen Bilanzen der Peripherie ist insofern doppelt problematisch: Erstens ist die europäische Economic Governance mit dem Fokus auf kompetitive Deregulierung und Austerität, ihrer Stabilitätsorientierung und Geldpolitik auf die exportabhängigen Akkumulationsregime des Kerns ausgerichtet. Die Exportländer müssen immer kompetitiver werden, um ihre Produkte im Ausland abzusetzen, was durch die neoliberale Ausrichtung der EU an Wettbewerbsfähigkeit als Grundprinzip erreicht werden soll. Hieraus folgt zugleich, dass eine für die Peripherieländer in ihrer Situation wichtige Abwertung der Währung nicht erfolgen kann, da der Euro die gemeinsame Währung darstellt. Abwertung kann nur „intern“, d.h. durch kompetitive Austerität, erreicht werden.

Die zweite Problematik erwächst aus der vorangehenden: weil weder die Stabilitätskriterien noch die Wettbewerbsorientierung der Economic Governance den kreditabhängigen Akkumulationsregimen in der Peripherie in die Hände spielen, verstärken sich die zentrifugalen Tendenzen einer Teilung in zwei ökonomisch divergierende europäische Räume. Der Euro hat diese Tendenz noch verstärkt: Die peripheren Länder konnten sich nicht mehr des Instruments der Abwertung bedienen und finanzierten sich über Kreditzuflüsse aus dem Kern in die Peripherie. Da Abwertungen zudem auch Schutzmechanismen für produktive Sektoren darstellen, verschwanden diese Sektoren nach der Euro-Einführung immer schneller aus der Peripherie und die Tendenz, auf ein finanzialisiertes Akkumulationsregime auszuweichen, wurde nochmals verstärkt – die Folge waren steigende Leistungsbilanzdefizite (vgl. ebd., 176).

Die Kaschierung dieses immer größer werdenden Gefälles in Europa über Kreditvergaben in die Peripherie fand in der zweiten Krisenphase ab Ende 2009 ein jähes Ende. Als die Kreditflüsse stoppten und die Finanzmärkte mit spekulativen Attacken auf die weniger wettbewerbsfähigen und verschuldeten Peripheriestaaten begannen, drohte der Euro als Währung auseinanderzubrechen. Ein Scheitern des Euro wäre aber das Ende der bisherigen neoliberalen Integrationsweise gewesen, dessen Kernstück die Wirtschafts- und Währungsunion ist. Auch der Austritt eines peripheren Mitgliedsstaates hätte unberechenbare Folgen für den Rest der Eurozone und dessen Wettbewerbsfähigkeit zur Folge gehabt (vgl. Heinrich 2012, 400). In dieser Situation

kamen vor allem drei zentrale Entwicklungen zusammen, die gemeinsam den Boden für die Austeritätsagenda bereiteten:

*Erstens* wurden die peripheren Staaten durch die stark anwachsenden Staatsschulden, aber auch durch die stockenden Kreditflüsse und Direktinvestitionen in eine defensive Lage den anderen europäischen Staaten gegenüber gebracht: Sie waren auf die „Rettungsmaßnahmen“ der übrigen Euroländer im Rahmen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) (später Europäischer Stabilitätsmechanismus, ESM) angewiesen (vgl. Christova 2011).

*Zweitens* nahmen dadurch die immer zentraler werdenden Gläubigerinteressen nun einen zentralen Platz im europäischen Krisenmanagement ein (vgl. Bieling 2011, 179ff.). Die Abhängigkeit der Peripherie von weiteren Hilfen und ihre Position als Schuldner sorgten auf Seiten der Gläubiger für einen ungekannten Machtzuwachs, der sich bisweilen in abfälligen und machtbewussten Äußerungen sowohl der Boulevardpresse, aber auch der höheren Politik gegenüber den Krisenländern manifestierte. Dieser Machtzuwachs der Gläubiger lässt sich auch an den Zahlen im Fall Griechenland eindrucksvoll demonstrieren: Nachdem sich die Gläubigerstruktur im Verlauf der Krise durch den EFSF und ESM von privaten zu größtenteils öffentlichen Kreditgebern gewandelt hatte, bestanden die griechischen Gläubiger Ende 2015 fast zu drei Vierteln aus öffentlichen Institutionen (IMF 2016, 4; vgl. Abb. 5).

*Drittens* bestärkte auch der externe Druck von Finanzmärkten durch Spekulation und Vertrauensentzug gegenüber den Schuldnerländern die Verschärfung der Maßnahmen der Gläubiger gegenüber diesen Ländern und sorgte für einen permanenten indirekten Kontrollmechanismus über Börsen, Rating-Agenturen und sonstige Stimmungsindikatoren. In diesem Setting fand die Diskursverschiebung von der Weltwirtschaftskrise zur „Staatsschuldenkrise“ statt, die fortan die europäische Agenda dominierte und entscheidend für die Einleitung der austeritätspolitischen Wende war (vgl. auch Heinrich 2012, 400).



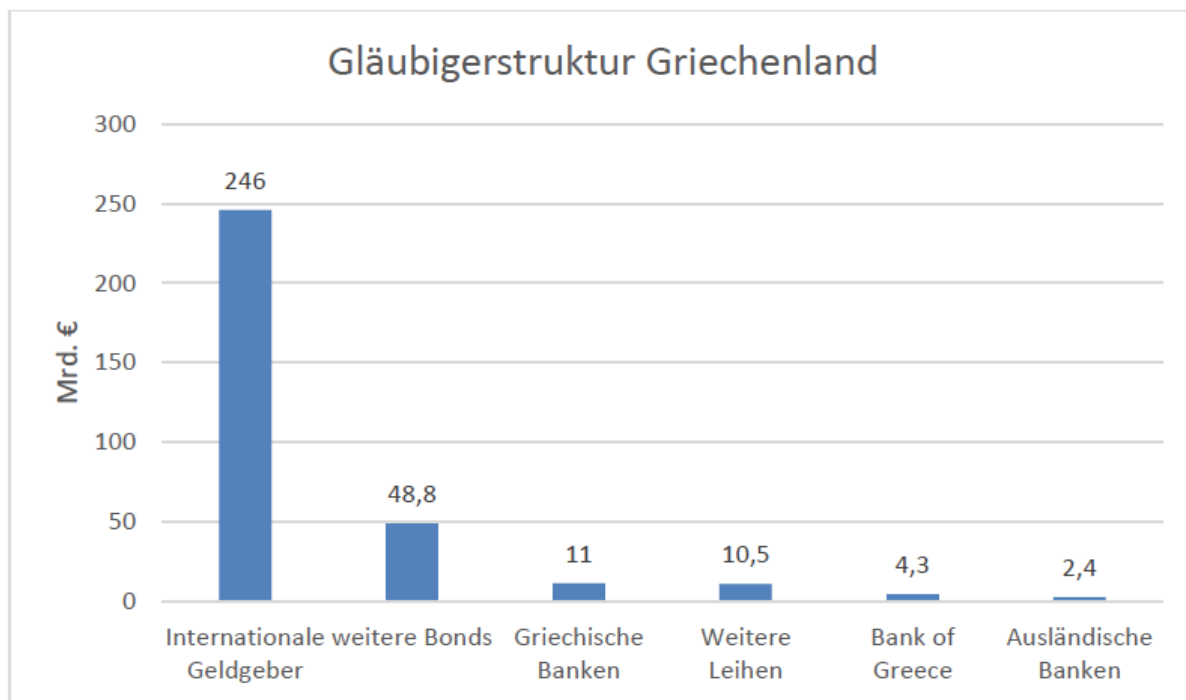


Abb. 5: Gläubigerstruktur Griechenland 2015. Eigene Darstellung nach Kottasova 2015. Anmerkung: „Internationale Geldgeber“ ist eine Zusammenfassung der Mittel aus dem ESM, von der EZB und dem IWF sowie der bilateralen Kredite an Griechenland durch andere Euroländer.

### *Überleben in der Krise der neoliberalen Integration:*

#### *Europe 2020 als strategischer Fixpunkt*

Die transnationalen Kapitalfraktionen waren in dieser Konstellation zunächst nicht im Sinne der Gläubigerposition involviert, d.h. das unmittelbare Interesse an einer austeritätspolitischen Lösung der Eurokrise kann ihnen nicht einfach strukturell zugeschrieben werden. Dennoch brachte sich der ERT zu Beginn des Jahres 2010 vor allem sehr stark in die *Europe 2020*-Diskussion ein, die als Nachfolgestrategie der Lissabon-Agenda eine Erneuerung des europäischen Integrationsweges darstellt (vgl. COM 2010a). Wie van Apeldoorn (2013, 195) feststellt, ähnelt dieses Strategiekonzept in seinen Kernpunkten – nachhaltiges Wirtschaften, Neubelebung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, inklusives Wachstum und Bildungs“offensive“ – dem „Vision“-Bericht des ERT (ERT 2010a), der kurz vor der Veröffentlichung von *Europe 2020* erschien. Der Bericht markiert in diesem Sinne den Umschwung des europäischen Diskurses von der Wirtschafts- zur Staatsschuldenkrise sowie die strategische Re-Orientierung der transnationalen Kapitalfraktionen am Erhalt des neoliberalen

Integrationspfades nach der schwersten Krise seiner Geschichte. Entsprechend betonte der Bericht die Notwendigkeit einer Wachstumsstrategie, die die globalen Herausforderungen – vor allem in Form der aufstrebenden Konkurrenz aus Asien und Südamerika – identifiziert und Europas herausgehobenen Platz als „global leader“ (ERT 2010a, 1) im internationalen Wettbewerb sichert. Hierzu werden fünf Punkte genannt, die das Gerüst für diese Strategie bilden sollen: nachhaltiges Wachstum, Integration des Weltmarktes und in denselben, Investitionen in Forschung und Entwicklung, Flexibilisierung von Arbeit und Bildung sowie eine verbesserte Governance der EU.

Das Konzept des nachhaltigen Wachstums bildet dabei den Kern der Agenda: Nachhaltigkeit wird hier nicht primär als Umwelt-, Ressourcen- und Energiethema gefasst, sondern um die Dimensionen von „sound economic, financial, education, social security and pension systems“ (ebd., 4) erweitert. Im Anschluss an die sehr staatsinterventionistische Wirtschaftskrise stiegen die Staatsschulden in Europa und insbesondere in der Eurozone stark an: von knapp 65% des BIP im Jahr 2007 vor der Krise auf über 90% in 2015 (Eurostat).

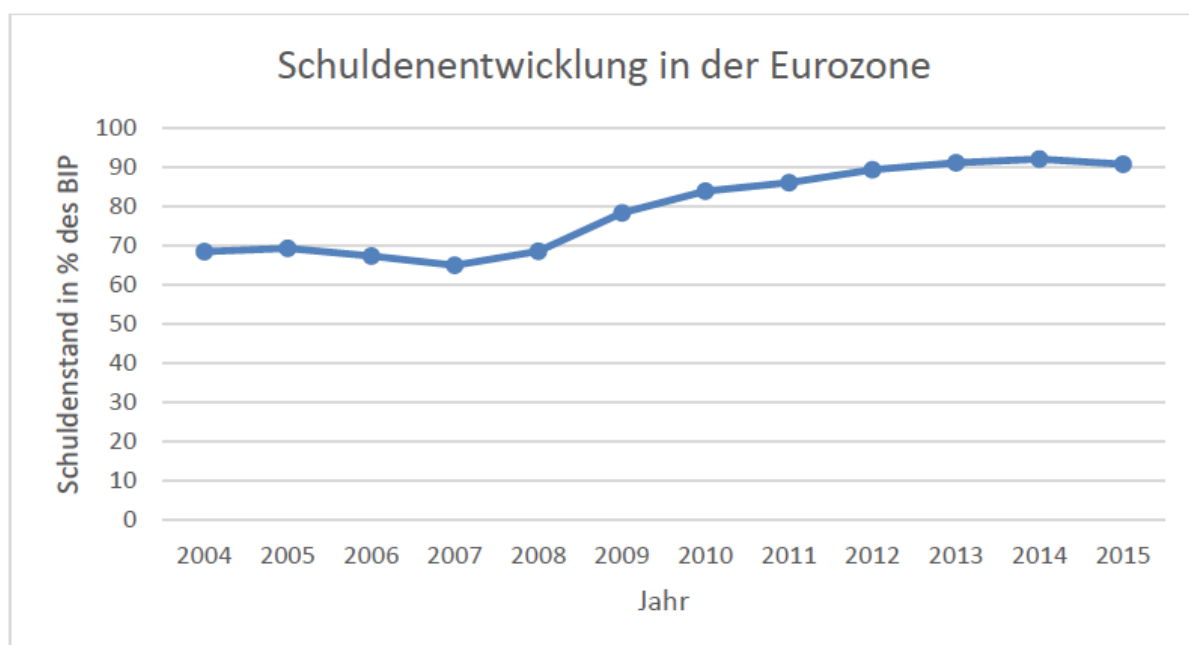


Abb. 6: Schuldenentwicklung in der Eurozone (19 Länder) seit 2004. Eigene Abbildung, Quelle: Eurostat.

Vor diesem Hintergrund wird klarer, was „nachhaltige“ Wachstumsstrategie im Sinne des ERT bedeutet: die Krise hat eine wachsende Schuldenlast in der EU und Eurozone verursacht, die der Idee einer wettbewerbsfähigen EU, wie sie der ERT versteht, fundamental widerspricht. Als Exit-Strategie aus dem Krisenmanagement wird nun die Nachhaltigkeitsidee, vor allem mit Verweis auf künftige Generationen (ERT 2010a, 4) angeführt. Auch die Renten-, Sozial- und Bildungssysteme sollen dahingehend reformiert und zukunftsfähig gemacht werden. Konkret fordert der ERT dabei an erster Stelle die strikte Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP), die Generierung von Leistungsbilanzüberschüssen sowie die Kürzung öffentlicher Ausgaben bezüglich „nicht nachhaltiger“ Maßnahmen (ebd., 5). Allein diese Auflistung macht deutlich, welche Stoßrichtung der ERT als Hauptvertreter des transnationalen europäischen Industriekapitals verfolgte. Die Forderungen entsprechen den Kernbotschaften der etwa zur gleichen Zeit lancierten europäischen Austeritätspolitik, setzten diese aber in einen weiteren Kontext von Nachhaltigkeit, Zukunftstrategie und globaler Wettbewerbsfähigkeit. Damit einher gingen auch die Forderungen nach Strukturreformen innerhalb der europäischen Renten- und Sozialversicherungssysteme, die kurze Zeit später zur Kernbedingung der Troika für weitere Finanzhilfen an die Krisenländer wurden.

Die weiteren Forderungen nach einer veränderten Ausgabenstruktur für EU-Gelder und einen effizienten Umgang im Bereich Energiepolitik und Klimawandel runden die Nachhaltigkeitsagenda des ERT ab. Es wird deutlich, dass der Nachhaltigkeitsdiskurs die europäische Exit-Strategie untermauern sollte, die immer deutlicher die durch die Krise verursachte hohe Staatsverschuldung als Grundübel der fehlenden ökonomischen Erholung ausmachte.

Auch im Bereich der globalen Einbettung der EU (Forcierung von Freihandel) sowie der Bestärkung der Innovationsfähigkeit (angebotsorientierte Investitionspolitik) blieb der ERT bei bekannten Positionen eindeutig. Mit Blick auf die Arbeitsmärkte wird ein „new understanding of job security“ (ebd., 10) gefordert: „putting less focus on preserving jobs and more on ensuring high levels of productive and sustainable employment“ (ebd.) soll die künftige Leitlinie im Rahmen von Europe 2020 sein. Die Flexibilisierung und Deregulierung von Arbeitsmärkten ist ein altes Thema, das in den 1990er Jahren bereits eine zentrale Rolle in den Anpassungsbemühungen der EU-Staaten im Zuge der Etablierung der WWU gespielt hat. Auch die Troika-Politik,

vor allem in Griechenland, besteht zu einem wesentlichen Teil aus ähnlichen Reformvorschlägen.

Im letzten Vorschlag des „Vision“-Berichtes macht sich der ERT für eine Reform der europäischen Governance stark, die sich an „changing market situations“ (ebd., 13) flexibel anpassen und entsprechend reagieren kann. Hierzu wird vor allem ein „smart approach to regulation“ (ebd.) gefordert, der in erster Linie business-orientiert ist und nur bei Marktversagen korrigierend eingreift. Insbesondere mit Hinblick auf Europe 2020 sollen weniger Komplikationen und Befindlichkeiten einzelner Akteure, sondern vor allem die Einhaltung der anvisierten Ziele im Vordergrund stehen. Diese Forderung nach einer weitreichenden Depolitisierung von Governance und der Ausrichtung auf Marktimperative ist wiederum ein Merkmal der in der Krise von der EU beschrittenen neuen European Economic Governance, die viel strikter als bisher Regeln und ökonomische Zielkriterien über einen neuen europäischen Krisenkonstitutionalismus (Bieling 2013a)<sup>45</sup> implementieren will.

Im weiteren Verlauf des Europe 2020-Prozesses veröffentlichte der ERT noch einen Expertenbericht mit konkreten Reformvorschlägen für eine Verbesserung der europäischen Wettbewerbspolitik. Dieser eher technische Vorschlag folgte der Linie kompetitiver Deregulierung, indem eine vorsichtige Regulationspolitik und eher wettbewerbspolitische Lösungen aktueller politischen Problemen gefordert werden (ERT 2010b). Noch in 2010 wurden, ebenfalls im Rahmen des Europe 2020-Prozesses, weitere Vorschläge zur Umgestaltung der europäischen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik gemacht. Der ERT unterstützte die mit Europe 2020 gestartete EU-„Agenda for new skills and jobs“ (COM 2010b) mit einer eigenen Publikation. Die Forderungen des ERT sind dabei ebenfalls im Licht der schrittweisen Verschärfung der European Economic Governance zu sehen: Die zweite Phase der Implementation von Flexicurity – als Thema bereits Ende der 1990er Jahre relevant für die Kommission – wurde unter verschärfte Bedingungen gestellt. Der Kündigungsschutz soll deutlich abgebaut werden, um die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt in einer angespannten ökonomischen Situation zu erhöhen. Ebenso sollen Abfindungszahlungen im Sinne der Industrieunternehmen deutlich verringert und in neue Weiterbildungsprogramme investiert werden (ERT 2010c, 2). In diesem Zusammenhang wird auch

---

<sup>45</sup> Der neue europäische Konstitutionalismus wird dabei als „in erster Linie darauf ausgerichtet [...], die marktliberale Operationsweise des europäischen Wirtschaftsraumes zu verstetigen und zu stabilisieren“ (Bieling 2013a, 53). Dies beschreibt relativ genau die Vorstellungen des ERT im Bereich Governance (ERT 2010a, 12f.).

vor der Gefahr einer Überlastung von Sozialsystemen gewarnt und weniger Bürokratie in der Arbeitsmarktpolitik gefordert (ebd.).

Eng mit dem Thema der Flexibilisierung und Deregulierung von Arbeitsverhältnissen ist das Thema Bildung und Mobilität für den ERT verknüpft. Tatsächlich fungiert ein breiteres, effizienter gestaltetes und durch staatliche Mittel gefördertes Bildungs- und Weiterbildungsangebot sowie eine gewisse Flexibilität und Mobilität von Arbeitnehmern als das „(se)curity“ in Flexicurity: Das Fordern besserer Bildung für bessere Arbeitsmarktchancen bei gleichzeitiger Warnung vor einer Überlastung der Sozialsysteme spricht eine klare Sprache (vgl. ebd., 3). Auch die Forderungen nach Standardisierung und Übertragbarkeit von Qualifikationen sowie eine höhere Mobilität von Arbeitskräften innerhalb der EU untermauert dies (ebd.). Staatlicherseits sollen diese flexibilisierten und deregulierten Arrangements durch legislative und finanzielle Anreize gefördert werden (ebd., 5). Alles in allem gab der ERT also klar die Richtung der bisherigen neoliberalen Integrationslogik vor und passte sie an die Exit-Strategie und Europe 2020 an, sodass auch die Arbeitsmarktpolitik im Sinne einer weiterhin marktliberalen Ausgestaltung fortgesetzt wurde. In Krisenländern wie z.B. Italien ist es eben diese Strategie gewesen, die die Konflikte im austeritätspolitischen Diskurs der Krise wesentlich geprägt hat (vgl. Babić 2015).

Auf der Seite des transnationalen europäischen Industriekapitals war auch BE in die Diskussion und Implementation der Europe 2020-Strategie involviert. In einem Brief an die Kommission aus dem Januar 2010 (BE 2010a) wird klar gemacht, dass eine angemessene Exit-Strategie von Seiten der EU erwartet wird:

„[P]ublic interventions in the economy have reached their limits and Europe is lagging behind in the global upturn. To sustain growth, support job creation and restore the viability of public finances, Europe must embrace change and implement far-reaching reforms“ (ebd., 1).

Schon hier wurden zentrale Bausteine der austeritätspolitischen Lösung vorweggenommen: Die Wiederherstellung „gesunder“ Staatsfinanzen sowie weitreichende strukturelle Reformen sollen den Kern der europäischen Krisenbekämpfung darstellen. Gleichzeitig sollen die einzelnen Mitgliedsstaaten für ihren jeweiligen Fortschritt bei der Implementation dieser Forderungen direkt verantwortlich gemacht werden (ebd.); ebenso werden die Kommission, der Europäische Rat sowie das Parlament in die Pflicht genommen, genaue Kriterien und Zielvorgaben zu konstruieren, um die Messbarkeit des Fortschritts in den einzelnen Mitgliedsstaaten zu gewährleisten. Eine „true benchmarking culture“ (ebd., 3), „clear numerical targets“ (ebd.) und „a

more robust monitoring process by the Commission“ (ebd.) sind hierbei zentral. Diese rigorose Forderung nach einer verschärften Economic Governance wird auf die nach der Meinung von BE schwache und durchlässige Implementation während der Implementation des Lissabon-Prozesses im vorherigen Jahrzehnt zurückgeführt (ebd., 1). Die „urgency“ und der „focus“ fehlen BE in der Gestaltung von Europe 2020; um dies zu untermauern, wird zugleich eine Dopplung des erwarteten Wachstums von 1 auf 2% bis 2015 als Zielgröße ausgegeben (ebd., 2). Das grundlegende Ziel dieser Schritte verschweigt auch BE nicht: „[A] more effective system of governance can be put in place“ (ebd., 3).

Entsprechend der vorgegebenen Richtung gehören auch die finanzpolitische und makroökonomische Stabilität sowie Flexicurity zu den Kernforderungen des BE-Reports zur Europe 2020-Strategie („Putting Europe back on track“, BE 2010b). Im Report selbst wird zugleich die Frage nach „financial sustainability“ (ebd. 2) aufgegriffen (siehe auch BE, 2010a) und mit der Implementation von Strukturreformen gleichgesetzt. Die von BE identifizierten fünf Säulen einer erfolgreichen Krisenbekämpfung lesen sich dabei ähnlich wie beim ERT: finanzielle Stabilität, Nachhaltigkeit, Förderung von Innovation und Bildung, Strukturreformen im Arbeitsmarkt und die Gestaltung der globalen Herausforderungen für Europa (BE 2010b, 2). Bemerkenswert ist, dass BE den Nachhaltigkeitsdiskurs des ERT übernimmt und ebenso eine „nachhaltige“ Verschlinkung des Gesundheits- und Rentensektors fordert (ebd., 3). Auch Fiskaldisziplin als unabdingbares Moment einer schärferen Economic Governance wird hervorgehoben (ebd.). BE wird hier auch konkreter als der ERT, indem die Zielvorgaben des SWP wiederholt betont werden:

„A sound macroeconomic environment will be guaranteed by firmly anchoring inflation at 2% and by strong commitments to fight public deficits and prevent unsustainable current account positions.“ (ebd., 6).

“To increase its benefits, current and future members of the euro area will need to strengthen their collective responsibility as well as their individual commitments to fiscal discipline, structural reforms, sound and sustainable competitiveness and strong representation at the international level. Reinforced governance of the euro area will help to foster deeper market integration in the wider EU and an enhanced role for the euro as an anchor of global economic and financial stability” (ebd., 7)

Schließlich geht BE auch noch explizit auf den Gesetzgebungsprozess der EU selbst ein und fordert eine deutlich wettbewerbsorientiertere Gesetzgebung („substantially more conducive to competitiveness“, ebd., 10), wie sie im Verlaufe der Krise auch beschlossen wurde.

Im März 2010 veröffentlichte BE nochmals einen eigens auf die Schuldenproblematik bezogenes Positionspapier, das eine klare „exit“- bzw. „entry“-Strategie in der Eurokrise aufzeigt (BE 2010c). Ausgangspunkt ist die Zielvorgabe, durch ein im Schnitt zweiprozentiges Wachstum sowie einen im Schnitt dreiprozentigen primären Haushaltsüberschuss in der EU bis 2025 zu erreichen, um die Staatsschulden auf Vorkrisenniveau zu bringen (ebd., 3). Zu diesem Zweck formuliert BE zunächst eine Exit-Strategie aus der staatsinterventionistischen Krisenbearbeitung, die aus fünf zentralen Punkten besteht (vgl. ebd.):

- Verschärfung fiskalischer Regeln
- Einsparungen im öffentlichen Sektor
- Förderung von PPPs (*public-private partnerships*)
- Einschneidende Reform der Rentensysteme
- Deregulierung des Gesundheitssektors und Benchmarking

Dem gegenüber steht mit der Entry-Strategie ein Konzept, das Investitionen und Wachstum ankurbeln soll durch:

- Bessere Ausbildung und Flexicurity auf den Arbeitsmärkten
- Fokus öffentlicher Gelder auf Forschung&Entwicklung, Investitionserleichterungen durch *venture capital markets*
- Vorantreiben von klassischen und digitalen Infrastrukturprojekten
- Industriefreundliche Steuerreformen

Wie ersichtlich ist, spiegelt die Exit-Agenda des BE die Krisenbearbeitungsstrategie der EU in den folgenden Jahren wider. Die Entry-Strategie besteht ebenso aus marktliberalen Antworten auf die Krise, die den massiven Spar- und Deregulierungsvorhaben keine adäquate Wachstumsstrategie entgegensetzen. Als einige Zeit später (2012) der französische Präsidentschaftskandidat Hollande einen dem Fiskalpakt ebenbürtigen Wachstumspakt forderte, fand sich dieselbe Problematik wie hier vom BE unfreiwillig beschrieben wieder: Die einseitige Austerität und Strukturanpassung ist nicht in der Lage, die vom BE und ERT (und auch von den europäischen Institutionen) erhofften Wachstumsimpulse zu liefern, sondern verschärft und verlängert die Krise in der europäischen Peripherie. Was bleibt, ist die Sicherung der neoliberalen Integri-

onslogik, abseits der Krisen und Umbrüche der vergangenen Jahre. Des Weiteren ist die Motivation, die Überschuldung der Mitgliedsstaaten so schnell und radikal wie möglich zurückzufahren, auch eine strategisch-pragmatische Entscheidung: BE befürchtet eine falsche Allokation von knappen staatlichen Ressourcen und somit weniger Spielraum für Investitionen in Forschung&Entwicklung, berufliche Weiterbildung und Steuererleichterungen (ebd., 7).

Die „main recommendations“ (ebd., 8) des BE angesichts von Europe 2020 und den kommenden Auseinandersetzungen um die Economic Governance können also unter der Dreifachstrategie Austerität – Deregulierung – Strukturreformen zusammengefasst werden:

<b>Strategie</b>	<b>Maßnahmen</b>	<b>Erhoffte Wirkung</b>
<i>Exit-Strategie</i>	Verschärfte fiskalische Regeln; Ausgabenkürzungen; Austerität; Reform der Sozialsysteme (v.a. Gesundheit und Renten)	Reduktion der Staatsschulden auf 60% des BIP; Erhalt der neoliberalen Integrationsweise
<i>Entry-Strategie</i>	Investitionen in F&E; Steuerensenkungen; Infrastrukturprogramme; Bildungsinvestitionen	Neustrukturierung der Staatsausgaben; Verschlinkung des öffentlichen Sektors, um wettbewerbsfähig zu bleiben.
<i>Growth-Strategie</i>	Strukturreformen in Produkt- und Kapitalmärkten (Stabilisierung von Finanzmärkten); Deregulierung und Flexibilisierung von Arbeitsmärkten	Durchschnittliches Wachstum von 2% bis 2025; Primärüberschuss von 3% im selben Zeitraum

Abb. 7: Strategische Orientierung von BusinessEurope im Bereich Europe 2020 und vor der Reform der European Economic Governance, 2010. Eigene Darstellung nach BE 2010c, 10.

Die detaillierte Auflistung der konkreten Policy-Vorschläge zur Exit-Strategie liest sich dabei wie eine Blaupause für die Implementation der Strukturreformen und Austeritätspolitik in der Peripherie ab 2010: Es werden Maßnahmen zur Reduktion von Leistungsbilanzdefiziten ab 2011 gefordert; bis 2015 sollen diese dann vollends korrigiert werden. Die disziplinierende Economic Governance soll mit einer besseren statistischen Grundlage ausgestattet werden – unter anderem wird eine Verbesserung des europäischen statistischen Überwachungssystems gefordert (ebd., 15). Auch in der Forderung nach höherer Effizienz im öffentlichen Sektor finden sich sehr detail-



lierte und outputorientierte Maßnahmenvorschläge im Sinne des *New Public Management*. Benchmarkingprozesse, stärkeres Outsourcing von Behördenarbeit an externe, kostengünstige Dienstleister und die Forcierung von *Public-Private Partnerships* sind nur einige der Vorschläge zur Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung (ebd., 17f.). Auch im Bereich der Rentenreformen werden klare Leitlinien vorgegeben: stärkere Integration älterer ArbeitnehmerInnen in den Arbeitsmarkt, Erhöhung des Renteneintrittsalters, Abbau von Frühverrentungsmodellen (ebd., 21). Im Gesundheitssystem sollen u.a. die Kosten auf ein Minimum reduziert und auf PatientInnen, Staat und private Versicherer neu aufgeteilt werden; auch hier sollen Benchmarking-Prozesse den Rationalisierungsvorgang beschleunigen (ebd., 22f.). Auch der europäische Steuerwettbewerb soll gefördert und generelle Steuersenkungen auf Unternehmensebene angestrebt werden (ebd., 29). Dieser Auszug aus den konkreten Policy-Vorschlägen von BE verdeutlicht ebenso, wie bereits Anfang 2010 die Reform der neuen europäischen Economic Governance mit der Europe 2020-Strategie strategisch verknüpft wird.

Das transnationale europäische Finanzkapital in Form des EFR weist in der Transformation der Krise keine wesentliche Veränderung der Strategie bezüglich Finanzmarktregulierung und -integration auf. Der Prozess der Stabilisierung der Finanzmärkte und der Re-Regulierungsprozess liefen und laufen parallel zur Eurokrise ab (vgl. Heinrich 2015, 694), deren Kernthemen sich eher außerhalb dieser Regulierungsversuche befinden. Für das Industriekapital bleibt aber eine für Investitionen und Wachstum förderliche Umwelt in Form von stabilen Finanzmärkten wichtig (vgl. etwa BE 2010c, 13), weshalb eine fortgesetzte Re-Regulierung der Finanzmärkte bei gleichzeitigem Spielraum für *venture capital* (d.h. Risikokapital, vgl. ebd., 3; ERT 2010a, 5, 8f.) gefordert wurde.

*Die Durchsetzung der neuen Economic Governance: Europäisches Semester, Six-pack, Euro-Plus-Pakt und Fiskalpakt*

*Europäisches Semester*

Kurz nach der Implementation von Europe 2020 Mitte 2010 rückte die Reform der europäischen Economic Governance in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Noch im selben Jahr wurde auf Vorschlag der Kommission das Europäische Semester im Sinne einer Erweiterung des bestehenden SWP beschlossen (Ministerrat 2010). Das Europäische Semester stellt die Institutionalisierung eines Monitoring-Prozesses

auf europäischer Ebene dar, der die Haushalts- und Reformdisziplin der Mitgliedsstaaten überwachen und gegebenenfalls sanktionieren soll. Während zu Jahresbeginn die Kommission Vorschläge zur allgemeinen Wirtschafts- und Haushaltsentwicklung macht, sehen sich die Mitgliedsstaaten in der Lage, auf diese innerhalb von wenigen Monaten mit Policy-Vorschlägen zu reagieren. Die anschließende Diskussion und länderspezifische Empfehlung der Kommission soll dann entsprechend bis Jahresende von den Staaten jeweils national umgesetzt und im Folgejahr erneut auf den Prüfstein gestellt werden (vgl. Bieling 2013a, 54). Eine „Task Force“ unter der Leitung des Ratspräsidenten van Rompuy entwarf diese Strategie für die Kommission, die auch die vom ERT und BE bekannten Forderungen nach „fiscal sustainability“ (Task Force 2010, 1), weitergehender makroökonomischer Überwachung, der Stärkung europäischer Institutionen und eine verbesserte Governance enthält (ebd., 1ff.). Auf Seiten des BE wird dieser Schritt zu einem verstärkten „regelbasierten Sanktionsmechanismus“ (Konecny 2012, 383) ausdrücklich begrüßt (vgl. BE 2010d, 2), gleichzeitig aber eine schnellere und weitreichendere Reform der Economic Governance im Sinne einer austeritätspolitischen Umgestaltung, stärkerer Automatisierung von Abläufen bei Regelverstößen und besserer Überwachung von Mitgliedsstaaten gefordert (BE 2010d, 2f.). Interessanterweise äußert sich der ERT während dieser Phase der beschleunigten Reformen der Economic Governance nicht spezifisch zu einzelnen Beschlüssen oder Neuerungen, sondern verweist eher im Allgemeinen auf schnellere und entschiedener politische Entscheidungen im Sinne des vom ERT vorgelegten „Vision“-Konzeptes (vgl. etwa ERT 2011a, 2011b). Die Notwendigkeit einer „strict application of the revised Stability and Growth Pact“ (ERT 2011a, 1) wird neben anderen, eher langfristigen Strategien wie der europäischen Innovationsförderung, Energie- und Geschäftssicherheit oder globalen Rolle der EU (vgl. ERT 2011b, 2), am Rande erwähnt. Auch im Bereich der Strukturreformen äußert sich der ERT zu „Employability and Flexibility“ (ERT 2011c), bezieht dies aber auch eher auf allgemeine und langfristige Strukturmaßnahmen, die die EU als *global player* betreffen.

### *Sixpack*

Währenddessen verabschiedeten das Europäische Parlament sowie der Rat 2011 insgesamt sechs neue Regelungen, bestehend aus fünf Verordnungen und einer Richtlinie, um den seit 1997 bestehenden SWP noch weiter zu verschärfen. Der so genannte „Six Pack“ repräsentiert laut Kommission „the most comprehensive reinforcement of economic governance in the EU and the euro area since the launch of the Economic

Monetary Union almost 20 years ago” (COM 2011, 1). Der Six Pack umfasst im Wesentlichen die Automatisierung von Sanktionen bei übermäßigem Haushaltsdefizit, die striktere Anwendung der Schuldengrenze von 60% des BIP, einen *benchmarking*-Prozess zur präventiven Defizitbekämpfung sowie Instrumente zur Reduktion makroökonomischer Ungleichgewichte, d.h. im Wesentlichen fehlender Wettbewerbsfähigkeit (COM 2011). Insgesamt kann von einer Stärkung sowohl präventiver als auch korrektiver Elemente, einer verstärkten Überwachung der Mitgliedsstaaten sowie einer Automatisierung und Technokratisierung der Economic Governance gesprochen werden (vgl. Bieling 2013a, 54; Heinrich 2015, 698; Enderlein 2011, 38f.).

BE hatte bereits im Vorfeld einen Appell an das Europäische Parlament gerichtet, den Six Pack unbedingt anzunehmen<sup>46</sup>. Insgesamt lässt sich auch feststellen, dass die Forderungen von BE (vgl. BE 2010d, 2f.) nach klaren technischen Kriterien zur fiskalischen Disziplin, präventiven Maßnahmen im SWP, das 60%-Kriterium in Bezug auf die Staatsverschuldung, automatischen Sanktionen und stärkerer Überwachung umgesetzt wurden. Dementsprechend wurde der Six Pack auch von Seiten des BE gelobt (BE 2011c, 4).

### *Euro-Plus-Pakt*

Der im März 2011 beschlossene Euro-Plus-Pakt konstitutionalisiert als zusätzliche Krisenmaßnahme die Forderungen nach einer wettbewerbsorientierteren EU durch strengere Strukturreformen, um „Lohn- und Arbeitskosten [zu] senken, die Arbeitsmärkte [zu] flexibilisieren, die Sozialausgaben [zu] begrenzen oder [zu] reduzieren und darüber hinaus eine Konvergenz in Fragen der (Unternehmens-)Besteuerung“ (Bieling 2013a, 55) zu erreichen. Der Pakt ist dahingehend als weniger streng als die Verschärfung des SWP zu bewerten, da er eine Art Selbstverpflichtung der Mitgliedsstaaten darstellt und auch nicht von allen angenommen wurde (ebd., 54f.). Dennoch reflektiert er in anschaulicher Weise die Forderungen der transnationalen europäischen Elite nach schnelleren und tiefgreifenderen Strukturreformen, um die europäische Wettbewerbsfähigkeit anzukurbeln (vgl. etwa ERT 2010a, 5; ERT 2010c, 2; BE 2010b); entsprechend wird die Vereinbarung auch unter dem Namen „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ (Enderlein 2011, 40) geführt. Inhaltlich wird unter anderem das *monitoring* und die Anpassung von Lohnstückkosten sowie Produktivitätssteigerungen über die Öffnung geschützter Sektoren und Investitionen in Forschung&Entwick-

---

<sup>46</sup> In einem Brief an das Parlament steht als einziger fett gedruckter Satz: „BUSINESSEUROPE urges you to adopt this package without delay“ (BE 2011a, 1).

lung vorgeschlagen (Rat 2011, 8). Auch die vor allem vom ERT geforderte Implementation von Flexicurity, *lifelong learning* sowie Steuersenkungen auf den Faktor Arbeit werden diskutiert (ebd., 9). Des Weiteren spielen die Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen (*sustainability*; s. ERT 2010a), Reform der Rentensysteme und Finanzstabilität eine zentrale Rolle.

### *Fiskalpakt*

Die Implementation einer verschärften Economic Governance im Sinne von Austerität, Haushaltsdisziplin, Strukturreformen und Wettbewerbsfähigkeit als Hauptzielgröße von Wirtschaftspolitik war bereits Ende 2011 mit dem Euro-Plus-Pakt also sehr weit gediehen. Dennoch erreichte die Austeritätsagenda mit dem „Fiskalpakt“ im März 2012 ihren vorläufigen Höhepunkt in der Euro-Krise (Heinrich 2015, 698): Dieser schreibt den teilnehmenden Staaten<sup>47</sup> ein maximales strukturelles Defizit in Höhe von 0,5% des BIP vor, d.h. einen de facto ausgeglichenen Haushalt. Auch hier werden wieder automatische Sanktionen bei Nichteinhaltung verhängt. Des Weiteren verlangen die neuen Regelungen die Implementation des ausgeglichenen Haushalts in die nationalen Verfassungen (die sogenannte „Schuldenbremse“). Insofern kann man hier von einer erneuten, drastischen Verschärfung der Economic Governance sprechen, die die schon im Sixpack angelegte fiskalische und disziplinarische Strenge auf die Ebene der Nationalstaaten bringt (Bieling 2013a, 55).

BE äußerte sich hierbei ebenfalls erfreut über den Beschluss zum Fiskalpakt und forderte die europäischen Verantwortlichen sogleich zu weiteren Schritten in diese Richtung auf (BE 2011b). Insbesondere nachdem nun mit dem Fiskalpakt die Forderungen des transnationalen europäischen Industriekapitals weitestgehend implementiert wurden, orientierte sich die strategische Ausrichtung nun eher in Richtung pragmatischer „Euro“-Rettung: Trotz der sehr schnell und sehr drastisch durchgesetzten Verschärfung der Austeritätsagenda über die Reform der Economic Governance blieb die gemeinsame Währung ständig unter dem Druck der Finanzmärkte und trug einen großen Teil zum allgemeinen Krisenklima bei.

---

<sup>47</sup> Da neben Großbritannien auch Tschechien den Pakt nicht unterzeichnen wollte, einigte man sich in der übrigen EU auf einen Vertrag, der sich außerhalb der üblichen EU-Rechtsordnung bewegt (Bieling 2013a, 55).

### *„Reinforcing the Euro“: Der (vorläufig) letzte Akt der Krisenbearbeitung*

In der Darstellung der Krisendynamik darf nicht außen vor gelassen werden, dass das transnationale europäische Industriekapital zwar ein gewichtiges Interesse an einer austeritätspolitischen, neoliberal reformorientierten Lösung der europäischen Krise hat, gleichzeitig aber auch – wie in der ersten Krisenphase sowie bei der Bewertung der ungewohnten EZB-Politik gesehen – sehr pragmatisch mit auftauchenden Problemen umgehen kann. Die Bedrohung der gemeinsamen Währung war seit Krisenbeginn eine Gefahr, die sich durch ein Fortschreiten der Krise nur erhöht. Das Misstrauen gegenüber der Stabilität des Euro auf den Finanzmärkten sowie eine Schwächung der gemeinsamen Währung durch einen etwaigen „Grexit“ führen vor Augen, dass die Gefahr eines Auseinanderbrechens des Euro eine reale Option war. Eine Fortsetzung oder gar der Erhalt des erreichten Standes der europäischen Integration wäre ohne die gemeinsame Währung nur schwer vorstellbar. Daher nahm das transnationale europäische Industriekapital hier eine entschiedene Haltung für den Euro ein. Da aber die gleichzeitig geforderte Austeritäts- und Strukturagenda durch ihre destruktiven sozialen Folgen die neoliberale Integration mitsamt der gemeinsamen Währung bedroht, erfordert der Spagat zwischen der Forderung disziplinierender Eingriffe in die Economic Governance bei gleichzeitigem unbedingtem Festhalten am Euro eine pragmatische Herangehensweise (vgl. van Apeldoorn 2013, 197). Entsprechend hebt der damalige Generalsekretär von BE, Phillipe de Buck, in einer Ansprache Ende 2011 die „[i]mportance of the Euro“ (BE 2011c, 1) hervor: Vor allem im Bereich Wettbewerbsfähigkeit profitiert die EU vom Euro, so dass etwa Handelskosten in der Eurozone dadurch drastisch gesenkt werden, die Inflation stabilisiert und damit Planungssicherheit hergestellt wurde, Importkosten gesenkt und ausländische Direktinvestitionen gesteigert wurden (ebd.). Daher fordert BE zur Bewahrung des Euros und seiner Bedeutung weitere nationale Strukturereformen, die sich an den „Vorbildern“ in Kerneuropa (Deutschland, Österreich usw.) orientieren sollen. Es werden ausdrücklich die Neuerungen und Verschärfungen in der Economic Governance als wegweisend gelobt (ebd., 2). Gleichzeitig wird „room for a more radical overhaul“ (ebd., 3) gesehen: durch eine noch rigorosere Implementation von Austerität und Strukturereformen soll eine schnellere Erholung der Eurozone und die Stellung des Euros gesichert werden.

Der dabei anfallende Pragmatismus äußert sich auch darin, dass alles Erdenkliche zur Sicherung der gemeinsamen Währung getan werden muss: „We need to use all

means to support the Euro“ (BE 2011d, 1) bedeutet hierbei auch eine explizite Befürwortung der Stärkung des ESFS/ESM sowie die Unterstützung einer aktiven Geldpolitik der EZB. Sie soll weiterhin als *lender of last resort* für den Bankensektor fungieren und gleichzeitig auch Staatsanleihen angeschlagener Krisenländer aufkaufen, um diese zu stabilisieren (ebd.). Es werden sogar Eurobonds und eine Fiskalunion als langfristige Option für eine vertiefte europäische Economic Governance bewertet (ebd., 3; BE 2011f).

Insgesamt scheint BE die strukturellen Reformen, Austerität und Haushaltsdisziplin als Bedingung für die Bewahrung der gemeinsamen Währung zu sehen (vgl. etwa BE 2011e, 1), die aber weiterer, pragmatischer Regulierungen wie des ESM oder einer aktiven EZB bedarf. Entsprechend bilanziert BE die pragmatischste und zugleich gewichtigste Entscheidung der EZB zum theoretisch unbegrenzten Aufkauf von Staatsanleihen von Krisenländern („*Outright Monetary Transactions*“, OMT) positiv (BE 2013, 2). Mit der Ankündigung von EZB-Chef Draghi im Juli 2012<sup>48</sup> sowie der darauffolgenden Entscheidung der EZB im September, das OMT-Programm aufzunehmen, fand die akute Phase der europäischen Krise ein vorläufiges Ende. Im Folgenden verstetigte sich die Strategie der austeritätspolitischen Bearbeitung der Krise mitsamt ihren Problematiken und Widersprüchen; nur vereinzelt (etwa nach der Wahl der griechischen Syriza-Regierung 2015) brachen die Konflikte erneut auf.

#### *Ab Mitte 2012: Permanente Austerität, schwelende Konflikte*

Die zweite Krisenphase war somit von sehr zentralen Entscheidungen, die die europäische Economic Governance und mit ihr die gesamte Integrationsweise auf lange Zeit bestimmen werden, geprägt. Inmitten der größten Krise der EU und Eurozone verstanden es die Vertreter des transnationalen europäischen Industriekapitals ihre Forderungen und Lösungsstrategien erfolgreich im europäischen Diskurs und Vorgehen selbst zu platzieren. Auch hier, wie auch schon in der ersten Krisenphase und allgemein im Verlauf der Integration, ist eine „Arbeitsteilung“ von ERT und BE konstatierbar: BE äußerte sich konstant und auch eindeutig zu jeder Entscheidung und jeder Veränderung auf europäischer Ebene; er gelang ihnen, die Konstitutionalisierung der strukturellen Reformen, austeritätspolitischen Agenda, Haushaltsdisziplin und stärkerer europäischer Überwachung makroökonomischer Vorgänge in der europäi-

---

<sup>48</sup> Der EZB-Chef leitete auf dem Höhepunkt der Eurokrise Mitte 2012 eine vorläufige Beruhigung der Märkte und der Eurozone ein, indem er in seiner berühmt gewordenen Rede das OMT-Programm vorwegnahm: Die EZB „is ready to do whatever it takes to preserve the euro. And believe me, it will be enough“ (Draghi 2012).

schen Diskussion stark zu halten. Viele Policy-Vorschläge wurden identisch umgesetzt; viele andere wurden von BE ausdrücklich begrüßt. Gleichzeitig wurde ein besonders ausgeprägter Krisenpragmatismus deutlich, der zwar die neoliberale Integrationsweise durchgehend verteidigt, aber offensichtlich nicht aus ideologischen, sondern strategischen Gründen: Hierfür sprechen die relativ tiefgreifenden Forderungen an die EZB und Kommission, die weit über die bloße Stabilitätsorientierung der EZB hinausgehen und weitreichende Eingriffe mitten in der europäischen Krise fordern.

Die Rolle des ERT in dieser zweiten Krisenphase ist differenzierter zu bewerten. Gleich zu Beginn der „Staatsschuldenkrise“ wurden im Rahmen von Europe 2020 weitreichende strategische Vorschläge zur Absicherung des neoliberalen Integrationsmodus gemacht; so etwa das neu akzentuierte Nachhaltigkeitskonzept, die nach wie vor primäre Wettbewerbsorientierung der EU, aber auch weitere Konzepte wie die Rolle einer wettbewerbsfähigen Union im globalen Gesamtgefüge oder die langfristige Bedeutung von Forschung&Entwicklung für die künftige Innovationsfähigkeit (und damit für das Wachstumspotential) Europas. Diese „großen“ strategischen Fragen waren auch schon zuvor der zentrale Bestandteil der Arbeit des ERT und schlugen sich nach wie vor in den politischen Entscheidungen der europäischen Institutionen nieder. Bastiaan van Apeldoorn bilanziert sogar, dass der ERT mit seinem „Vision“-Bericht (ERT 2010a) die Blaupause für Europe 2020 geliefert habe (van Apeldoorn 2013, 195). Auch weniger tagespolitische Anliegen wie die Bewahrung der zentralen Rolle des Industriekapitals in Europas ökonomischem Gefüge (vgl. ERT 2011d), eine koordinierte Industriepolitik (ERT 2012a) oder die Forcierung von Freihandel (ebd.) sind strategische Ziele des ERT. Diese Übernahme der langfristigen Strategieplanung wird auch vom ehemaligen Vorsitzenden Peter Löscher (Siemens) wie folgt zusammengefasst:

„Much attention is currently being paid to short-term policy action, helping to master the most pressing challenges. Sustainable solutions, however, require strategic policy making, based upon a long term vision and a common, reliable data basis“ (ERT 2012b, 1)

Dass der ERT sich selbst als Hauptakteur dieser „sustainable solution“ sieht, dürfte aus dem Vorhergehenden klar sein. Dass er es schafft, kann unter anderem an der neoliberalen Fixierung der Krisenlösung gesehen werden, denn „the attempts to solve the crisis still follow the neoliberal script“ (van Apeldoorn 2013, 197).

Zu Beginn der zweiten Krisenphase und auch während der gesamten Krise war die Fokussierung der politischen Konflikte sehr stark auf den Gläubiger-Schuldner-Gegensatz ausgerichtet. Innerhalb dieses Konfliktes können die eindeutigen Positionen und Strategien der Peripherie auf der einen, des Kerns auf der anderen Seite klar herausgearbeitet werden. Wie man aber sah, gibt es neben dem „Gläubiger“-Interesse an einer austeritätspolitischen Krisenbearbeitung auch Strategien, die ähnliche Ziele aus anderer Motivation verfolgen: das transnationale europäische Kapital ist zwar nicht primär als Gläubiger in der Staatsschuldenkrise involviert, hat also kein strukturelles Interesse an einer austeritätspolitischen Lösung der Krise. Dennoch wurde ersichtlich, dass vor allem die langfristige Absicherung des neoliberalen Integrationspfades durch die hohen europäischen Legitimationsverluste in und vor der Krise (vgl. auch van Apeldoorn 2013, 194) gewährleistet werden sollte. Dies bedeutet, dass sowohl BE als auch ERT ähnliche Positionen wie die Gläubiger hinsichtlich der Austeritätspolitik einnehmen, jedoch die strategischen Interessenlagen unterschiedlich sind: Die Gläubigerstaaten, allen voran Deutschland, pochen vor allem aus Gründen der Glaubwürdigkeit und Legitimität europäischer Politik und ihrer Regeln auf eine strikte Einhaltung der sparpolitischen Agenda. Der ERT und BE jedoch positionieren sich hier „klassenbewusster“, indem sie die Forderungen nach Haushaltsdisziplin und kompetitiver Deregulierung und Austerität in einen größeren Zusammenhang und breiteren Zeithorizont (etwa: der ERT und „Vision 2025“) verorten. Dabei unterscheiden sich jeweils die Vorgehensweisen von ERT und BE, ohne sich grundsätzlich in der Sache zu widersprechen.

Insgesamt können die strategischen Orientierungen in der zweiten Krisenphase wie folgt zusammengefasst werden:



	<b>BusinessEurope</b>	<b>ERT</b>
<b>Strategische Orientierung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Sowohl kurz-als auch mittelfristig</li> <li>→ Sehr viele Kommentare zu konkreten Themen, Gipfeln und Abstimmungen.</li> <li>→ Extrem pragmatische Orientierung, etwa beim Thema Kompetenzerweiterung der EZB/“Eurorettung“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Eher langfristige strategische Ausrichtung</li> <li>→ Wenige Kommentare zu konkreten Vorgängen und Entscheidungen</li> <li>→ Vorgabe der „Leitlinien“ eines kompetitiven Europas; Arbeit an der Grundorientierung der Integration.</li> </ul>
<b>Geforderte Maßnahmen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Klares Bekenntnis zur Reform der Economic Governance</li> <li>→ starker Fokus auf Struktur-reformen und Fortsetzung der Austeritätspolitik</li> <li>→ Gleichzeitig weitreichende Forderungen wie Fiskalunion</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Im Wesentlichen Fokus auf Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit</li> <li>→ Strukturreformen, bessere europäische Governance, Innovationspolitik, Freihandel und Förderung der Exportindustrie.</li> </ul>
<b>Schwerpunkte der Diskussion</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Betonung der Alternativlosigkeit zu den beschlossenen Maßnahmen auf europäischer Ebene</li> <li>→ Fokus auf Europäisches Semester und Sixpack. Ebenso häufige Thematisierung des Euros und Binnenmarktes als Pfeiler neoliberaler Integration.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Prägung des „sustainability“-Diskurses: „nachhaltiges“ Haushalten und Reformen</li> <li>→ Die Rolle der EU in der Welt / in Konkurrenz mit anderen, wettbewerbsfähigen Regionen</li> <li>→ Innovationsklima und Bildungspolitik</li> </ul>

Abb. 8: Strategische Orientierungen von BE und ERT in der zweiten Krisenphase.

## 5. Fazit

In der vorliegenden Arbeit wurde versucht, die Entwicklungen in der Wirtschafts- und Finanzkrise in der EU aus Sicht der strategischen Orientierung des transnationalen europäischen Industriekapitals zu beleuchten. Hierzu war zunächst die Klärung der theoretischen Grundlage notwendig: Gibt es überhaupt Sinn, politische Entwicklungen aus einer „Klassenperspektive“ zu betrachten und wie ist dies überhaupt praktisch möglich? Die Fokussierung auf das transnationale europäische Industriekapital – sowie in der ersten Krisenphase die Vertreter der großen europäischen Banken und Versicherungen als transnationales europäisches Finanzkapital – war aus mehreren Gründen nötig: Zum einen kann politisches Handeln mit Klassencharakter, hier als *class agency* gefasst, nicht „Klassen“ als strukturellen Begriff vollständig umfassen.

Wie man sah, findet *class agency* nur unter bestimmten Bedingungen und nur bei Akteuren mit einer bestimmten Organisations- und Handlungsfähigkeit wie etwa dem ERT oder BE statt. Zum anderen kann dem europäischen Exportkapital bzw. dem finanziell-industriellen Komplex eine besondere Rolle in der Beeinflussung und Handlungsmacht in der historischen Entwicklung der europäischen Integration zugeschrieben werden (vgl. van Apeldoorn 2002). Auch empirische Untersuchungen heben die zentrale Rolle des ERT in der europäischen transnationalen kapitalistischen Elite hervor (vgl. Carroll et al 2010). In diesem Sinne ist ein Fokus auf diese Akteure zumindest nicht ungerechtfertigt. Schließlich kann als dritter Grund noch angeführt werden, dass die Untersuchung in dieser Arbeit selbst gezeigt hat, dass die Lobbyarbeit und politische Einflussversuche von Seiten des ERT und BE immens und die europäischen Institutionen für Vorschläge und strategische Anknüpfungspunkte offen sind.

Der zweite Teil der Arbeit versuchte eine historische Darstellung der Rolle dieser wichtigen Akteure des transnationalen europäischen Kapitals, seine faktische Eingebundenheit in die Integration der EU und die thematische und diskursive Prägung derselben. Es wurde deutlich, dass die neoliberale Integrationsweise seit Mitte der 1980er-Jahre sehr wesentlich vom Agenda-Setting dieser Gruppen mitbestimmt wurde und welche Logiken eine herausragende Rolle spielten: kompetitive Deregulierung und Austerität.

Schließlich wurde die aktuelle europäische Krise näher betrachtet und durch eine Phasierung der Krisenereignisse gezeigt, inwiefern sich die strategischen Orientierungen der transnationalen Akteure an dieser Krisendynamik abarbeiten. Es konnte festgestellt werden, dass die „Arbeitsteilung“ von ERT und BE, d.h. die strategisch-langfristige Planung einerseits und die konkrete, detaillierte Lobbyarbeit andererseits auch hier besonders deutlich in den Vordergrund tritt. Insgesamt waren beide Krisenphasen von einem starken Pragmatismus, aber auch von sehr klaren austeritätspolitischen und disziplinierenden Forderungen geprägt. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Annahme, das transnationale europäische Industriekapital würde sich strategisch auf den unbedingten Erhalt und sogar die Vertiefung der neoliberalen Integration festlegen (vgl. etwa van Apeldoorn 2013; Heinrich 2014, 249; Heinrich 2015, 699f.; Konecny 2012, 383) bestätigt werden kann: Sowohl in der staatsinterventionistischen Stabilisierung des Bankensystems zu Beginn der Krise, in der anschließenden Verschiebung der Krisenkosten auf öffentliche Institutionen und

der folgenden Vertiefung neoliberaler Politiken in der reformierten Economic Governance spiegeln sich die strategischen Präferenzen des transnationalen europäischen Industriekapitals wider. Die Forschungsfrage der Arbeit, ob der Lösungsversuch der Eurokrise – also im Wesentlichen Austeritätspolitik und die Vertiefung neoliberaler Prinzipien – als strategisches Projekt im Sinne des transnationalen europäischen Kapitals gelten kann, kann zumindest für das exportorientierte Industriekapital bejaht werden. Schließlich kann festgestellt werden, dass auch aus dieser akteurszentrierten Perspektive eine sinnvolle Rekonstruktion der Krisendynamiken, ergänzend zur strukturellen Lesart, möglich und nötig ist.

Was hingegen im Rahmen der Arbeit nicht beantwortet werden konnte, ist die weitergehende Frage nach dem tatsächlichen, messbaren Einfluss der transnationalen Kapitalfraktionen auf die Krisenbearbeitung der EU. Dies würde etwa eine genaue Analyse der wichtigsten Diskurse, eine Nachzeichnung der genauen Abläufe während der Kompromissfindung (etwa auch durch Interviews mit Beteiligten) sowie ein angemessenes theoretisches Erklärungsmodell erfordern, das einen (kausalen) Zusammenhang zwischen der strategischen Orientierung des transnationalen Kapitals und den Entscheidungen der Kommission, des Rates und Europäischen Parlaments postuliert.

Weiterhin fehlt gänzlich die Bearbeitung der „eigentlichen“ Umsetzung der Austeritäts- und Anpassungsprozesse in den Krisenländern, d.h. auf nationalstaatlicher Ebene. Dies liegt zwar zum einen daran, dass der europäische, also transnationale Kontext und somit der Bewegungsspielraum des transnationalen Kapitals und nicht die Ebene der Nationalstaaten in den Blick genommen wurde. Gleichzeitig muss aber festgestellt werden, dass die Auseinandersetzungen, Krisen und Konflikte um die austeritätspolitische Krisenlösung im Wesentlichen von dieser Ebene herrühren: Erst die Konflikte und der Widerstand in weiten Teilen der Peripherie, etwa Griechenland und Spanien, befeuerten die Diskussion um den richtigen politischen Umgang mit dieser tiefgreifenden Krise. Im Grunde müsste, in einer breiteren Analyse, diese Ebene mit den Entwicklungen auf der europäischen Ebene verknüpft und in eine mehrschichtige Krisenanalyse implementiert werden.

Ebenso wurden in dieser Arbeit nicht die Umkämpftheit der Krisenbearbeitung, die Positionierung der verschiedenen Konfliktparteien und die grundsätzliche Legitimationskrise der neoliberalen Integrationsweise diskutiert. Es sind aber gerade diese Auseinandersetzungen, die die politische Wirklichkeit und ihre Ergebnisse prägen

und verständlich machen. Von daher muss auch das hier Festgehaltene in diesen größeren Kontext eingebettet werden, um eine sinnvolle Ergänzung der Diskussion um die Fortführung der Europäischen Integration leisten zu können.

## 6 Literaturverzeichnis

Aglietta, Michel (1987): A theory of capitalist regulation. The US experience. London: Verso.

Ambrosius, Gerold (1996): Wirtschaftsraum Europa. Vom Ende der Nationalökonomien. Frankfurt a. M.: Fischer.

AMUE (1989): A Single Currency for Europe. Economic Policy and Financial Choices. Rom.

Babić, Milan (2015): Italien: Ohnmächtig in die permanente Krise? In: Hans-Jürgen Bieling und Daniel Buhr (Hg.): Europäische Welten in der Krise. Arbeitsbeziehungen und Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Frankfurt am Main: Campus-Verlag (Labour Studies, 11), S. 137–164.

- Ders. (2016): Austeritätspolitik und Krisenmanagement in der Euro-Krise. Seminararbeit zum Masterseminar "Europäisches Wirtschaftsregieren" im Wintersemester 2014/15. Dozent: T. Haas. Institut für Politikwissenschaft, Eberhard-Karls Universität Tübingen.

Balanyá, Belén/Doherty, Ann/Hoedeman, Olivier/Ma'anit, Adam/Wesselius, Erik (2003): Europe Inc. Regional and global restructuring and the rise of corporate power. Zweite Auflage, London: Pluto Press.

- Dies. 2004: A critical theory route to hegemony, world order and historical change: neo-Gramscian perspectives in International Relations. In: Capital & Class 28 (1), S. 85-113.

BE (2009a): BusinessEurope Priorities for the European Economic Recovery. Meeting with Michael Glos, Minister of Economics and Technology. BE. Online verfügbar unter <https://www.bussinesseurope.eu/sites/buseur/files/media/imported/2009-00156-E.pdf>, zuletzt überprüft am 24.07.2016.

- Dies. (2009b): Companies' access to finance: a European action plan. BE. Online verfügbar unter <https://www.bussinesseurope.eu/sites/buseur/files/media/imported/2009-00810-E.pdf>, zuletzt überprüft am 24.07.2016.

- Dies. (2009c): Business perspective on financial market reforms: Towards financial stability and sustainable growth. BE. Online verfügbar unter <https://www.->

businessseurope.eu/sites/buseur/files/media/imported/2009-01955-E.pdf, zuletzt überprüft am 24.07.2016.

- Dies. (2010a): EU 2020 Strategy: Response to Commission´s Consultation. BE. Online verfügbar unter [http://ec.europa.eu/dgs/secretariat\\_general/eu2020/docs/businessseurope\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/eu2020/docs/businessseurope_en.pdf), zuletzt überprüft am 16.07.2016.
- Dies. (2010b): Putting Europe Back on Track. European Growth and Jobs Strategy post-2010. BE. Online verfügbar unter [http://ec.europa.eu/dgs/secretariat\\_general/eu2020/docs/businessseurope\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/eu2020/docs/businessseurope_en.pdf), zuletzt überprüft am 16.07.2016.
- Dies. (2010c): Combining fiscal sustainability and growth: a European action plan. BE. Online verfügbar unter <https://www.businessseurope.eu/sites/buseur/files/media/imported/2010-00765-E.pdf>, zuletzt überprüft am 18.07.2016.
- Dies. (2010d): Declaration on Economic Governance: Reform is Essential to Restore Confidence and Growth. BE. Online verfügbar unter <https://www.businessseurope.eu/sites/buseur/files/media/imported/2010-02177-E.pdf>, zuletzt überprüft am 24.07.2016.
- Dies. (2011a): "6-pack", a package of instruments to strengthen the Stability and Growth Pact and Europe's economic governance - Letter from Philippe de Buck to all MEPs ahead of their vote in plenary session in Strasbourg. BE. Online verfügbar unter <https://www.businessseurope.eu/sites/buseur/files/media/imported/2011-01324-E.pdf>, zuletzt überprüft am 24.07.2016.
- Dies. (2011b): Euro Area Agreement Supported by European Business. BE. Online verfügbar unter <https://www.businessseurope.eu/sites/buseur/files/media/imported/2011-01783-E.pdf>, zuletzt überprüft am 24.07.2016.
- Dies. (2011c): Overcoming the Crisis: Towards a Policy Programme for Sustainable Recovery. Towards Sustainable Growth and Employment: The EU Budget and the Europe 2020 Strategy. Adress by Philippe de Buck. BE. Online verfügbar unter <https://www.businessseurope.eu/sites/buseur/files/media/imported/2011-01623-E.pdf>, zuletzt überprüft am 24.07.2016.

- Dies. (2011d): Business' Plan for Reinforcing the Euro. BE. Online verfügbar unter <https://www.businessseurope.eu/sites/buseur/files/media/imported/2011-01758-E.pdf>, zuletzt überprüft am 24.07.2016.
  - Dies. (2011e): European Decisions are Key to Restoring Confidence and Growth. BE. Online verfügbar unter <https://www.businessseurope.eu/sites/buseur/files/media/imported/2011-01494-E.pdf>, zuletzt überprüft am 24.07.2016.
  - Dies. (2011f): European Companies Call for Budgetary Union to Reinforce the Euro. BE. Online verfügbar unter <https://www.businessseurope.eu/sites/buseur/files/media/imported/2011-01761-E.pdf>, zuletzt überprüft am 24.07.2016.
  - Dies. (2013): Economic Governance and the Euro. Position Paper. BE. Online verfügbar unter <https://www.businessseurope.eu/sites/buseur/files/media/imported/2013-00473-E.pdf>, zuletzt überprüft am 24.07.2016.
  - Dies. (2014): 10 Priorities to Boost Investment, Growth and Employment. What Companies Expect from the New Commission. BE. Online verfügbar unter <https://www.businessseurope.eu/sites/buseur/files/media/imported/2014-00976-E.pdf>, zuletzt überprüft am 24.07.2016.
- Becker, Joachim/Jäger, Johannes (2011): European Integration in Crisis: the Centre-Periphery Divide. Paper to be presented at 17th Euromemo Workshop on Alternative Economic Policy, Vienna, 16-18.9.2011.
- Becker, Joachim/Jäger, Johannes (2012): Integration in crisis. A regulationist perspective on the interaction of European varieties of capitalism. In: *Competition & change : the journal of global business and political economy* 16 (3), S. 169–187.
- Bieler, Andreas/Morton, Adam David (Hg.) 2001: *Social Forces in the Making of the New Europe. The Restructuring of European Social Relations in the Global Political Economy*. Houndmills, Basingstoke/New York: Palgrave."
- Bieling, Hans-Jürgen (2003): Social forces in the making of the new European economy. The case of financial market integration. In: *New Political Economy* 8 (2), S. 203–224.

- Ders. (2010): Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union. Wiesbaden: VS-Verlag
- Ders. (2011): Vom Krisenmanagement zur neuen Konsolidierungsagenda der EU. In: PROKLA 41 (2), S. 173–194.
- Ders. (2013): Zum gesellschafts- und integrationspolitischen Charakter des europäischen Krisenkonstitutionalismus. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 26 (1), S. 51–60.

Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (1996): Gramscianismus in der Internationalen Politischen Ökonomie: eine Problemskizze. In: Das Argument 38 (5/6), S. 729–740.

Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (2000): Hegemoniale Projekte im Prozeß der Europäischen Integration. In: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 102–130.

Blyth, Mark (2013a): Austerity. The history of a dangerous idea. Oxford, New York: Oxford University Press.

- Ders. (2013b): Austerity as ideology: A reply to my critics. In: Comparative European Politics 11 (6), S. 737–751.

Bornschieer, Volker (Hg.) (2000a): State-building in Europe. The revitalization of European integration. Cambridge: Cambridge University Press.

- Ders. (2000b): Western Europe's move toward political union. In: Ders. (Hg.): State-building in Europe. The revitalization of European integration. Cambridge: Cambridge University Press, S. 3–37.

Callinicos, Alex 2012: Contradictions of Austerity. In: *Cambridge Journal of Economics* 36 (1), 65–77.

Cafruny, Alan W./Ryner, Magnus (2007): Monetary Union and the Transatlantic and Social Dimensions of Europe's Crisis. In: *New Political Economy* 12 (2), S. 141–165.

Carroll, William K. (2010): The making of a transnational capitalist class. Corporate power in the twenty-first century. London, New York: Zed Books.



- Carroll, William K./Fennema, Meindert/Heemskerk, Eelke M. (2010): Constituting Corporate Europe: A Study of Elite Social Organization. In: *Antipode* 42 (4), S. 811–843.
- Christova, Alina (2011): The European Stability Mechanism: Progress or Missed Opportunity? In: *Baltic Journal of European Studies* 1 (2), S. 49–58.
- Collignon, Stefan/Schwarzer, Daniela (2003): Private sector involvement in the euro. The power of ideas. London, New York: Routledge.
- COM (2010a): Europe 2020: A European strategy for smart, sustainable and inclusive growth. Communication from the European Commission. European Commission. Online verfügbar unter <http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20EN%20BARROSO%20%20%20007%20-%20Europe%202020%20-%20EN%20over-sion.pdf>, zuletzt geprüft am 20.07.2016.
- Dies. (2010b): Citizens' summary: An Agenda for New Skills and Jobs. European Commission. Online verfügbar unter <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=6329&langId=en>, zuletzt geprüft am 19.07.2016.
  - Dies. (2011): EU Economic governance "Six-Pack" enters into force. Memo/11/898 of the European Commission. European Commission. Online verfügbar unter [http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-11-898\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-11-898_en.htm), zuletzt geprüft am 19.07.2016.
- Cowles, Maria Green (1995): Setting the Agenda for a New Europe: The ERT and EC 1992. In: *Journal of Common Market Studies* 33 (4), S. 501–526.
- Cox, Robert W. (1981): Social forces, states and world orders. Beyond international relations theory. In: *Millennium - Journal of International Studies* 10 (2), S. 126–155.
- Ders. (1983): Gramsci, Hegemony and IR: An Essay in Method. In: *Millennium - Journal of International Studies* 12 (2), S. 162–175.
- Cox, Robert W./ Sinclair, Timothy J. (1999): Approaches to world order. Reprinted. Cambridge: Cambridge Univ. Press (Cambridge studies in International Relations, 40).
- Crouch, Colin (2011): The strange non-death of neoliberalism. Cambridge: Polity Press.

Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.) (2011): Vielfach-Krise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA-Verlag.

Demirović, Alex/Sablowski, Thomas (2012): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa In: PROKLA 166 (42), S. 77 – 106.

Draghi, Mario (2012): Speech by Mario Draghi, President of the European Central Bank at the Global Investment Conference in London, 26 July 2012. Verbatim of the remarks. EZB/ECB. Online verfügbar unter <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2012/html/sp120726.en.html>, zuletzt überprüft am 12.07.2016.

Easton, David (1965): A systems analysis of political life. New York: Wiley.

EFR (2008): Message from EFR regarding turmoil in financial markets. EFR. Online verfügbar unter <http://www.efr.be/documents%5Cpublication%5C46.2008.04.%20Letter%20to%20Minister%20of%20Finance%20Turmoil%2017April2008.pdf>, zuletzt überprüft am 21.07.2016.

- Ders. (2009a): EFR input for the de Larosière Group. EFR. Online verfügbar unter <http://www.efr.be/documents%5Cpublication%5C55.2009.02.%20EFR%20letter%20to%20de%20Larosiere%2010.02.2009.pdf>, zuletzt überprüft am 18.07.2016.

- Ders. (2009b): Contribution of the EFR to the G20 process. EFR. Online verfügbar unter <http://www.efr.be/documents%5Cpublication%5C56.2009.03.%20EFR%20contribution%20to%20the%20G20%20process%2009.03.2009.pdf>, zuletzt überprüft am 24.07.2016.

- Ders. (2009c): EFR response to the European Commission's communication on European financial supervision. EFR. Online verfügbar unter <http://www.efr.be/documents%5Cpublication%5C58.2009.07.%20EFR%20response%20to%20the%20EC%20communication%20on%20European%20financial%20supervision%2015.07.2009.pdf>, zuletzt überprüft am 24.07.2016.

Enderlein, Henrik (2011): Welche Economic Governance für Europa? Die Vorschläge zur wirtschaftspolitischen Steuerung im Euroraum. In: Weidenfeld Werner/ Wessels, Wolfgang (Hg.): Jahrbuch der Europäischen Integration. Baden-Baden: Nomos, S. 37–44.

ERT: Homepage. Online verfügbar unter <http://www.ert.eu>, zuletzt geprüft am 12.07.2016.

- Ders. (2009): ERT message to the Informal European Council meeting (1 march 2009). ERT. Online verfügbar unter [http://www.ert.eu/sites/ert/files/generated/files/document/2009\\_letter\\_to\\_the\\_informal\\_european\\_council\\_meeting\\_-\\_1\\_march\\_2009.pdf](http://www.ert.eu/sites/ert/files/generated/files/document/2009_letter_to_the_informal_european_council_meeting_-_1_march_2009.pdf), zuletzt geprüft am 14.07.2016.
- Ders. (2010a): ERT's Vision for a Competitive Europe in 2025. With Recommendations for Policy Action. ERT. Online verfügbar unter [http://www.ert.eu/sites/ert/files/generated/files/document/ert\\_vision\\_report\\_final\\_2010.pdf](http://www.ert.eu/sites/ert/files/generated/files/document/ert_vision_report_final_2010.pdf), zuletzt geprüft am 14.07.2016.
- Ders. (2010b): Challenges in EU Competition Policy. ERT. Online verfügbar unter [http://www.ert.eu/sites/ert/files/generated/files/document/2010-03\\_competition\\_policy\\_report\\_final.pdf](http://www.ert.eu/sites/ert/files/generated/files/document/2010-03_competition_policy_report_final.pdf), zuletzt geprüft am 16.07.2016.
- Ders. (2010c): Employability & Flexibility. ERT. Online verfügbar unter [http://ert.eu/sites/ert/files/generated/files/document/2010\\_employability\\_and\\_flexibility\\_leaflet\\_final\\_version\\_2010.pdf](http://ert.eu/sites/ert/files/generated/files/document/2010_employability_and_flexibility_leaflet_final_version_2010.pdf), zuletzt geprüft am 12.07.2016.
- Ders. (2011a): ERT Quick Wins for 2011. ERT. Online verfügbar unter [http://www.ert.eu/sites/ert/files/generated/files/document/ert\\_quick\\_wins\\_2011.pdf](http://www.ert.eu/sites/ert/files/generated/files/document/ert_quick_wins_2011.pdf), zuletzt geprüft am 25.07.2016.
- Ders. (2011b): Europe needs faster transformation to remain a leading global economy. ERT Press Release. Online verfügbar unter [http://ert.eu/sites/ert/files/generated/files/document/ert\\_press\\_release\\_-\\_quick\\_wins\\_2011.pdf](http://ert.eu/sites/ert/files/generated/files/document/ert_press_release_-_quick_wins_2011.pdf), zuletzt geprüft am 22.07.2016.
- Ders. (2011c): Flexibility and Employability. ERT. Online verfügbar unter [http://www.ert.eu/sites/ert/files/generated/files/document/final\\_policy\\_document\\_flexibility.pdf](http://www.ert.eu/sites/ert/files/generated/files/document/final_policy_document_flexibility.pdf), zuletzt geprüft am 21.07.2016.
- Ders. (2011d): Industry: Europe's Future. ERT. Online verfügbar unter [http://ert.eu/sites/ert/files/generated/files/document/industry\\_europes\\_future.pdf](http://ert.eu/sites/ert/files/generated/files/document/industry_europes_future.pdf), zuletzt geprüft am 25.07.2016

- Ders. (2012a): *Creating Growth in Europe*. ERT. Online verfügbar unter [http://www.ert.eu/sites/ert/files/generated/files/document/2012\\_january\\_-\\_ert\\_statement\\_on\\_creating\\_growth\\_in\\_europe.pdf](http://www.ert.eu/sites/ert/files/generated/files/document/2012_january_-_ert_statement_on_creating_growth_in_europe.pdf), zuletzt geprüft am 24.07.2016.

- Ders. (2012b): *Benchmarking progress towards a competitive Europe. Monitoring achievement of ERT's vision for a competitive Europe in 2025*. ERT. Online verfügbar unter [http://www.ert.eu/sites/ert/files/generated/files/document/ert\\_benchmarking\\_booklet\\_2011\\_final.pdf](http://www.ert.eu/sites/ert/files/generated/files/document/ert_benchmarking_booklet_2011_final.pdf), zuletzt geprüft am 25.07.2016.

EZB (2015): *Finanzmarktintegration in Europa gewinnt laut EZB-Bericht wieder an Fahrt*. EZB Pressemitteilung. Frankfurt (am Main). Online verfügbar unter [https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/EZB\\_Pressemitteilungen/2015/2015\\_04\\_27\\_finanzmarktintegration\\_in\\_europa.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/EZB_Pressemitteilungen/2015/2015_04_27_finanzmarktintegration_in_europa.pdf?__blob=publicationFile), zuletzt geprüft am 14.07.2016.

Dullforce, Anne-Britt (2015): *FT 500 2015 Introduction and methodology*. Online verfügbar unter <http://www.ft.com/cms/s/2/1fda5794-169f-11e5-b07f-00144feabd-co.html#axzz4FNPRg25W>, zuletzt geprüft am 25.07.2016.

Flassbeck, Heiner/Lapavitsas, Costas (2015): *Against the troika. Crisis and austerity in the Eurozone*. London, New York: Verso.

Fortune 500 (2016): *The Fortune 500*. Online verfügbar unter <http://beta.fortune.com/fortune500>, zuletzt geprüft am 29.06.2016.

Gallie, W. B. (1956): *Essentially Contested Concepts*. In: *Proceedings of the Aristotelian Society* (56), S. 167–198.

Giddens, Anthony (1976): *New rules of sociological method. A positive critique of interpretative sociologies*. New York: Basic Books.

- Ders. (1985): *The constitution of society. Outline of the Theory of Structuration*. Cambridge: Polity Press.

Gill, Stephen (Hg.) (1993): *Gramsci, historical materialism and international relations*. Cambridge [UK], New York: Cambridge University Press.

- Ders. (2001): *Constitutionalising Capital: EMU and Disciplinary Neo-Liberalism*. In: Bieler, Andreas/Morton, Adam David (Hg.): *Social Forces in the Making of the New Europe*. Basingstoke [UK]: Palgrave Macmillan, S. 47–69.

- Gowan, Peter (1999): *The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance*. London, New York: Verso.
- Grauwe, Paul de (2013a): *Design Failures in the Eurozone: Can they be fixed?* LSE 'Europe in Question' Discussion Paper Series. Paper No. 57/2013.
- Ders. (2013b): *The Political Economy of the Euro*. In: *Annual Review of Political Science* 16, S. 153–170.
- Hartmann, Michael (2003): *Nationale oder transnationale Eliten? Europäische Eliten im Vergleich*. In: Hradil, Stefan/Imbusch, Peter (Hg.): *Oberschichten, Eliten, herrschende Klassen*. Opladen: Leske + Budrich, S. 273–298.
- Heemskerk, Eelke/Takes, Frank W. (2016): *The corporate elite community structure of Global Capitalism*. In: *New Political Economy* 21 (1), S. 90–118.
- Heemskerk, Eelke M./Daolio, Fabio/Tomassini, Marco (2013): *The Community Structure of the European Network of Interlocking Directorates*. In: *PLoS ONE* 8 (7).
- Heinrich, Mathis (2012): *Zwischen Bankenrettungen und autoritärem Wettbewerbsregime. Zur Dynamik des europäischen Krisenmanagements*. In: *PROKLA* 42 (3), S. 395–412.
- Ders. (2014): *Das transnationale Kapital und die Bearbeitung der Krise(n) in der Europäischen Union*. In: *PROKLA* 44 (2), S. 237–254.
  - Ders. (2015): *EU Governance in Crisis: A Cultural Political Economy Perspective on European Crisis Management 2007–2014*. In: *Comparative European Politics* 13 (6), S. 682–706.
- Higgott, Richard A./Underhill, Geoffrey R. D./Bieler, Andreas (1999): *Introduction: globalisation and non-state actors*. In: Dies. (Hg.): *Non-state actors and authority in the global system*. London, New York: Routledge, S. 1–12.
- Hirsch, Joachim (1985): *Fordismus und Postfordismus. Die gegenwärtige gesellschaftliche Krise und ihre Folgen*. In: *Politische Vierteljahresschrift* 26 (2), S. 160–182.
- Hirsch, Joachim/Kannankulam, John (2006): *Poulantzas und Formanalyse. Zum Verhältnis zweier Ansätze materialistischer Staatstheorie*. In: Bretthauer, Lars (Hg.):

Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie. Hamburg: VSA-Verlag, S. 65–81.

Holmwood, John/Stewart, Alexander (1991): *Explanation and social theory*. London: MacMillan Press.

Hradil, Stefan (1992): Schicht, Schichtung und Mobilität. In: Korte, Hermann (Hg.): *Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie*. Opladen: Leske + Budrich, S. 145–164.

IMF (2016): *Greece: Preliminary Debt Sustainability Analysis. Updated Estimates and Further Considerations*. IMF Country Report (No. 16/130). Online verfügbar unter <https://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2016/cr16130.pdf>, zuletzt geprüft am 25.07.2016.

Jahn, Detlef (2006): *Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag.

Jessop, Bob (2001): *Regulation theory and the crisis of capitalism*. Cheltenham, Northampton: Elgar Pub.

-       Ders. (2008): *State power. A strategic-relational approach*. Cambridge: Polity Press.

-       Ders. (2011): Der ökonomische Determinismus – neu betrachtet. In: *PROKLA* 41 (4), S. 579–596.

-       Ders. (2013): Putting neoliberalism in its time and place. A response to the debate. In: *Social Anthropology* 21 (1), S. 65–74.

Joas, Hans (1986): Giddens Theorie der Strukturbildung. Einführende Anmerkungen zu einer soziologischen Transformation der Praxisphilosophie. In: *Zeitschrift für Soziologie* 15 (4), S. 237–245.

Konecny, Martin (2012): Die Herausbildung einer neuen Economic Governance als Strategie zur autoritären Krisenbearbeitung in Europa. Gesellschaftliche Akteure und ihre Strategien. In: *PROKLA* 42 (3), S. 377–394.

Kottasova, Ivana (2015): Greek debt crisis: Who has most to lose? CNN Money. Online verfügbar unter <http://money.cnn.com/2015/01/28/investing/greek-debt-who-has-most-to-lose/>, zuletzt geprüft am 22.07.2016.

Lamla, Jörn (2003): *Anthony Giddens*. Frankfurt am Main: Campus.

Lange, Stefan/Braun, Dietmar (2000): Politische Steuerung zwischen System und Akteur. Eine Einführung. Opladen: Leske + Budrich.

Lindenlaub, Dieter (2011): Für eine stabile Gemeinschaftswährung. Die Bundesbank in der Geschichte der europäischen Währungsintegration. Aufsatz zum Jubiläum "Zehn Jahre Euro". Bundesbank. Online verfügbar unter [http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Bundesbank/Aufgaben\\_und\\_Organisation/10\\_Jahre\\_Euro/fuer\\_eine\\_stabile\\_gemeinschaftswaehrung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Bundesbank/Aufgaben_und_Organisation/10_Jahre_Euro/fuer_eine_stabile_gemeinschaftswaehrung.pdf?__blob=publicationFile), zuletzt geprüft am 27.01.2016.

Marx, Karl/Engels, Friedrich (1972): Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: Dies.: Werke, Band 8. Berlin: Dietz, S. 111 – 207.

Merkel, Angela (2008): Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zur Lage auf den Finanzmärkten vor dem Deutschen Bundestag am 7. Oktober 2008 in Berlin. Bulletin der Bundesregierung Nr. 104-1 vom 7. Oktober 2008. Bundesregierung. Online verfügbar unter [https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2008/10/Anlagen/104-1-bkin.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2008/10/Anlagen/104-1-bkin.pdf?__blob=publicationFile&v=1), zuletzt geprüft am 15.07.2016.

Ministerrat (2010): Mitteilung an die Presse. 3030. Tagung des Rates Wirtschaft und Finanzen. Ministerrat. Online verfügbar unter [https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&cad=rja&uact=8&ved=oahUKEwjzhfitIYzOAhXF1CwKHSYDCq8QFggeMAA&url=https%3A%2F%2Fwww.consilium.europa.eu%2Fuedocs%2Fcms\\_data%2Fdocs%2Fpressdata%2Fde%2Fecofin%2F116506.pdf&usg=AFQjCNGbk-domTskE6wVq-mVioZyD89jzA](https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&cad=rja&uact=8&ved=oahUKEwjzhfitIYzOAhXF1CwKHSYDCq8QFggeMAA&url=https%3A%2F%2Fwww.consilium.europa.eu%2Fuedocs%2Fcms_data%2Fdocs%2Fpressdata%2Fde%2Fecofin%2F116506.pdf&usg=AFQjCNGbk-domTskE6wVq-mVioZyD89jzA), zuletzt geprüft am 21.07.2016.

Mirowski, Philip (2013): Never let a serious crisis go to waste. How Neoliberalism survived the financial meltdown. London: Verso Books.

Nollert, Michael (2004): Transnationale Wirtschaftseliten: Das Netzwerk des European Round Table of Industrialists. In: Hitzler, Ronald (Hg.): Elitenmacht. Wiesbaden: VS Verlag, S. 91–104.

Offe, Claus (1972): Klassenherrschaft und politisches System. Die Selektivität politischer Institutionen. In: Ders. (Hg.): Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 65–105.

Overbeek, Henk (2012): Sovereign Debt Crisis in Euroland: Root Causes and Implications for European Integration. In: *The International Spectator* 47 (1), S. 30–48.

Poulantzas, Nikos A. (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus*. Hamburg: VSA-Verlag.

Rat (2011): *Schlussfolgerungen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten des Euro-Währungsgebietes vom 11. März 2011*. Europäischer Rat. Online verfügbar unter

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/119824.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/119824.pdf), zuletzt geprüft am 23.07.2016.

Reckwitz, Andreas (2007): Anthony Giddens. In: Kaesler, Dirk (Hg.): *Klassiker der Soziologie. Von Talcott Parsons bis Anthony Giddens*. 5., überarb. und aktualisierte Auflage. München: C.H. Beck, S. 311–337.

Rittberger, Volker/Zangl, Bernhard/Kruck, Andreas (2013): *Internationale Organisationen*. 4. Aufl. 2013. Wiesbaden: Springer.

Robinson, William I. (2005): Gramsci and Globalisation: From Nation-State to Transnational Hegemony. In: *Critical Review of International Social and Political Philosophy* 8 (4), S. 1–16.

Sarkozy, Nicolas (2008): *Rede von Staatspräsident Nicolas Sarkozy zur internationalen Finanzkrise (Auszüge)*. Toulon, 25. September 2008. Französische Botschaft Berlin. Online verfügbar unter [http://www.ambafrance-de.org/IMG/pdf\\_sarkozy\\_toulon.pdf?2886/7049a93758007b988073e5628e6ec78146d09882](http://www.ambafrance-de.org/IMG/pdf_sarkozy_toulon.pdf?2886/7049a93758007b988073e5628e6ec78146d09882), zuletzt geprüft am 15.07.2016.

Skidelsky, Robert Jacob Alexander (2010): *Keynes. The return of the Master*. New York: PublicAffairs.

Skinner, Burhues Frederic (1973): *Wissenschaft und menschliches Verhalten*. München: Kindler Verlag.

Sklair, Leslie (2001): *The Transnational Capitalist Class*. Oxford: Blackwell.

Stark, Jürgen (2011): *Konsequenzen der Finanzkrise für die Finanzmarktintegration im Euroraum*. Kreditpolitische Tagung 2011 “Der Euro, die Märkte, die Banken – wie weit reicht die Solid(ar)ität?”, 04.11.2011. EZB/ECB. Online verfügbar unter



<https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2011/html/sp111104.de.html>, zuletzt geprüft am 14.07.2016.

Steinbrück, Peer (2008): Regierungserklärung des Bundesministers der Finanzen, Peer Steinbrück, zur Lage der Finanzmärkte vor dem Deutschen Bundestag am 25. September 2008 in Berlin. Bulletin der Bundesregierung Nr. 97-1. Bundesregierung. Online verfügbar unter [https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2008/09/Anlagen/97-1-bmf.pdf;jsessionid=F77439B8B12C9A88C32FA25A2C041EE7.s3t2?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2008/09/Anlagen/97-1-bmf.pdf;jsessionid=F77439B8B12C9A88C32FA25A2C041EE7.s3t2?__blob=publicationFile&v=1), zuletzt geprüft am 14.07.2016.

Task Force (2010): Strengthening Economic Governance in the EU. Report of the Task Force to the European Council. Online verfügbar unter <http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2010/10/pdf/strengthening-economic-governance-in-the-eu-report-of-the-task-force-to-the-european-council/>, zuletzt geprüft am 25.07.2016.

Treibel, Annette (2006): Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart. 7., aktualisierte Aufl. Wiesbaden: VS-Verlag.

van Apeldoorn, Bastiaan (2000): Transnational Class Agency and European Governance: The Case of the European Round Table of Industrialists. In: *New Political Economy* 5 (2), S. 157–181.

- Ders. (2002): *Transnational capitalism and the struggle over European integration*. London, New York: Routledge.

- Ders. (2013): The European capitalist class and the crisis of its hegemonic project. In: *Socialist Register* 2014, 50, S. 189–206.

van der Pijl, Kees (1998): *Transnational classes and international relations*. London, New York: Routledge.

van der Pijl, Kees/Holman, Otto/Raviv, Or (2011): The resurgence of German capital in Europe: EU integration and the restructuring of Atlantic networks of interlocking directorates after 1991. In: *Review of International Political Economy* 18 (2).

Wacquant, Loic (2013): Three steps to a historical anthropology of actually existing neoliberalism. In: *Social Anthropology/Anthropologie Sociale* 20 (1), S. 66–79.

Weber, Axel A. (2005): Stabilitätsorientierte Geldpolitik in Europa. Deutsche Bundesbank. Online verfügbar unter [https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/Reden/2005/2005\\_10\\_26\\_weber\\_stabilitaetsorientierte-geldpolitik-in-europa.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/Reden/2005/2005_10_26_weber_stabilitaetsorientierte-geldpolitik-in-europa.pdf?__blob=publicationFile), zuletzt geprüft am 08.06.2016.

Wright, Erik Olin (2015): *Understanding class*. London: Verso.

Zimmer, Marco/Ortmann, Günther (2001): Strategisches Management, strukturationstheoretisch betrachtet. In: Ortmann, Günther/Sydow, Jörg (Hg.): *Strategie und Strukturation. Strategisches Management von Unternehmen, Netzwerken und Konzernen*. Wiesbaden: Gabler, S. 27–56.